





# Die russische Revolution.

## Die Feldgerichte vor der Duma.

**Wetzlar, 26. März.** Die Beratung über die Abschaffung der Kriegs- und Feldgerichte wird fortgesetzt. Die Rechte und die Linke erheben abwechselnd Vorwürfe gegeneinander, bis der Präsident schließlich unter Lärm des Hauses bittet, sich auf den Gegenstand der Tagesordnung zu beschränken. (Beifall und Unruhe.) Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt, so daß diese noch die ganze heutige Sitzung ausfüllen wird.

## Stolypin und die Kadetten.

Nach der Abstimmung vom letzten Freitag — jener Abstimmung, bei der es sich um Maßnahmen gegen die Hungersnot handelte und bei der Regierung, Reaktionäre und Kadetten Hand in Hand gingen — steht es ziemlich fest, daß die Kadetten auch bei anderen Fragen Bundesgenossen bei der Rechten und nicht bei der Linken suchen werden. Wie nun verlautet, ist die Bundesgenossenschaft Stolypins mit den Kadetten nicht etwa ein Spiel des Zufalls. In der russischen Presse wird mitgeteilt, daß zwischen der Regierung und den Kadetten Verhandlungen geführt werden! Die Regierung verlange von den Kadetten, daß diese alle Beziehungen zu den Linken aufgeben, ihr Agrarprogramm beschneiden, auf die Forderung nach Gleichberechtigung der Nationalitäten zeitweilig verzichten und die auswärtige Anleihe unterjügen. Als Gegenleistung sollen den Kadetten außer der Legalisierung ihrer Partei versprochen worden sein: die Portefeuille des Ministers der Landwirtschaft, des Handels, der Volksaufklärung und der Justiz, teilweise Amnestie und die Aufhebung der Kriegsfeldgerichte. An den Unterhandlungen beteiligte sich, so heißt es, eifrig auch Graf Witte, dem das Portefeuille des Finanzministers zugebracht sein soll.

Die Kadetten erklären, von diesen Unterhandlungen nichts zu wissen, was ihnen aber bis auf weiteres nicht geglaubt wird.

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. März 1907.

## Liberales Liebeswerben.

Die „Kölnische Zeitung“ gibt an leitender Stelle ausführlich einen Vortrag wieder, den der Landtagsabgeordnete Kammergerichtsrat Schiffer aus Berlin am letzten Sonnabend in dem Kölner Verein der nationalliberalen Jugend gehalten hat.

Herr Schiffer begrüßte die „Niederlage“ der Sozialdemokratie. Doch meinte er, günstiger für den Liberalismus wäre entschieden die Situation gewesen, wenn statt der Sozialdemokratie das Zentrum einen ähnlichen Mandatsverlust erlitten hätte. In diesem Falle hätte die Regierung keine zwei Majoritäten gehabt, sondern sei gezwungen gewesen, mit den Liberalen zu regieren. Dem kürzlichen Bülows sagte Herr Schiffer allerhand Liebenswürdigkeiten. Der Reichskanzler habe sich mit Recht einen erstaunlich vorurteillosen Menschen genannt. Er sei ein durch und durch „moderner Mensch“, der als Person den Nationalliberalen zweifellos nahestehe. Zudem sei er durch das Zentrum, das mit ihm niemals wieder Geschäfte machen werde, gezwungen, mit den Konservativen und Liberalen die Geschäfte zu führen.

Erfreulicherweise hätten auch die Freikonservativen einen großen Schritt nach links gemacht und sich dem Nationalliberalismus genähert. Kamenlich in der Schulfrage habe sich das gezeigt, wo im preussischen Abgeordnetenhaus die ganze freikonservative Fraktion mit Nationalliberalen und Freisinnigen zusammengegangen sei. Der Liberalismus habe umgekehrt alle Urteile, eine Politik zu treiben, die dem Kanzler und den Konservativen ermögliche, mit dem Liberalismus zusammenzugehen:

„Solange wir eine Politik treiben, die es dem Kanzler und den Freikonservativen möglich macht, mit uns zu gehen, solange ist ein Zusammengehen von Konservativen und Zentrum so gut wie ausgeschlossen, ist es ausgeschlossen, daß eine konservative und ultramontane Mehrheit zur Grundlage der Regierungsgeschäfte im Reich gemacht werden. Es tut einerseits not, daß Konservativen und Kanzler den Liberalen soweit als möglich entgegenkommen; auf der anderen Seite tut es not, daß wir unsere Forderungen in dem Rahmen halten, der es dem Kanzler und den Konservativen möglich macht, ohne Preisgabe ihrer Grundanschauungen mit uns zu gehen. Wir haben Rücksicht zu nehmen auf das, was wir erreichen wollen, wenn wir nicht in nutzlosen Demonstrationen unsere Kraft verpuffen wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen uns die Mäßigung auferlegen, die notwendig ist, um das praktische Ziel Schritt für Schritt zu erreichen. (Wiederholte lebhaftige Zustimmung.)“

Kürst Bülow habe auch die Erfüllung einer Reihe liberaler Forderungen in Aussicht gestellt, so ein Vereins- und Versammlungsrecht, die Strafprozessreform, die Revision des Würfengesetzes. Wenn das auch vorläufig Wechsel auf die Zukunft“ seien, so hätten die Liberalen doch keinen Grund, an der Zahlungsfähigkeit und der Zahlungslust des Reichskanzlers zu zweifeln.

Man sieht, einen gemäßigteren Standpunkt kann der Reichskanzler nicht gut von den Nationalliberalen verlangen. Sie wollen auf „nutzlose Demonstrationen“ verzichten und ihre Forderungen so temperieren, daß ihnen auch die Konservativen und der Reichskanzler „ohne Preisgabe ihres Standpunktes“ zustimmen können. Auch sind sie bereit, den Einlösungstermin der Bülowschen Wechsel auf die Zukunft in der entgegenkommendsten Weise zu prolongieren!

Höchst ungehalten ist aber Herr Schiffer über die Ablehnung der freikonservativ-liberalen Forderungen der Ersetzung der geistlichen Schulaufsicht durch eine sachmännische Schulinspektion. Die Regierung müsse sich doch selbst sagen, daß die Blodpolitik im Reich gesprengt werde, wenn der Liberalismus so völlig als quantitate negligible behandelt werde. Der Liberalismus verliere doch jede Zugkraft unter den Massen, wenn ihm nicht einmal so kleine Konzessionen gemacht werden:

„Im vorigen Jahre haben wir den Schulunterhaltungs-Gesetz nur zugestimmt unter der ausdrücklichen Erklärung, daß wir dieses Gesetz nur als eine Einleitung zu weiteren Reformen auf dem Gebiete der Schule betrachteten. Es wäre um uns geschehen, wenn wir aus bloßer jährlicher Rücksichtnahme auf den Reichskanzler und die Reichspolitiker still und passiv im Landtage auf dem Gebiete der Schule geblieben wären. Wir hätten damit unser Schicksal besiegelt und verdient, und das müßte die Regierung einsehen. Wir hätten das Werkzeug zerbrochen, das der Reichskanzler brauchte. Er hat ein Interesse daran, uns stark und mächtig zu erhalten. Das Interesse der preussischen Regierung und des Reichskanzlers müßte es sein, um uns das zu gewähren, was wir zu unserer politischen Existenz brauchen.“

Das sind höchst eigenartige Argumente! Statt die Grundzüge einer liberalen Politik zu proklamieren, beschwört man die Regierung, doch ja in ihrem eigenen Interesse dem Liberalismus,

dessen sie doch selbst als Werkzeug bedürfe, wenigstens soviel Konzessionen zu machen, um ihn stark zu erhalten, d. h. um die Fahnenflucht seiner Wähler zu verhindern! Zeigt die Regierung dies minimale Entgegenkommen, das im Grunde ja nicht einmal ein Entgegenkommen ist, so gelobt der Liberalismus, auf alle liberalen Forderungen zu verzichten, die den Konservativen und dem Reichskanzler unangenehm sein könnten!

Nach solch würdelosem Liebeswerben, nach solchen Gelöbnissen politischer Brabbel macht es sich ein wenig lächerlich, wenn Herr Schiffer zum Schluß seines Vortrages erklärt, daß der Nationalliberalismus, wenn er kein Entgegenkommen finde, entschlossen sei, den Kampf aufzunehmen. Zumal, wenn man das Objekt dieses Kampfes in Betracht zieht. Die Nationalliberalen sind es doch gerade gewesen, die bei dem Schulgesetz die Konfessionsschule mit geschaffen haben. Auch die Verrückung der geistlichen Schulaufsicht würde an der Verfassung der Volksschule nicht das geringste ändern. Zudem ist es noch sehr die Frage, was schlimmer ist: die Belastung der Schüler mit unnützem religiösem Memorierstoff oder aber mit byzantinischen und kolonialpolitischen Lehren, für deren Verbreitung durch die Schule sich ja gerade die Nationalliberalen ins Zeug legen!

## Der kommende Mann.

Das Woffblatt ist von dem Falle Studts seit überzeugt. Es gibt ihm noch einen Monat Frist, sein Testament zu machen; vielleicht, meint es, wäre die ihm noch bewilligte Gnadenfrist auch nicht einmal vier Wochen.

Aber das Woffblatt, das seit Dernburgs Erhöhung das Gras auf erst noch aufzuwerfenden Grabeshügeln noch besser wachsen hört, als selbst das Organ des Herrn Scherl, kennt auch bereits den kommenden Mann. Es soll kein anderer sein als Herr Adides, der Frankfurter Nachfolger Riquels. Aus Frankfurt „komme wiederum das Heil“. Möglich, daß der Frankfurter Oberbürgermeister, der wiederholt liberale Ansichten vertritt, der Nachfolger Studts werde, möglich auch, daß er preussischer Polizeiminister an Stelle Bethmann-Hollwegs werde, oder eventuell Studts Ressort beerben wolle. Jemandwo werde für ihn ein Platz frei werden. „Wo er auch hingestellt werden mag, er wird die Fenster weit aufmachen, um die Stickluft der preussischen Bureaucratie zu reinigen.“

Warten wir es ab, ob das „Berliner Tageblatt“ nicht a la Faub prophesiert. Aber selbst wenn Studt ginge und Adides preussischer Minister würde — es wäre doch ein wenig optimistisch, zu jubeln: „Aus Frankfurt kommt das Heil!“

Aus Frankfurt kam schon einmal das „Heil“ in Gestalt des Herrn Riquel. Herr Riquel galt nicht nur als Sozialpolitiker fortgeschrittensten Stiles, sondern auch als waschechter Liberaler, war er doch sogar einmal blutroter Kommunist gewesen. Aber dieser „liberale“ Minister marschierte sich gar wunderbar! Er fand es mit seinem Liberalismus durchaus vereinbar, die berüchtigte Redliche Schulgesetzvorlage mitzuvertreten, ebenso deckte er das reaktionäre Vereinsgesetz. Mächtig freudete er sich mit dem preussischen Junkertum immer intimer an, sodas er während der Vorbereitungszeit für die neuen Handelsverträge gewissermaßen den agrarischen Vertrauensmann spielte! Ob das zweideutig war, gelinde ausgedrückt, auch seine Haltung bei der Kanalvorlage, deren Ablehnung auch ihn als Mitschuldigen in den Dreck schleppte. So sah damals das aus Frankfurt stammende „Heil“ des Liberalismus aus. Ob Herr Adides nicht ebenso enttäuschen würde?!

# Deutsches Reich.

## Vor leichtherzigem Optimismus

warnet die „Post“. Sie, die sich anfangs nicht genug tun konnte in Uebertreibung der sozialdemokratischen „Niederlage“, warnt heute:

„Der Hinweis, daß die Sozialdemokratie im Wachstum im Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien doch noch zurückgegangen sei, da 1903 den drei Millionen sozialdemokratischer Wähler rund 6 1/2 Millionen bürgerlicher Wähler gegenüberstanden hatten, 1907 aber den 3 1/2 Millionen sozialdemokratischer volle 8 Millionen bürgerlicher, ist wenig durchschlagend, denn auf eine derartige Wahlpolarisierung wie diesmal, die Wahlsäume in Massen an die Urne getrieben hat, ist nicht sicher bei künftigen Wahlen zu rechnen. Es gibt nur wenige Wahlkämpfe, in denen ein gleich ruhiger Eifer seitens der bürgerlichen Parteien entfaltet wird und sich eine gleiche Zahl opferwilliger Partoten in den Dienst der guten Sache des Vaterlandes gestellt hätte. Man darf nicht außergewöhnliche Fälle als die Regel behandeln, deshalb soll man besonders vorsichtig sein, wenn man Schlüsse aus dem Ergebnisse des letzten Wahlkampfes ziehen will. Kurzfristige Politiker und solche, die nach Art der unerfahrenen Jugend schnell fertig mit dem Worte sind, haben schon häufig genug durch ihre unbesonnenen optimistischen Urteile den Interessen des Bürgeriums schweren Schaden zugefügt und die Position der Sozialdemokratie gestärkt.“

Die „Post“ akzeptiert also die Kritik, die wir an dem Triumphgeheul der Scharfmacher geübt haben!

Freilich wäre es das Löblichste, was es geben könnte, wenn sich nun die Sozialdemokratie ihrerseits durch diese verspätete Einsicht ihrer Gegner in allzugroße Zudringlichkeit einwiegen lassen wolle. So sicher es ist, daß die nationale und weltpolitische Krise selbst auf die Partei der Nichtwähler nicht des öfteren die gleiche Zugkraft wie diesmal ausüben wird, so sicher ist es auch, daß die Sozialdemokratie niemals auf Zufallskonstellationen rechnen darf. Wir müssen vielmehr in dieser Beziehung prinzipiell „Schwarzseher“ sein! Wir müssen mit den ungünstigsten Verhältnissen rechnen und alle Lastrast anspannen, um selbst den schwierigsten Umständen gewachsen zu sein! Wir müssen unsere organisatorische und agitatorische Tätigkeit verdreifachen, um dem zweifellos ebenfalls künftig noch ungestümmeren Ansturm der Gegner die Spitze bieten zu können! Entspringt doch offensichtlich die objektive Würdigung des Wahlausfalles durch die „Post“ keineswegs christlicher Einsicht, sondern nur die Absicht, alle Kräfte gegen die Sozialdemokratie zu sammeln! —

## Dynamit.

Die Würfengesetz-novelle droht für die konservativ-liberale Blodbrüderschaft zum Sprengstoff zu werden. Zwar wird sie, wie die „Deutsche Tages-Zeitung“ bestimmt versichert, trotz aller gegenteiligen Behauptungen liberaler Blätter den Reichstag in seiner jetzigen Tagung nicht mehr beschästigen, sondern ihm erst im Herbst vorgelegt werden, allein das agrarische Organ beginnt gleichwohl bereits den Sturm auf gegen dies Kompensationsobjekt für die liberalen Blodliebhaber. Das Viertelblatt schreibt:

„Die Verzögerung ist darauf zurückzuführen, daß man nun vollkommen ausschließen zu sein scheint, der Wörse noch mehr Zugeständnisse zu machen, als in der Vorlage enthalten waren, die der letzte Reichstag in der Kommissions-

Beratung erledigt hatte. Eine Erledigung der Angelegenheit vor dem Reichstags-Schlusse würde sonach gänzlich ausgeschlossen sein. Lediglich diese Erwägungen waren es, wie man und versichert, die die Verzögerung veranlaßten. Wir möchten diesen Mitteilungen gegenüber nochmals hervorheben, daß eine Vorlage, die der Wörse noch mehr Zugeständnisse macht, auf Annahme im Reichstage kaum zu rechnen haben wird. Es würde schon fraglich gewesen sein, ob der alte Entwurf vom Reichstage angenommen worden wäre, insbesondere da das Zentrum nicht die mindeste Neigung zu haben scheint, bei der sogenannten und angeblichen Vorkonferenz mitzumachen. Je weiter man der Wörse entgegenkommt, um so fraglicher wird das Schicksal des Entwurfs. Der Reichskanzler ist viel zu klug und viel zu gut über die Stimmungen unterrichtet, als daß er das nicht wissen oder voraussehen sollte. Deshalb geben wir immer noch die Hoffnung nicht auf, daß er sich nicht zu einem Verlaufe drängen lassen möge, der für die gesamte innere Politik von höchst bedenklichen Folgen sein könnte.“

Die Herren Agrarier drohen also dem Reichskanzler bereits mit einer Sprengung des Bloks und einem Zusammengehen mit dem Zentrum, wenn er nicht rechtzeitig den Stein des Anstoßes, eben das liberale Kompensationsobjekt, aus dem Wege räume!

Die „Germania“, das ultramontane Hauptorgan, erklärt sich just an demselben Abend mit aller Schärfe gegen die Würfengesetzreform. Sie fühlt sich in ihrem Vertrauen auf ihre konservativ-agrarischen Gesinnungsgenossen so sicher, daß sie über die vorläufig bis zum Herbst vertagte Vorlage also spottet:

„Die nun schon so oft verheißene und immer wieder in die Länge gezogene Einbringung der Reformvorlage scheint noch für absehbare Zeit als Kompensationsobjekt dienen zu sollen, um je nach den Bedürfnissen der inneren Politik bald in nahe Aussicht gestellt, bald in weitere Ferne gerückt werden zu können, ähnlich wie in früheren Zeiten die Vereitelung anderer mancher Parteien lästigen Gesetze jahrelang als Köder benutzt worden ist. Der Freitum würde auf diese Weise nach manchem Jahr „um die Winkel“ dienen können, ehe er einen praktischen Erfolg für seine Selbstverleugung erntet.“

## Konservativ-liberale Paarung! —

## Der Oberpräsident der Rheinprovinz und das Zentrum.

Das Zentrum erlebt an dem katholischen Oberpräsidenten der Rheinprovinz, dem Sohne des früheren kaiserlichen „Bauernkönigs“ Freiherrn v. Schorlemer-Alst, wenig Freude. Nachdem er jüngst schon in einer langen Rede die Wahlagitation des Zentrums recht abfällig kritisiert hat, hielt er am letzten Sonntag in Aachen auf dem Abschiedessen zu Ehren des am 1. April d. J. in den Ruhestand tretenden Regierungspräsidenten v. Hartmann wieder eine seiner antikirchlichen Ansprachen, in der er sich folgendermaßen äußerte:

„Was Sie dem hiesigen Bezirk und Ihren untergebenen Beamten in der langen pflichttreuen Arbeit gewesen sind, wird zweifellos von berufener Seite auch heute noch gewürdigt werden. Ich kann aber meinerseits nicht unterlassen, es besonders noch hervorzuheben, wie Sie in allen verantwortlichen Stellungen, in welche das Vertrauen Ihres Königs Sie berufen hat, stets Ihren Mann gefunden und befreit gewesen sind, in Diensttreue und Pflichttreue die reihen Gaben Ihres Geistes und Ihr vielseitiges Wissen zum Besten des Vaterlandes und im Dienste Ihres Königs zu verwenden. Überall sind Sie sich dessen bewußt geblieben, daß der Beamte der allgemeinen Staatsverwaltung unparteiisch seines Amtes walten und über den Parteien stehen muß, daß er aber auch andererseits nicht darauf verzichten kann und darf, die politischen Ziele der Staatsregierung in dem ihm zugewiesenen Bezirk zu vertreten und zu fördern. Diesem Grundsatze sind Sie in den langen Jahren Ihres Dienstes treu geblieben. Die Befolgung desselben hat Ihnen allgemeine Anerkennung und vor allen Dingen auch die Anerkennung Ihres königlichen Herrn verschafft, der heute durch mich Ihnen wiederum eine allerhöchste Auszeichnung hat überreichen lassen.“

Das Hauptblatt des rheinischen Zentrums, die „Köln. Volksztg.“ leistet sich dazu folgende Abfertigung:

„Man fragt sich, was diese gehäufte politische Exzesse bedeuten. Es drängt sich manchem vielleicht der Verdacht auf, daß Herr v. Schorlemer, der von seinem „national-katholischen“ Kriegspfade keinen einzigen Zentrumsstahl mitgebracht hat, jetzt durch Reden zu erregen sucht, was er an Taten nicht hat tun können. Wir möchten aber doch annehmen, daß etwas mehr hinter der politischen Betriebsamkeit des ersten Beamten der Rheinprovinz steckt. Verschiedene Anzeichen liegen dafür vor, daß die „national-katholische Aktion“, welche am 25. Januar und 5. Februar so wenig Früchte gezeitigt hat — alle Bemühungen liberaler Blätter, sie aufzubrechen, können daran nichts ändern —, trotz des bisherigen Mißerfolges fortgesetzt werden soll. Man scheint das in Berlin zu wünschen und Berliner Wünsche sind für einzelne der an der „national-katholischen“ Bewegung beteiligten Kreise weislich. Es wird also von „national-katholischer“ Seite gemacht werden, was gemacht werden kann, um der Zentrumsparthei Steine in den Weg zu legen. An dem gänzlichen Mißlingen der neuen Aktion zweifeln wir in keiner Weise. Voraussichtlich werden sogar Persönlichkeiten, welche im Januar und Februar dieses Jahres dabei waren, nicht mehr dabei sein. Aber man muß doch wissen, was vorgeht, um keinerlei Ueberraschungen zu erleben. Unter diesem Gesichtspunkte glauben wir die politischen Laits et gestas (das Handeln und Gebahren) des Oberpräsidenten der Rheinprovinz etwas aufmerksamer verfolgen zu sollen, als es unter anderen Verhältnissen nötig erschienen wäre.“ —

## Internationale Verbrüderung.

In Nürnberg tagte im Juni eine internationale Versammlung von Vertretern einer Reihe Emallicerwerke mit der Zweckbestimmung, einen europäischen Verband zu gründen, wodurch dem bereits bestehenden Zustande eine feste Form gegeben werden sollte. Wie das „A. T.“ berichtet, traten bisher „zu bestimmten Zwischenräumen auf Einladung einzelne Werke zusammen und machten sich über die Preisfragen schlüssig. Das Resultat ihrer Verhandlungen wurde dann von den übrigen beteiligten Werken akzeptiert. Nunmehr soll ein geschlossener Verband der großen deutschen, österreichisch-ungarischen, schweizerischen, belgischen und eventuell französischen Werke geschaffen werden, über dessen Rechtsform indessen heute noch nichts zu sagen ist.“

Es handelt sich also um eine regelrechte internationale Verbrüderung. Deutsche Unternehmer verbinden sich mit ausländischen gegen die Interessen der deutschen Konsumenten. Das ist natürlich national; wenn aber deutsche Arbeiter sich mit ausländischen zu verbrüden suchen, um sich gegen die durch keine nationale Bedenken gehinderte internationale Ausbreitung zu schützen, dann ist das selbstverständlich vaterlandloses Beginnen — denn das internationale Kapital sieht sich in seinen Plünderungsgelassen eingekengt.

## Aus Studts Reich.

Während Fürst Bülow sich selbst öffentlich an die Spitze amtlicher Wahlbeeinflussung stellte, verrichtete der politische Beamtenapparat eine stille, aber wirksame Tätigkeit. Im 10. hannoverschen Wahlkreise waren im Landkreise Renhausen a. d. Oise die Gendarmen, wahrscheinlich in höherem Auftrage angewiesen, über die Anwesenheit von Lehrern und Pastoren in weltlichen Wahlversammlungen zu berichten. Ein junger Lehrer, der in einem Nach-



Barorte an einer weislichen Versammlung teilnahm, erhielt einen Verweis. Schließlich hat der Kreisfiskusinspektor Bünke in Belm an sämtliche Lehrer des Kreises folgendes sehr bezeichnende Rundschreiben gerichtet:

„Die ungehörige Tatsache, (1) daß zwei junge Lehrer an einer weislichen Wahlversammlung teilgenommen haben, veranlaßt mich, auf Grund einer Verfügung (2) die Herren Lehrer strengstens zu verwarren, in Zukunft an einer weislichen oder sozialdemokratischen Versammlung teilzunehmen oder in irgend einer Weise für eine der genannten Parteien agitatorisch einzutreten!“

Weslich wird der Minister für „Volksaufklärung“, nachdem er die sachmännliche Schulaufsicht verworfen, die Gendarmen zu Kreisfiskusinspektoren ernennen.

### Eine Vorstandsbesetzung ist keine Versammlung.

Am 20. Dezember d. J. hielt der Vorstand des national-liberalen Vereins zu Lüneburg eine Sitzung ab, in der die Aufstellung eines Reichstagskandidaten beraten wurde. Der Vorsitzende, Schuldirektor Dr. Jechlin, als Einberufer und Hotelbesitzer Böllers, in dessen Lokal die Sitzung stattfand, erhielten wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes eine auf 15 R. lautende Strafbefugung. Das Schöffengericht verwarf die Einsprüche und bestätigte die Strafmandate. Auf die eingelegte Berufung hob die Strafkammer das Urteil auf und sprach die Angeklagten frei mit der Begründung, daß nicht jede Zusammenkunft zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten eine Versammlung im Sinne des Gesetzes sei. Es gäbe einen Unterschied zwischen Versammlung und Sitzung. Die in Rede stehende Zusammenkunft müsse als Sitzung angesehen werden. Das Gericht legte der Staatskasse nicht nur die Kosten des Verfahrens zur Last, sondern auch die den Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen, einschließlich der Verteidigungskosten.

### Freisinnige Politik.

Die Ausführungen Dr. Th. Barth in „Verl. Tagebl.“ über die von den Freisinnigen zu befolgende Politik stoßen selbstverständlich nicht nur bei den Freisinnigen im Mugdan, Träger und Kopfs, sondern auch innerhalb des Kreises der Freisinnigen Vereinigung auf höhnischen Widerspruch. Die „Weser-Ztg.“ schreibt z. B.:

„Dr. Th. Barth fährt fort, die politische Lage pessimistisch zu beurteilen und die Freisinnigen gegen ihre Teilnahme an der neuen Mehrheit aufzubeugen. Er macht den Versuch, eine Mehrheit aus Zentrum, Sozialdemokraten und Freisinnigen zu konstruieren und stellt den letzteren dabei große Vorteile in Aussicht. Also nun doch wieder das verächtliche Zusammenarbeiten mit einem Bestandteil der Reaktion. Dabei sieht der Verfasser nicht, daß das Zentrum in genau demselben Augenblick, wo die Freisinnigen sich zu den Sozialdemokraten und zu ihm selber, dem Zentrum, schlagen wollten, diese oppositionelle Mehrheit verlassen und sich zu der Regierungsmehrheit schlagen würde. Die reaktionäre Mehrheit wäre damit wieder hergestellt. Das ganze Ergebnis des chasses, croisses wäre also, daß die Regierungsmehrheit statt der Freisinnigen das Zentrum enthielte. Und das soll ein Gewinn für uns sein? Wenn es unsere Aufgabe wäre, den Kanzler aus dem Zentrum in die Arme zu treiben, so müßten wir nach diesem Rezept, mit dem Dr. Barth übrigens allein steht, handeln.“

Der Grundfehler der Barth'schen politischen Kalkulationen besteht darin, daß jene freisinnigen Politiker, wie er sie sich denkt, nur etwa in einem Duzend Exemplaren vorhanden sind.

### Ausland.

#### Frankreich.

##### Neben und Laten.

Paris, 24. März. (Fig. Per.)

Die gestrige Schlußverhandlung über die Reform des Wochenruhezuges hat den moralischen Bankrott des herrschenden Kleinbürgeradikalismus besiegelt. Die Regierung ist, ihrer besseren Einsicht zum Trotz vor den Krämerdemagogen zurückgewichen und hat demütig den Auftrag entgegengenommen, das Recht der Arbeiter auf den Ausruhetag nach den Wünschen der Ausbeuter zu verkürzen. Clémenceau, der sich noch unlängst auf die sozialpolitische Energie des Ministeriums soviel zugute tat, hat den sozialreaktionären Forderungen des radikalen Bloks keinen Widerstand entgegengesetzt und die Tagesordnung der Delegation der Linken angenommen, die eine „weitherzig liberalen“ Ausführung des Gesetzes und baldige Regierungsvorschläge zu seiner Abänderung verlangte. Es ist sicherlich eine bezeichnende Tatsache, daß dieser Politiker, der sein Ministerium so selbstherrlich ohne Zuziehung der Blokpolitiker gebildet hat und ein lächerliches Reformprogramm auf eigene Faust durchzuführen unternahm, vor dem Blok in dem Augenblicke kapituliert, da sich dieser zur Verteidigung der Unternehmerinteressen erhob. Auch verdient das ironische Moment Beachtung, daß die Tagesordnung der bürgerlichen Koalition an der Spitze ihrer Unterjochten den Namen Sarrien trug, den Namen desjenigen radikalen Conseilpolitikers, den Clémenceau seinerzeit chächelnd über Bord geworfen hat und der nun seine stille Revanche an dem Diktator der doktrinarischen Demokratie nehmen durfte. Nicht vergessen sei noch, daß auch Herr Gérault-Richard unter den Antragstellern der kapitalistischen Reaktion war — zum höheren Ruhme des „unabhängigen Sozialismus“.

Die moralische Niederlage der Regierung war um so blamabler, als sie nach einer wirklich ausgezeichneten Rede Vivianis erfolgte, der in dreißig Minuten alle Argumente vorbrachte, die das Ministerium hätten veranlassen müssen, das Verlangen der Radikalen zurückzuweisen. Aber die Regierung hat ihre eigentümliche Synthese von Sozialpolitik und bürgerlicher Sozialreaktion gefunden: für jene die Reden — für diese die Tat.

Die Sozialisten Sembat und Vaillant hatten beantragt, das Gesetz vollständig aufrecht zu erhalten und in seiner ganzen Strenge durchzuführen. Den Antrag begründete Genosse Sembat in einer überaus wirksamen Rede, in der er die Forderungen der an dem Gesetz interessierten Arbeiterschaft energisch verteidigte. Gegenüber dem zweideutigen Gerede der Kleinbürgerdemokraten, die das „Prinzip“ des Arbeiterrechts mit der Praxis der ungehinderten Ausbeutung veröhnen wollen, erklärte er rühmend: „Wenn die Reform niemand genießt, so wäre sie unnütz!“

Jaurès stellte den Antrag auf Rückverweisung vor die Kommission und bot so der Regierung einen ehrenvollen Rückzug an. Aber diese hatte ihren Rückzugsantrag mit der Mehrheit schon geschlossen und Jaurès Antrag wurde mit 386 gegen 182 Stimmen abgelehnt, der Antrag der Linken mit einer ungeheuren Mehrheit angenommen. Nur 62 Deputierte stimmten dagegen: außer den angelegten Sozialisten nur einige „unabhängige“, die Herrn Gérault-Richard doch nicht ganz auf seinen Wegen folgen wollten.

Das Recht der Arbeiter auf den Ausruhetag ist nun wieder fast allein auf die Macht der Arbeiterorganisation gestellt. Die „Demokratie“ schenkt ihnen nichts, was sie sich nicht täglich erobern müssen.

### Rehabilitiert.

Striegensminister Picquart hat den Leutnant Tisserand, der im vorigen Jahre auf der Arbeitshöhe in einer Verlesung von Unständigen in Uniform seine Sympathie für die Sozialisten ausgesprochen hatte und deshalb gemahnt worden war, rehabilitiert.

### England.

London, 26. März. Der Gesandtschaftsbericht über den Tunnel unter dem Kermellankanal ist infolge der ablehnenden Regierungserklärung im Parlament zurückgestellt worden; die Anhänger des Planes erklären aber, daß sie ihre Agitation im Lande ungeschwächt fortsetzen werden.

### Finnland.

Helsingfors, 26. März. Bei den Wahlen im Finnland stattgehabten Wahlen der Landtagsabgeordneten sind insgesamt im ganzen Lande abgegeben worden: 293 021 Stimmen für die Sozialisten, 212 295 für die Suomerianer (Mitfinnen), 204 782 für die Jungfinnen, 97 712 für die schwedische Volkspartei und 40 887 für die Agrarier.

### Rumänien.

Das neue Kabinett ist aus folgenden Personen gebildet: Demeter Sturdza Präsident und Neukeres, Jean Bratianu Innenminister, Emil Costinesco Finanzen, Epur Haret Unterricht, Anton Carp Handel und Ackerbau, Thomas Stelian Justiz, V. G. Morpun Öffentliche Arbeiten und General Averesco Krieg.

Bukarest, 26. März. (B. S.) Die der Leibärzt des Königs, Dr. Theodor, erklärt, hat der Gesundheitszustand des Monarchen infolge der Unruhen der letzten Tage stark gelitten. — Die neue Regierung ist entschlossen, die Unruhen rasch und energisch zu unterdrücken. Der Boutein, sowie der Unterrichtsminister sind gestern abend in das Aufstandsgebiet abgereist, um persönlich bei den Bauern zu intervenieren.

Bukarest, 26. März. (B. S.) Die Regierung wurde 1/8 Uhr abends verdrängt. In dem heute früh erschienenen Manifest wird die Verdrängung im Namen des Königs aufgeführt, sich zu beruhigen und den Bauern folgende Versprechungen gemacht: Abschaffung der Weinsteuern, Abschaffung der jährlichen Steuer von 5 Fr. zur Anlegung von Getreidevorräten zur Zeit einer Hungersnot. Weiter wird sofort eine Revision der Arbeitsverträge zwischen Bauern und Gutbesitzern resp. Gutspächtern erfolgen. Das die Arbeitsverträge regelnde Gesetz wird in nächster Zeit dahin abgeändert werden, daß die Bauern vor Ausbeutung und Schwindel geschützt werden! — Ferner wird angeordnet, daß aus den Staatsüberschüssen jährlich 3 Millionen für Schulbauten in den Dörfern verwendet werden sollen. Schließlich wird die Gründung einer Agrarbank angeordnet, die den Zweck haben wird, Staatsgüter und Güter, welche öffentlichen Anstalten gehören, anzulassen und diese an die Bauern zu verpachten. Diese Güter haben eine bedeutende Ausdehnung. Man hofft, daß diese Zusagen vereint mit der Tatsache des Regierungswechsels Beruhigung hervorrufen werden. Hervorragende liberale Politiker haben sich in das Aufstandsgebiet begeben, um die Gemüter zu beruhigen. In der nördlichen Moldau scheint Beruhigung eingetreten zu sein; das Militär schreitet nur ein, um Räuberscharren zu verhaften. Dagegen dauern in der südlichen Moldau die Unruhen fort.

### Marokko.

Tanger, 26. März. (Melbung der „Agence Havas“.) Aus dem Innern sind hier Nachrichten über den Einbruch eingetroffen, den die Ermordung des Dr. Rauchamp dort gemacht hat. Besonders aus Casablanca wird eine gewisse Erregung der Bevölkerung gemeldet, unter der die Meinung verbreitet sei, der Beginn der Amtstätigkeit der französisch-spanischen Koligat werde das Signal für ein Massaker der Europäer sein. Diesen Meldungen kommt indessen keine andere Bedeutung zu als die, die sie als ein Spiegelbild des in der Bevölkerung herrschenden Weißes haben. Die scharifische Mahalla ist in der Gegend von Tanger absolut untätig; wegen Mangels an Mitteln befindet sie sich übrigens in einem Zustande vollständiger Desorganisation. Die für die Operationen der Mahalla bestimmten Kredite sind völlig erschöpft, die Soldaten desertieren in großer Zahl.

## Aus der Partei.

Ein bedauerlicher Parteikonflikt, dem zugleich ein Sich ins Lächerliche auflösend, ist in Nordhausen zwischen der Organisation und der Redaktion des Parteiorgans, der „Nordhäuser Volkszeitung“ ausgebrochen. Die Preschkommission hat, zweifellos in Uebereinstimmung ihrer Befugnisse und unter Wahrung der Rechte der Redaktion beschlossen, das Verfügungsdrecht über den Roman, der täglich in sechs halbspaltigen Spalten abgedruckt werden sollte, der Preschkommission zu übertragen mit der Maßgabe, daß ein Mitglied derselben für den Roman verantwortlich zeichnen solle (1).

Das geschah, weil die Redaktion sich weigerte, den Roman — „Die Verlobten“ von Manzoni, ein hervorragendes Kunstwerk — durch umfangreiche Streichungen zu verunstalten. Ihr literarisches Gewissen verbot ihr solchen Vandalismus, den die Preschkommission forderte, weil ihrer Ansicht nach der Roman zu allgemeinen Klagen Veranlassung gegeben und durch ihn die Existenz des Blattes aufs schwerste gefährdet wurde. Die Kommission wollte also die von der Redaktion verweigerten Streichungen selbst ausführen.

Dieser Beschluß, der — wir wiederholen — das Recht der Redaktion in unerhörter Weise verletz, war gewiß eine schwere Kränkung und eine Provokation der Redaktion. Trotzdem hätte die Redaktion es unterlassen müssen, deswegen sofort an der Spitze des Blattes eine geharnischte Erklärung gegen die Preschkommission zu geben. Sie hätte sich an die Organisation, der die Preschkommission untersteht, beschwerdeführend wenden müssen. Jetzt haben die Delegierten der Ortsvereine und die Preschkommission auf Grund der Veröffentlichung der Redaktion beschlossen, dem leitenden Redakteur, dem Genossen Schildbach zum 1. Juli zu kündigen unter sofortiger Entziehung von seiner Stellung.

Es ist traurig, daß es durch beiderseitige Fehler dahin kommen mußte!

Unsere Toten. Zu Teuchern (Provinz Sachsen) starb ein Veteran der Arbeiterbewegung, der Genosse Wilm. Otto. Schon in den 60er Jahren trat er der jungen Sozialdemokratie bei und bis zum Tode hat er für sie treu gewirkt.

Seine charaktervolle Geradheit, sein Eintreten für die Rechte und Interessen der Vergarbeiter kostete ihm die Stellung als Grubenaufseher. Aber lieber gab er diese angenehme und lohnende Stellung auf, als daß er seiner Aneignung und seinen Kameraden unrein wurde. Als Gemahregelber schuf er sich durch einen kleinen Handel und namentlich durch Betrieb der Parteipresse und der sonstigen Parteiliteratur eine anfangs recht längliche Existenz. Doch Otto murzte nicht. Unverdorben arbeitete er weiter.

Die Genossen von Teuchern haben ihn durch eine imposante Beteiligung am Begräbnisse geehrt. Aus Jgß. Weisenfels und Halle waren Deputationen erschienen.

Zum Fall Krohn wird der „Mannheimer Volksstimme“ unterm 24. aus Konstanz gemeldet: Das am heutigen Sonntag hier stattgehabte Parteidiebstgericht, dem Genosse Wilhelm Blos vorlag, lehnte nach längeren eingehenden Verhandlungen und nach Einvernahme einer Reihe von Zeugen den Ausschlußantrag gegen den Parteigenossen Paletmeister und Stadtverordneten August Krohn einstimmig ab. Krohn wurde jedoch verpflichtet, die Leitung der Parteigeschäfte in Konstanz niederzulegen, damit die Wiederherstellung des Parteilebens in Konstanz ermöglicht werde. — Die Konstanzener Genossen hatten dem Genossen Krohn belamntlich widerrechtlich für ausgeschlossen erklärt.

„Der gute Same“ (La bonne graine) wird der Name einer Monatschrift sein, die die belgische Sozialdemokratie vom 1. April an herausgeben wird. Die Nummer soll nur 1 Centime (1/2 Fig.) kosten. Durch diese Schritt will man in populärer Weise für die elementaren Grundzüge des Sozialismus in den Kreisen der Bevölkerung agitieren, an die untere gewöhnliche Propaganda und unsere Presse noch nicht herankommt, wo infolgedessen noch den tödlichen Märschen über den Sozialismus Glauben geschenkt wird. Der

„gute Samen“ wird nur in Mengen von mindestens 500 Exemplaren expediert.

Die städtischen Wahlen in Genoa. Für die binnen kurzem bevorstehenden städtischen Wahlen in Genoa hat die dortige Partisektion mit 106 gegen 63 Stimmen beschlossen, ein Wahlbündnis mit Republikanern, Radikalen und Liberalen einzugehen. Von 48 Stimmhabern die Sozialisten 30 ihrer Partei referiert in der von den vier Parteien gemeinsam aufgestellten Liste.

Syndikalist und die Redaktion des „Avanti“. Die seit Ende vorigen Jahres in Rom erscheinende sozialistische Tageszeitung „Avanti“ ist vom „Avanti“ durch halbversteckte Andeutungen beschuldigt worden, ein Organ Giolittis zu sein und Geldunterstützungen aus unläuterer Quelle zu erhalten. Die „Avanti“ hat darauf vergebens den „Avanti“ aufgefordert, seine Anschuldigungen in klarer Form zu stellen, damit sie auf dem klaren Wege vorgehen könne. Da der „Avanti“ diesen Wunsch unberücksichtigt ließ, hat das Syndikalistblatt den Preschverein um ein berufliches Schiedsgericht über die journalistische Korrektheit des „Avanti“ gebeten und gleichzeitig eine Weisung gegen den Parteivorstand eingereicht.

### Pollizellesches, Gerichtliches usw.

#### Strassens der Presse.

In dem neu erworbenen industriellen Riesenzentrum Duisburg, Rülheim, wo die Millionemänner Stinnes, Thyssen, Daniel usw. die Herrscherwelt ausüben, stehen unsere Genossen auf sehr exponierten Posten. Selbstverständlich sind dort, wo dem Arbeiter der Klassenkampf täglich in unerschütterter Gestalt vorgeführt wird, die Opfer dieses Kampfes besonders zahlreich. Da unsere Genossen im Duisburger Wahlkreis sich im vergangenen Herbst auch ein eigenes Parteiorgan (d. h. zunächst als Kopfbild) geschaffen haben, so kommen namentlich zu den Wahrgelungen, Ausperrungen, Strafmandaten usw. auch die üblichen Preschprozesse. Am Donnerstag hatte sich Genosse Heise, der Verantwortliche der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“, wegen Beleidigung eines Polizeibeamten vor der Strafkammer in Duisburg zu verantworten. Das erste Debit kostete 50 R. Am Sonnabend stand Heise abermals wegen Polizeibeleidigung vor Gericht. Auch die zweite Sache wurde mit 50 R. Geldstrafe und den üblichen Nebenstrafen abgetan. Eine dritte Sache, bei der es sich um Beleidigung zweier Volksschullehrer handelte, stand gleichfalls am Sonnabend an. Da die Zeugen in diesem Falle vollständig verweigerten, d. h. sie bekundeten das Gegenteil von dem, was dem Angeklagten mitgeteilt war, so kam Heise hierbei nicht so glimpflich ab, er erhielt vierzehn Tage Gefängnis zudiktirt. Ein vielversprechender Anfang für das junge Blatt, wenn man in Betracht zieht, daß gegen den Genossen Heise noch drei Anklagen schweben.

Genosse Wendel von der „Leipziger Volkszeitung“ hatte sich noch einmal wegen seiner Tätigkeit an der „Volksstimme“ in Chemnitz vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten. Ein Techniker Weigelt hatte sich beleidigt gefühlt, weil er in einem Artikel der „Volksstimme“ als Lohnrücker charakterisiert worden war. Die Weisungsaufnahme ergab im ganzen die Wahrheit der behaupteten Tatsachen. Wegen formeller Beleidigung aber wurde auf 50 R. Geldstrafe erkannt.

Eine verpuffte Staatsaktion. Der in Pulitz, einem Nebenstädtchen des Kreises West-Prignitz, stationierte Gendarm Krause hatte im Januar kurz vor der Reichstagswahl den patriotischen Drang in sich gefühlt, den Staat zu retten. Als am 20. Januar zwei unserer Parteigenossen in Ausübung einer freiwilligen Pflicht Wahlsugblätter in P. verbreiteten, nahm Herr Krause das vorschriftsmäßige Kergerniß, konstatierte bei sich selbst, daß dies eine Sonntagshelldung sei und konstatierte lurcherhand die Flugblätter samt deren Verteilern. Letztere wurden ja nach Feststellung ihrer Personallisten wieder gnädig entlassen, mußten aber, um allen Einwohnern von P. ein Flugblatt auszuhandigen, erst solche von Wittenberge wieder nachholen.

Außerdem wurden sie noch erfolgte Anzeige nach dem Beschluß des königlichen Amtsgerichts zu Prignitz in Anklagezustand verlegt.

In der am Freitag in Prignitz stattgefundene Verhandlung mußte Herr Krause erleben, daß die beiden Sozi, obwohl er sich eifrig bemühte, dem Gericht klar zu machen, daß die zwei doch Sozialdemokraten seien, nach den tatsächlichen Feststellungen und dem Wortlaut des Gesetzes kostenlos freigesprochen wurden. Der Amtsanwalt hatte es selbst beantragt!

Wundern soll es uns nicht, wenn Herr Gendarm Krause namentlich die Luft verfehlt, den Staat nochmals vor der sozialdemokratischen Aufführung zu retten.

In die sächsisch-deutsche „Freiheit“ zurückgekehrt ist Genosse Kressin von der „Leipziger Volkszeitung“. Er hat zu Dohrenau, wegen Majestäts-, Militär- und Simandbeleidigung, 7 1/2 Monate verhaft, hoffentlich ohne dauernden Schaden an seiner Gesundheit genommen zu haben.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Der Stadthauskaltetat und die Gasarbeiter.

Am Montag tagte in Kellers Saal eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung der Gasarbeiter, welche das vorstehende Thema behandelte. Man, Agitationsleiter des Verbandes der städtischen Arbeiter führte aus: Als die städtischen Arbeiter im Herbst vorigen Jahres ihre Forderungen aufstellten: Erhöhung des Lohnes um 10 Proz. und Gewährung einer Teuerungszulage, glaubten die Arbeiter nicht, daß die Erfüllung dieser berechtigten Wünsche auf Schwierigkeiten stoßen würde. In der Stadtverordnetenversammlung wurde zwar von liberaler Seite die Berechtigung einer Teuerungszulage anerkannt, aber den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Arbeitern eine Teuerungszulage zu gewähren lehnte die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordneten ab. Die Verwaltungsdeputation bewilligte nur für einzelne Kategorien der städtischen Arbeiter Lohnzulagen von 4—6 Proz., die nur den am schlechtesten entlohnten Arbeitern zugute kamen. Das die Schulheizer erhielten mehr, nämlich eine Lohnhöhung von 16 Proz. Die Gasarbeiter gingen ganz leer aus. Ihnen wurde nichts bewilligt. Die Gasarbeiter beziehen jetzt meistens Löhne von 4—4,20 R., was sowohl wegen der besonders schweren Arbeit als auch wegen der herrschenden Teuerungsbetrhältnisse als unzureichend angesehen werden muß. Die Verwaltungsdeputation hat jedoch die Lohnhöhung der Gasarbeiter abgelehnt. Auch die Wünsche der Arbeiter an Verkürzung der Arbeitszeit sind bis jetzt nicht erfüllt worden. Die allgemeine Durchführung des Achtstundentages im inneren Betrieb und des Neunstundentages für Außenarbeiter ist beabsichtigt, die technischen Beamten der Gaswerke haben sich für die Verkürzung der Arbeitszeit erklärt, aber die Vertreter der Großindustrie in der Stadtverwaltung wollen mit Rücksicht auf die Privatindustrie von einer Verkürzung der Arbeitszeit nichts wissen. Nach dem, was man in der Verwaltungsdeputation gehört hat, wird nicht daran zu denken sein, daß vor dem 1. Oktober ein endgültiger Beschluß darüber gefaßt wird, ob die verkürzte Arbeitszeit, welche zurzeit für einen kleinen Teil der Gasarbeiter probeweise eingeführt ist, sich bewährt hat“ und vielleicht allgemein eingeführt werden soll. Außerordentlich ist die Beratung des Etats der Gaswerke durch



die Stadtverordnetenversammlung noch nicht erledigt. Sollten auch hier, wie zu erwarten, die Forderungen der Arbeiter abgelehnt werden, so werden dieselben zu geeigneter Zeit wieder erhoben und mit den Mitteln, die den Arbeitern zu Gebote stehen, durchgeführt werden.

An der regen Diskussion beteiligten sich eine Anzahl von Arbeitern der städtischen Gaswerke. Sie schilderten ihre Arbeitsverhältnisse, betonten, daß die Erfüllung ihrer Forderungen eine Notwendigkeit sei und führten aus, daß man von der bürgerlichen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung nichts für die Arbeiter erwarten könne, diese sich vielmehr nur auf ihre Organisation stützen können und mit deren Hilfe ihre Forderungen durchsetzen werden. — Eine vom Referenten empfohlene Resolution wurde einstimmig angenommen. Sie lautet:

Die heute in Reßes großem Saale zahlreich versammelten Gasarbeiter der Stadt Berlin nehmen mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die Verwaltungsdeputation der Gaswerke sowohl als auch Staatsanwalt und Magistrat den berechtigten Wünschen der Gasarbeiter auf Erhöhung ihrer Löhne nicht stattgegeben haben.

Die Gasarbeiter erwarten nimmere in letzter Stunde, daß die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer demnächstigen Sitzung die Wünsche der Arbeiter berücksichtigen und die Position für Arbeiterlöhne im Gaswerk erhöhen wird. Die Gasarbeiter rechnen um so eher auf eine Verbesserung ihrer materiellen Lage, als die städtischen Gaswerke bekanntlich ganz bedeutende Reinerträge abwerfen, aus denen der Erzeugern dieses Ueberschusses wohl eine Lohnerhöhung bewilligt werden konnte.

Die Versammlung bedauert des weiteren, daß die Stadtverwaltung keine Veranlassung genommen hat, die auf der Anstalt IV zur Einführung gelangte Verklärung der Arbeitszeit auch in den übrigen Anstalten durchzuführen.

In der Erwägung, daß die Verklärung der Arbeitszeit für die schwer arbeitenden Gasarbeiter eine aus gesundheitlichen Gründen gebotene Notwendigkeit ist — in der ferneren Erwägung, daß die Einführung der Achtstundenschicht für Betriebsarbeiter als das Mindestmaß dessen zu betrachten ist, was von einer fortschrittlichen Gemeindeverwaltung verlangt werden muß, beauftragt die heutige Versammlung die Ortsverwaltung des Gemeindefabrikantenverbandes, im Falle einer ablehnenden Haltung der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich im Einvernehmen mit der Verbandsleitung diejenigen Schritte zu unternehmen, die zu einer energischen Durchführung unserer Forderungen — bezüglich der Verklärung der Arbeitszeit — hinführen.

Die Versammelten verpflichten sich, alle in den Berliner Gaswerken arbeitenden, insbesondere die dem Verbands noch fernstehenden Kollegen von dem Ernst der Situation zu überzeugen, so daß die etwa in Anwendung kommenden gewerkschaftlichen Hilfsmittel zur Durchführung unserer berechtigten Wünsche von einer willensfesten und kampfbereiten Kollegenschaft benutzt werden.

#### Der Lohnstreik der Herrenmahlhändler.

Es war von vornherein vorauszusehen, daß der Generalstreikungsbeschluss des Hauptverbandes der Arbeitgeberverbände nicht die gewünschte Wirkung auf die ausgesperrten und streikenden Herrenmahlhändler ausüben würde. Diese Tatsache trat denn auch deutlich in der Mitgliederversammlung der Herrenmahlhändler zutage, die gestern vormittag den großen Saal der Brauerei Friedrichshain füllte. Herr v. Krause, der zweite Vorsitzende des Schnelverbandes, sprach über die gegenwärtige Situation in der Branche. Klar und ungewöhnlich hob er die Tatsache hervor, daß die Geschäftswelt sich von Anfang an und fortwährend zum Verhandeln bereit gezeigt hat, und keineswegs, wie es von Arbeitgeberseite immer von neuem wider besseres Wissen behauptet wird, unbedingte Anerkennung ihrer Tarifvorlage verlangte. Nichts anderes wurde seitens der Geschäftswelt von den Arbeitgebern verlangt, als daß sie auf Grund der eingereichten Forderungen verhandeln sollten, wie es der Geschäftswelt überhaupt als selbstverständlich erscheint, daß Tarife, zumal so komplizierte, wie die für die Herrenmahlhändler, mit der notwendigen Klarsicht, nicht anders als durch Verhandlungen festgelegt werden können. Anders die Arbeitgeber. Sie suchen selbst in höchstem Maße den Terrorismus auszuüben, den sie zu unrecht der Geschäftswelt zum Vorwurf machen. Dabei ist die Tarifvorlage, deren unbedingte Anerkennung die Berliner Arbeitgeber verlangen, wie ihr Vorsitzender, Herr Krause, selbst zugegeben hat, so leichtfertig und schlecht ausgearbeitet, daß sie nicht einmal als Grundlage für Verhandlungen geeignet ist. Aber der Hauptvorwand besteht, daß sie so töricht zu Werke gehen, und die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sollen geborgen.

In mehreren Orten haben die Arbeitgeber ihren Vorlagen die Worte „Erhöhter Tarif“ ausdrucken lassen. Die Geschäftswelt wäre sonst, wie der Redner bemerkte, gar nicht gewagt geworden, daß es sich um „Erhöhungen“ handelte. In mehreren Beispielen zeigt der Redner, daß, wo wirklich in einem der Tarife statt Erhöhung eine Senkung von Stückpreisen aufgeführt ist, diese durch Wegfall früher üblicher Bezüge für Nebenarbeiten wettgemacht wird. — Die Unternehmer rechnen in Berlin mit 6000 bis 7000 ausgesperrten und meinen, daß die Geldmittel der Geschäftswelt innerhalb acht Tagen erschöpft sein würden. Nun dauert der Kampf bereits vier Wochen und kann von der Geschäftswelt noch auf lange Zeit fortgesetzt werden. Die Zahl der Aussperrten und Streikenden in Berlin übersteigt — und das ist, wie der Redner bemerkt, festzustellen — nicht 2500. Es ist also nicht, wie die Arbeitgeber behaupten, das Organ des Schnelverbandes, sondern ihre eigene Leitung, die die Arbeitgeber und die Öffentlichkeit hierüber zu täuschen sucht.

Schließlich wies der Redner nochmals darauf hin, daß Frieden im Gewerbe nicht durch Aufzwingen eines Tarifs, sondern nur durch einen auf Grund von Verhandlungen zustande gekommenen Vertrag gesichert werden kann. Man müsse sich nur klar darüber sein, daß der Kampf nicht binnen kurzem beendet werden könne. Nie mehr aber werde sich die Geschäftswelt Bedingungen des Wunsches des Arbeitgeberverbandes unterwerfen!

Brausender Beifall der ganzen Versammlung bewies, daß der Redner hiermit der allgemeinen Ueberzeugung Ausdruck verliehen hatte. Zur Diskussion verlangte niemand das Wort. Allen schien es klar genug, welcher Weg gegenüber dem Terrorismus der Arbeitgeber einzuschlagen ist. Der Willkürherrscher Künze wies auch noch darauf hin, wie sich die Arbeitgeberseite über die Finanzlage des Geschäftsweltverbandes schmeichlich geäußert hat, und gab unter lebhaftem Beifall der Versammlung bekannt, daß die Ortsverwaltung mit Rücksicht auf das Operfest beschloffen hat, die Streikunterstützung für diese Woche um 8 Mark zu erhöhen, wofür Beweis genug dafür, daß es mit den Geldmitteln der Geschäftswelt keineswegs zu Ende geht. Weiter bemerkte der Redner, daß die Firma Rothmer, Unter den Linden, deren Inhaber, wie dieser selbst erklärte, gegen den angeführten Beschluss der Arbeitgeber gestimmt hat, versuchte, eine Aussprache mit ihren Arbeitern über die Tarife herbeizuführen. Das ist grundsätzlich abgelehnt worden. Als Mitglied des Arbeitgeberverbandes mußte Herr Rothmer sich an seine Ortsgruppe oder nach Wäinchen wenden, an seinen Hauptvorstand. Die Geschäftswelt habe ja den Arbeitgebern von Anfang an die Hand zum Frieden geboten und sei noch jetzt bereit, auf vernünftiger Grundlage Frieden zu schließen.

Herrn führte der Redner aus, daß die Firma Romann in Berlin versucht hat, Streikarbeit unter der Angabe unterzubringen, daß sie von der Firma David, Charlottenburg, herrühre. Die fünf Geschäfte der Charlottenburger Firma legten darauf die Arbeit nieder. Herr David aber erklärte, daß mit seinem Namen langjährig verbunden worden sei. Die angeblich ihm gebührende Arbeit ist Herrn David zugesellt worden. Der Vertreter der Firma Romann wird sich nun noch, abgesehen von einer Klage auf Schadenersatz, wegen des Mißbrauches zu verantworten haben.

den er mit dem Namen des Charlottenburger Geschäftes getrieben hat.

Die Versammlung nahm dann einstimmig folgende Resolution an:

Die Mitgliederversammlung des Schnelverbandes erklärt, daß die Tarifvorlage der Arbeitgeber nicht nur „einige Unbequemlichkeiten“ enthält, sondern daß sie einer ganzen Umarbeitung bedarf, die nur in gemeinsamen Verhandlungen am Orte stattfinden kann. Die Versammlung kann deshalb ihrem Zentralvorstand die Annahme des durch die Presse veröffentlichten Ultimatum nicht empfehlen.

Die streikenden Möbeltransportarbeiter nahmen in ihrer Versammlung am Dienstag im Gewerkschaftshause Dehns Bericht über die bestehende Situation entgegen. Dem trat dem Bericht entgegen, daß eine größere Anzahl der Streikenden zu Knauer zurückgekehrt sei; nur drei oder vier wären abtrünnig geworden. Die Firma Schloß (Inhaber Wessing) hat den Vertrag mit dem Zentralverband unterschrieben und die Arbeit ist dort wieder aufgenommen worden. Bei Schäfer waren für Dienstag 60 Umzüge gemeldet, aber nur zwei Möbelwagen fuhren am Morgen vom Hofe. Knauer soll nach eigenem Eingeständnis bereits einen Schaden von 25 000 M. erlitten haben, was Knauer als viel zu niedrig geschätzt bezeichnet. Bei Schur heißt es von einem Tage zum andern: Morgen findet die Einigung statt! Dies bedeutet nur, daß man täglich den Zusammenbruch des Streiks erwartet. Uebtrig sollen zahlreiche Lohnfahrwerke für Schur tätig sein. Es wurde auch berichtet, daß die Pader dort arbeiten. — Nach genaueren Nachforschungen hat sich herausgestellt, daß die Zahl der beladenen Wagen auf den Bahnhöfen viel größer ist, als man zuerst abgeschätzt hatte; es sind nämlich nahezu 900. Man hat versucht, manchen Streikenden zu ersparen, durch abgehandelte Briefe mit der Drohung, den Arbeiter für allerlei Schäden ersatzpflichtig zu machen, weil er ohne Kündigung und ohne geschlichen Grund die Arbeit niedergelegt habe. Von der Streikleitung wird darauf aufmerksam gemacht, daß man solchen Schreckschüssen keinen Wert beizulegen brauche. Man solle sich auch auf keine Sonderverträge einlassen, sondern in jedem Falle sich auf die Organisation berufen.

#### Achtung, Baukumpen!

Bei der Firma Schmidt, Charlottenburg, haben die Kollegen wegen Nichtannahme des Tarifs die Arbeit niedergelegt. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

#### Deutsches Reich.

##### Zur Ausperrung der Hamburger Schauerleute.

Wie in der vorigen Nummer berichtet, hat der Hafenbetriebsverein eine andere Haltung eingenommen, die von der des Vereins Hamburger Reeder wesentlich abweicht. Zwar gehören auch die Reeder ersterem Verein an, aber in diesem dominieren die Kaufleute, Schiffsmakler und Steuer, welche Gruppen ein großes Interesse an einer schnellen Expedition und Entloshung der Schiffe haben. Während der Hafenkapitän Wallin in seiner Rundrede von einer intensiven Ausnutzung der Hafenverhältnisse sprach (gemeint ist die intensive Ausnutzung der Arbeitskraft) und an den Beschluß des Reedervereins erinnerte, daß zunächst die Unterbrechung „zur Nacharbeit bereit“ geleistet und damit das alte Verhältnis hergestellt werden müsse, bevor verhandelt werden könne, hat der Hafenbetriebsverein am Sonnabendnachmittag beschlossen, für diejenigen Arbeiter, die bereit sind, in ein kontrolliertes Verhältnis einzutreten, einen regelrechten Wechsel von Tag- und Nachtschichten einzuführen. Dieser schließe die Möglichkeit einer 36 stündigen Arbeitszeit überhaupt aus. In den nächsten Tagen wird sich ja herausstellen, was es mit dem „kontrollierten Verhältnis“ auf sich hat. Die Organisationsleitung der Schauerleute hat ja auch schon vor dieser Entscheidung dem Hafenbetriebsverein wissen lassen, daß die Arbeiter stets bereit seien, auf annehmbarer Basis in Verhandlungen einzutreten.

Seit Sonnabend sind auch einige hundert Streikbrecher aus der Rheinprovinz und Niederrhein in Hamburg angekommen, um als „Hafenarbeiter“ vermont zu werden. Ein großer Teil dieser Importierten hat Hamburg sofort den Rücken gekehrt, nachdem sie in Erfahrung gebracht hatten, zu welcher traurigen Rolle sie auszuüben waren. Nach bekanntem Muster haben die Wallintreuer den Resten alles Mögliche über den Konflikt am Hafen vorgelesen, wobei ihnen in einigen Orten Kulturs von Seiten der Polizeibeamten geleistet wurde. Einige Streikbrechertransporte standen sogar unter polizeilichem Schutz, indem abkömmliche Polizisten von den betreffenden Behörden als Reisebegleitung abkommandiert wurden. Wer diese Kosten bezahlt hat, wissen wir nicht. Während in der vorigen Woche eine Befannmachung erlassen wurde, Arbeitswillige sollten sich ein Jahr verpflichten, haben diese „Kauderzler“ sich auf einen Monat festgelegt bei 60 M. Konventionaltarife im Falle Kontraktbruchs. Daß die Streikbrecherzogenen sich herausgenommen haben, auf Kosten der ausgesperrten zu stehen, glücklicherweise ohne zu treffen, die zu den Arbeitswilligen sagten: Die Schauerleute sind ausgesperrt, sei nur nebenbei bemerkt. Deutsches Reich — mitten in Hamburg — ist ein Land mit den vollständigsten Rechtsgarantien, davon kann man jetzt täglich im Hamburger Hafen Beispiele sehen. Die Arbeitswilligen aus Deutschland erfreuen sich derselben „Freiheit“ wie die Engländer; sie wurden sofort an Bord des für sie in Bereitschaft gestellten Dampfers „Schaumburg“ gebracht und ein Entweichen ist so gut wie ausgeschlossen. Da sie nicht instand sind, die 60 M. zu zahlen, werden ihnen die Papiere vorenthalten und sie können sehen, wie sie an Land kommen.

Täglich ist das Redetum demüht, durch die Telegraphenbureaus die Lage im Ausperrungsgebiet als für die Unternehmer äußerst günstig darzustellen. Wie es in Wirklichkeit damit steht, beweist wohl der nachfolgende Verkehrsbereich der Hamburger Speditorenvereins Hermann u. Thelmer, der der Redaktion der „Düsseldorfer Volkszeitung“ zugestellt wurde. Er lautet:

Hamburg 14. den 20. März 1907.  
Neuer Wandrahm 1 (Freihafen).  
Berkebrödericht.

Da es dem Verein Hamburger Reeder bisher nicht gelungen ist, für die entlassenen ca. 5000 Schauerleute ausreißenden und gleichwertigen Ersatz zu finden — bisher konnten ca. 1800 englische, zum Teil ungebildete Arbeiter, herangezogen werden —, gestaltet sich die Lage im hiesigen Hafen immer unangünstiger; die Lösung und Beladung der Schiffe zieht sich ganz ungebürlich in die Länge und daraus resultiert natürlich eine erhebliche Verzögerung in der Expedition der zu besetzenden Güter, von den damit verknüpften Extrakosten gar nicht zu reden. Augenblicklich liegen im hiesigen Hafen nicht weniger als 22 Dampfer und 54 Segelschiffe, und es besteht leider wenig Aussicht, daß sich die Verhältnisse in absehbarer Zeit bessern, denn der Verein Hamburger Reeder steht auf dem Standpunkt, daß der ihm aufgezwungene Kampf erfolgreich zu Ende geführt werden müsse, sollte es, was es wolle, damit die immer wiederkehrende Beunruhigung des Verkehrs endlich einmal aufhöre. Die Reeder sind der Ansicht, daß nicht sie allein, sondern der gesamte Handelsstand an der Lösung dieser Frage interessiert sei. Jedenfalls empfehlen wir an, bei Ihren Lieferungsverpflichtungen und Dispositionen auf die hier herrschenden Schwierigkeiten gebührende Rücksicht zu nehmen; leider dürften dieselben noch dadurch vermehrt werden, daß seit gestern von der Oberelbe so kolossaler Wasserzuwachs gemeldet wird, daß nicht nur mit einer Behinderung, sondern vielleicht sogar mit einer Einstellung des Flußschiffverkehrs gerechnet werden muß.

Auch an der Berliner Mühlendamm-Schleuse macht sich deutlich eine Abnahme des Verkehrs bemerkbar. Die zwischen Hamburg

und Schlesien kursierenden Binnenschiffe hielten sich sonst um diese Jahreszeit gerade an dieser Stelle unglücklich stark an, und lagen oft in langer Reihe tagelang auf der Durchschleuse wartend. Jetzt kommt es vor, daß manchmal zu Berge kein Fahrzeug in die Schleuse einlaufen kann, weil von der Elbe und Havel her zu wenig herankommen. Man muß dann die Schleusenammer wieder auffüllen, um abermals zu Tal laufende Fahrzeuge durchzulassen. Der „Stern“-Dampfer „Prinz Oskar“, der des starken Stromes wegen die Schiffe aus der Schleuse nach oben heraufschleppen soll, liegt dann stundenlang unterhalb der Schleuse oberhalb erst Fahrzeuge an dieselbe heran.

#### Die Nachwahl im 39. Kommunalwahlbezirk.

In einer gestern abend im Saale der Norddeutschen Brauerei, Chauvestraße, stattgehabten Versammlung wurde einstimmig Genosse Schneider Adolf Ritter als Stadtverordnetenlandidat aufgestellt. Die Neuwahl ist, wie schon mitgeteilt, bedingt durch Verzug des bisherigen Vertreters, Genossen Grindel, nach außerhalb. Der Wahltermin für die Nachwahl ist auf den 10. April festgesetzt.

#### Letzte Nachrichten und Depeschen.

##### Sympathiestreik.

Lausanne, 26. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In Lausanne und Montreux ist heute der Generalstreik zugunsten der Streikenden von Bevey erklärt worden. Die Arbeiterschaft soll Mittwoch früh beginnen.

##### Die Marokkoaffäre vor der französischen Kammer.

Paris, 26. März. (M. T. N.) Deputiertenkammer. Der Deputierte Chauvignier eröffnet die Debatte über die Angelegenheit Marokko mit einer Rede, in der er die Mordtat, die von der gesamten zivilisierten Welt mit Entrüstung empfunden werde, bespricht. Sodann spricht sich Trouin, der Deputierte für Oran, für eine Truppenlandung aus. Es folgt Dubief, der sich den Ausführungen Chauvigniers anschließt, und auf die Verdienste Marokkos hinweist, mit dem Vernetzen, daß Marokko nie von der französischen Gesundheitskraft in Schach genommen werden sei. (Entrüstungsrufe.) Redner spricht die Hoffnung aus, daß Frankreich eine völlige Genugtuung zu erreichen wissen und in Zukunft in der Auswahl seiner Vertreter sorgfältiger sein werde.

Minister des Aeußeren Bichon erwidert, daß Marokko niemals von Seiten der Beamten des Ministeriums des Aeußeren eine unfreundliche Aufnahme oder eine schlechte Behandlung erfahren habe. Er habe in Marokko nicht ganz die erforderliche Voraussicht bewiesen, aber er habe sich verdient gemacht und sei wohlthätig gewesen. Bichon widmet Marokko Worte wärmster Anerkennung und spricht dessen Familie sein Beileid aus. Es sei richtig, daß der Gouverneur von Marokko nicht die erforderlichen Maßnahmen ergriffen habe. Das Verbrechen sei die Folge einer Reihe von Vorgängen, die Frankreich in eine demütigende Lage versetzen würden, wenn dieses Verbrechen nicht Bestrafung fände. „Unsere Stellung in Algier“, sagt der Minister, „unser besondere Abmachungen sind mißachtet worden.“ Bichon verliest die Reihe der Verbrechen Frankreichs. Ribot (Republikaner) verteidigt die Vertreter Frankreichs in Marokko, die Frankreich zum friedlichen Eindringen in das Land veranlassen, die es aber auch unterziehen müsse. Man müsse mit dem Fanatismus der Mohammedaner rechnen, die seit einem Jahre Zeugen der Spaltungen Europas gewesen seien. Das Ultimatum Frankreichs sei so maßvoll, daß seine Absichten nicht beargwöhnt werden könnten. Ribot wünscht, daß die Befehle von Uchda nicht lange aufrecht erhalten zu werden brauche, Frankreich wolle in Marokko keine Eroberungspolitik betreiben. (Beifall.)

Darauf erfolgt die Abstimmung. Der Wortlaut der angenommenen Tagesordnung ist folgender: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung, vertraut auf ihre Festigkeit, um die Sicherheit unserer Mitbürger in Marokko zu gewährleisten, und geht zur Tagesordnung über. Als Präsident tritt Strifon mittelst, daß die Kammer diese Tagesordnung einstimmig angenommen hat, es hebt sich auf allen Bänken lebhafter Beifall.

##### Stolypin über die Feldkriegsgerichte.

Petersburg, 26. März. (M. T. N.) Reichsduma. Nach Schluß der Debatte über die Feldkriegsgerichte erklärt Ministerpräsident Stolypin, das Geseh über diese Gerichte sein ein zeitweiliges und könne nicht über als einen Monat nach der Einbringung des Antrages bei dem Dumaspräsidenten abgeschafft werden. Aber abgesehen von diesen formellen Erwägungen, sei es klar, daß die Duma von der Regierung eine gerade Antwort erwarte. Er könne sich nicht mit Juristen von Fach, wie Wallatoff, in eine Polemik einlassen. Es gebe keine Befehlgebung, die der Regierung verbiete, die normale Ordnung der Dinge zu unterbrechen, wenn der Organismus des Staates bis in seine Grundfesten erschüttert werde. Es gebe im Leben des Staates verhängnisvolle Augenblicke, wo die Notwendigkeit gebieterischer sei, als das Recht, wo man zu wählen habe zwischen der Nichtigkeit der Theorien und der Sicherheit des Vaterlandes. Provisorische Maßnahmen, wie das Geseh über die Kriegs- und Feldgerichte, könnten nicht den Charakter dauernder Einrichtungen annehmen, sie seien dazu bestimmt, die Flut des Verbrechens zu brechen, und dann zu verschwinden. . . . Der Ministerpräsident Stolypin verliest darauf die auf einem Kongreß der Sozialrevolutionäre gefassten Beschlüsse.

Petersburg, 26. März. (M. T. N.) Ministerpräsident Stolypin weist darauf hin, daß die auf dem Kongreß der Sozialrevolutionäre gefassten Resolutionen die Massen des Volks aufzuheben zu einer bewaffneten Erhebung, und daß deren endliches Ziel die demokratische Republik sei. Stolypin fährt fort: Ich frage Sie, darf die Regierung unter dertartigen Umständen der revolutionären Bewegung nachgeben. Die Regierung hat die Ueberzeugung, daß das Land von ihr nicht einen Beweis der Schwäche, sondern einen Beweis des Vertrauens erwartet. Wir wollen glauben, daß Sie dem blutigen Bahn Einhalt tun werden, daß Sie das Wort aussprechen werden, welches uns alle zwingen wird, an der Wiederherstellung und der Herrschaft Rußlands mitzuarbeiten. Inzwischen wird die Regierung die Zuständigkeit der Kriegs- und Feldgerichte auf außergewöhnliche Fälle und auf die verwegenen Verbrechen beschränken, und wenn die Reichsduma Rußland auf der Bahn ruhiger Arbeit vorwärts gebracht haben wird, wird das Geseh über jene Gerichte schon durch die Tatsache, daß es nicht den gefestigten Adressanten vorgelegt wird, außer Kraft treten. Die Verurteilung Rußlands ist in Ihren Händen. Rußland wird das von den Feinden verlorene Blut von dem Blut zu unterscheiden wissen, das durch die Hand der gewissenhaften (11) Kerkis vergossen wird, welche außerordentliche Maßnahmen anwenden, die die einzige Öffnung zur Heilung des Kranken bieten. Die Rede des Ministers wird von der Rechten mit Beifall, von dem Zentrum und der Linken mit Schweigen aufgenommen.

##### Kursus im Niederreiten.

New York, 26. März. (M. T. N.) Die Wäiter bringen lauge Berichte über das Verhältnis Roosevelt zu dem deutschen Votschaffter Sped v. Sternburg. Letzterer lehrt die Ehre Roosevelt das Reiten und Hindernisnehmen. Sternburg sei als früherer Quiser vorzüglich hierzu qualifiziert.



Schweizerischer sozialdemokratischer Parteitag.

St. Gallen, 24. März. (Fig. Ber.)

In der sehr geräumigen und feierlich geschmückten Ullrichschen Konzertsalle hat sich eine sehr stattliche Zahl von Delegierten eingefunden. Nach 5 Uhr nachmittags eröffnete gestern Genosse Reimann mit einer kurzen Ansprache den Parteitag, worauf das Bureau aus Reimann als Präsident, Buschensfeld-St. Gallen als Vizepräsident, Dr. Keller-St. Gallen als deutscher und Sigg-Genf als französischer Sekretär und 6 Stimmzählern bestellt wurde.

Reiße-Bern beantragte Absehung des Punktes „Einigungsämter“ von der Tagesordnung, worüber zuerst die Gewerkschaften beraten sollten. Grulich und andere Genossen sind für Beibehaltung; sie wurde mit großer Mehrheit beschloffen.

Sodann machte Präsident Reimann einige Mitteilungen über das internationale sozialistische Bureau. Die Schweizerische sozialdemokratische Partei soll einen Jahresbeitrag von 500 Fr. leisten, den sie aber nicht leisten kann. Sie will 100 Frank beitragen, womit das Bureau jedoch nicht einverstanden ist. Lieber diese Finanzangelegenheiten herrscht überhaupt noch Unklarheit. In Zukunft soll nicht mehr die Gesamtpartei, sondern es sollen die kantonalen Parteien Delegierte entsenden und auch bezahlen. Eine Vertretung der Schweiz ist angesichts der Tagesordnung des nächsten internationalen Sozialistenkongresses durchaus notwendig. Es wird zum Schlusse der Geschäftsleitung der Auftrag erteilt, mit dem internationalen Bureau einen Vergleich herbeizuführen.

Für die Vespredung der Militärvorlage konnte wegen Mangel an Zeit kein Referat gefunden werden. Es könnte jedoch heute sowie noch keine definitive Beschlussfassung erfolgen. Dies kann erst geschehen, wenn sie von der Bundesversammlung erledigt ist. Dann soll dagegen sofort das Referendum ergriffen werden unter Vorbehalt der endgültigen Stellungnahme der Partei dazu. In diesem Sinne wurde beschloffen.

Der Antrag der glarnerischen Gräulvereine auf Ergreifung der Initiative für Einführung der eidgenössischen obligatorischen Mobiliarversicherung wurde auf Antrag Dullschlegler der Parteileitung zur weiteren Prüfung und Berichterstattung an einen späteren Parteitag überwiesen.

Vor Eintritt in die heutigen Sonntagsvorhandlungen wurde mitgeteilt, daß die Kommission des Parteitages ihre Arbeit betreffend die Revision des Obligationenrechts beendigt habe und sie nächsten veröffentlicht werden.

Unserfährlich steht nach dem Revisorbericht die Partei-Lasse, da sie das Rechnungsjahr mit nur 550 Fr. Vermögensbestand abgeschlossen hat. Den Grund bilden die kleinen Beiträge der kantonalen Parteiorganisationen. Außerdem werden für bedeutend weniger Parteigenossen die Beiträge entrichtet, als den Organisationen angehören.

Es folgte nun das Referat des Genossen Regierungsrat Scherrer-St. Gallen über die Einigungsämter. Er erinnerte daran, daß die Arbeiterstände so alt sind wie die gewerbliche Arbeit selbst. Sie waren zwar in manchen Beziehungen verschieden von den heutigen Streiks, aber sie zeitigten dieselben Haupt- und Nebenergebnisse wie heute. Schon im 18. Jahrhundert haben städtische Behörden, so z. B. in Konstanz, Erlasse gegen die Ausstände erlassen, die Räubelführer verhaftet und die Teilnehmer ausgewiesen. Im Jahre 1795 hat das heilige Deutsche Reich das Streiken mit Todesstrafe bedroht. Im 19. Jahrhundert haben die Arbeiter das Koalitionsrecht erhalten. Das Streikrecht war eine absolute Notwendigkeit. Rein Kulturstaat kann durch Militärgewalt oder Ausnahmegesetze den Streik unterdrücken. Zweifellos können durch Einigungsämter manche Streikursachen beseitigt werden, aber nicht viele, da die meisten Ausstände der letzten und der nächsten Zeit sich um die Verkürzung der Arbeitszeit drehen. Von den Unternehmern wird in den Arbeiterkommissionen ein Mittel zur Verminderung der Streiks erblickt, aber sie besitzen diese Bedeutung nicht. Ein besseres Mittel sind die Gewerkschaften, was statistisch bewiesen ist. Mit der besseren Organisation, die eine bessere Disziplinierung der Arbeiter zur Folge hat, werden auch die Militäraufgebote abnehmen. Dazu kommt die Stärkung der finanziellen Mittel der Gewerkschaften, mit denen dann die Unternehmer um so weniger anbinden werden. Auch die Ausgestaltung des Tarifvertragsrechts wird die Ausstände vermindern. Endlich sollen die Einigungsämter bewirkt. Ihre Zusammensetzung soll nicht allein auf die nächsten Berufsgenossen beschränkt werden. Es wäre ihnen der Erscheinungszwang einzuräumen, die Initiative, in Kollektivstreiks einzugreifen, das Recht zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse, öffentliche Verhandlung und Zeugeneinvernahme. Es würden dann mehr Vergleiche zustande kommen. Neben den örtlichen und kantonalen sollen auch eidgenössische Einigungsämter errichtet werden für Fälle, in denen Streiks die kantonalen Grenzen überschreiten, wie z. B. bei Eisenbahnkämpfen. Der Referent erklärte zum Schlusse, daß man an seinen Vorschlägen Kritik üben möge, er wolle nur einen Weg zeigen, den die Arbeiter ohne Schaden, aber mit Nutzen gehen könnten. Er beantragte sodann folgende Resolution:

„Der Parteitag betrachtet als wirksame Mittel zur besseren Ordnung und teilweisen Einschränkung der Arbeitsbedingungen die Ausdehnung des Arbeiterschutzes, die Entwicklung des Gewerkschaftswesens, die Schaffung eines guten Dienst- und Tarifvertragsrechts und die Förderung des Abschlusses von Tarifverträgen.“

Er stimmt auch der Bildung von paritätischen Einigungsämtern in Bund und Kantonen auf Grund der rechtlich anerkannten beruflichen Organisationen zu. Diese Einigungsämter sollen von den gewerblichen Schiedsgerichten getrennt sein und sowohl Kollektivlagen entgegennehmen, als selbständig sich in Kollektivangelegenheiten zwischen Arbeitern und Unternehmern einmischen dürfen. Sie sind mit dem Rechte der Zwangsverfugung der Parteien und der Beweismittel auszustatten. Den Parteien ist die Einlassungspflicht aufzuerlegen. In öffentlichem, unentgeltlichem Verfahren sind Begehren und Einreden festzustellen, ist der Tatbestand zu untersuchen und das Ergebnis zu protokollieren.

Ein bindender Entscheid ist zulässig, wenn die Parteien ihre Zustimmung geben; in jedem Falle ist ein solcher auszuarbeiten und zu veröffentlichen.

Die Einigungsämter funktionieren als entscheidende Instanz bei allen Differenzen aus Tarifverträgen.“

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich zierlich ein Duzend Redner, von denen die meisten Gewerkschaftler die Scherrer'schen Thesen ablehnten, leider mit nicht gerade glücklichen Gründen, während die meisten Parteipolitiker dafür eintraten. Mit 168 gegen 27 Stimmen wurde sodann Scherrer's Resolution grundsätzlich angenommen, nachdem vorerst das Wort „wirksame“ in „wirksam“ abgeändert worden war. Einstimmig wurde hierauf beschloffen, die Organe des Gewerkschaftsbundes einzuladen, sich mit den in der Resolution aufgeworfenen Fragen ebenfalls zu beschäftigen.

In der fortgesetzten Erledigung der Tagesordnung erfolgte fast einstimmig die Ablehnung des Antrages der Genfer Genossen, für die Einführung der Proportionalwahl des Nationalrats Propaganda zu machen. In der kurzen Diskussion wurde den Genfer Genossen der sehr berechtigte Rat gegeben, einmal an ihrem Orte selbst erhöhte Tätigkeit zu entfalten und sich Vertretung in den Behörden, speziell im Großen Stadtrat, zu erkämpfen. Dem anderen Genfer Antrag, die Parteileitung möge auf eine eventuelle Revision des

Artikels 45 der Bundesverfassung hinwirken, um dem schweizer Bürger das freie Niederlassungsrecht auf dem ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft zu garantieren, wurde einstimmig zugestimmt.

Auf Antrag der Berner Genossen wurde beschloffen, das Parteiprogramm in einer Fassung herzustellen und je 100 Exemplare zu 1 Fr. an die Parteiorganisationen zum Zwecke der Gratisverteilung abzugeben. Auf Antrag des Genfer Genossen Nicolai beschloß der Parteitag die Unterföhrung der Initiative betreffend das Absintheverbot. Zum Zwecke des friedlichen Nebeneinanderarbeitens von Gräulvereinen und sozialdemokratischen Vereinen, die heute an verschiedenen Orten sich etwas reiben, sollen die Statuten der Partei revidiert werden.

Eine sehr lange und lebhaft debattierte der Antrag der Genossen im Züricher Industriequartier, den beiden sozialdemokratischen Vertretern im Nationalrat, Dr. Brücklein und Scherrer, wegen ihrer Haltung bei der Beratung der Militärvorlage Mißbilligung auszusprechen. Ersterer hatte beantragt, Militär bei Streiks nur im Falle der Störung der öffentlichen Ordnung aufzubieten, es weder zugunsten der Unternehmer, noch zugunsten der Arbeiter zu verwenden und nur Wehrmänner aus einem anderen Kanton dazu einzuberufen. Der Antrag fand im Widerspruch mit den begünstigten Beschlüssen des vorjährigen Parteitages in Olten. Schließlich stimmten beide für die Militärvorlage. Gegenüber dem erwähnten Mißbilligungsantrag beantragte Genosse Scherrer Pflüger, der Parteitag solle lediglich konstatieren, daß die Haltung der Genossen Brücklein und Scherrer mit den älteren Parteitagbeschlüssen im Widerspruch steht und mit dieser Konstatierung zur Tagesordnung übergehen. Der Antrag wurde mit 118 gegen 47 Stimmen angenommen. Ein Zusatzantrag, den Antrag Brückleins nicht als eine die Arbeiter befriedigende Lösung zu erklären, wurde mit 82 gegen 51 Stimmen abgelehnt.

Um 5 Uhr waren die Verhandlungen beendet. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde der Parteitag geschlossen.

Unfallverhütungsmaßnahmen in den letzten Jahren.

In der soeben erschienenen Märznummer des „Reichs-Arbeitsblatt“ weist der Senatsvorsitzende im Reichsversicherungsamt, Konrad Hartmann, einen Rückblick auf die Entwicklung der Unfallverhütungsmaßnahmen in den letzten Jahren. Der durch seine auf Verbesserung der Unfallverhütungsmaßnahmen gerichteten Neben- und literarischen Arbeiten rühmlichst bekannte Verfasser führt von den für die Unfallverhütung bedeutsamen Bestrebungen der letzten Jahre zunächst folgende an:

das seit dem 1. Januar 1904 mit bundesrätlichen Durchführungen in Kraft getretene Gesetz vom 30. März 1903 betreffend die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben,

die Seekehrordnung vom 10. Februar 1906, die vom Bundesrat erlassenen Vorschriften zur Untersuchung von Schiffsleuten vom 1. Juli 1905,

das Verbot der Verwendung von weißem oder gelbem Phosphor zur Herstellung von Händhölzern und Händwaren (Gesetz vom 10. Mai 1903),

die Bundesratsverordnungen über Sicherheitsmaßnahmen zur Verhütung von Bleibergiftungen.

Damit ist der Kreis der reichs-gesetzlichen oder auf Grund von Reichsgesetzen durch den Bundesrat erlassenen Schutzvorschriften erschöpft. Hartmann hätte noch die wenigen auf Grund des § 120 der Gewerbeordnung ferner erlassenen Verordnungen des Bundesrats anziehen können, die ein Verbot der Arbeit für Arbeiterinnen und jugendliche Personen sowie Vorschriften über die Einrichtungen im Betrieb, insbesondere über die Länge der Arbeitszeit enthalten.

Die landes- oder behördlichen für gewisse Betriebsarten erlassenen Verordnungen sind sehr mannigfaltiger Art, entbehren aber einheitlicher Grundsätze. Eine Ausnahme machen die zur Vorbeugung gegen reichsgesetzliche Regelung zwischen den Landesregierungen getroffenen Vereinbarungen über die Beobachtung gemeinsamer Grundzüge beim Erlaß bestimmter Schutzvorschriften, z. B. auf dem Gebiete des Automobilverkehrs.

Die gewerblichen Berufsgenossenschaften haben mit Ausnahme der Knappschafts-Berufsgenossenschaften durchweg Unfallverhütungsmaßnahmen erlassen. Die Frage, ob diese Vorschriften durchweg zweckmäßig und ausreichend sind, läßt sich nur an der Hand der einzelnen Vorschriften prüfen. Unseren Lesern ist bekannt, daß die Frage in reichlichen Fällen von den am wirksamen Unfallverhütungsmaßnahmen am meisten interessierten Arbeitern entschieden verneint wird. Doch mag hier, wo lediglich eine Uebersicht über die Unfallverhütungsmaßnahmen an der Hand des Hartmann'schen Aufzuges gegeben werden soll, nur betont werden: die berufsgenossenschaftlichen Vorschriften können den Zweck einer Unfallverhütung solange nur in sehr geringem Maße erfüllen, als den Arbeitern nicht eine maßgebende Einwirkung auf den Erlaß, die Gestaltung und Ueberwachung der zur Verhütung von Schädigungen des Lebens und der Gesundheit dienenden Vorschriften eingeräumt wird. Uebrigens vermögen auch die besten technischen Einrichtungen ohne Herabsetzung der Länge der Arbeitszeiten, oft auch ohne Verringerung des Lohnsystems (Akkordarbeit ist in vielen Fällen eine Unfallursache) und ohne Stärkung und Festigung der Arbeiterorganisationen wenig Erfolg herbeizuführen. Die Knappschafts-Berufsgenossenschaft ist nach Hartmann's Darlegungen zurzeit auf wiederholte Vorstellungen des Reichsversicherungsamtes mit der Ausarbeitung von Vorschriften für die verschiedenartigen mit der Ausarbeitung von Vorschriften für die verschiedenen Arten der großen Wichtigkeit ausreichender Unfallverhütungsmaßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft hebt Hartmann unter Hinweis auf das enorme Anwachsen der Unfallzahl in der Land- und Forstwirtschaft hervor. Auch hier hat das Reichsversicherungsamt auf den Erlaß von Unfallverhütungsmaßnahmen gedrängt. Der Stand auf diesem Gebiete liegt heute so: Auf der im Jahre 1902 stattgehabten Jahreskonferenz der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften wurde die ständige Kommission mit der Ausarbeitung von Vorschriften beauftragt. Diese Kommission hat unter Zugrundelegung eines Vertreters des Reichsversicherungsamtes eingehende Studien über die Gefahrenverhältnisse der Land- und Forstwirtschaft gemacht und in den Jahren 1902 bis 1906 Entwürfe von Vorschriften für landwirtschaftliche Maschinen, landwirtschaftliche Geräte und Sprengmittel, landwirtschaftliche Bauhaltung, Viehhaltung, Fuhrwesen und Forstwirtschaft, ferner für land- und forstwirtschaftliche Nebenbetriebe gewerblicher Art und zwar Brennereien, Molkereien, Stärkebereiherbetriebe, Ziegeleien, Gräberereien über Lage, Fortzäuberereien, Kalkbrennereien, Kalköfen, Steinbrüche, Mehl- und Oelmöhlen, Brauereien, Mälzereien und Sägemöhlen bearbeitet. Diese Entwürfe wurden nacheinander auf den Konferenzen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg 1905 und Speyer 1906 eingehend beraten und mit einigen Veränderungen als Grundlage für die von den einzelnen Berufsgenossenschaften zu erlassenden Vorschriften aufgestellt. Es sind dann in den letzten Jahren nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Detmold 1903, Strahburg 1904, Hamburg



als Zeuge aufgerufen. Präsident Dr. Streiff: Die Angeklagte hat gestern behauptet, Sie hätten sich beim ersten Verhör ihr gegenüber ungebührlich benommen...

Rechtsanwalt Dr. Brüllstein beantragt hierauf, die im Gerichts-saal anwesende Schriftstellerin Martowa, jetzt in Paris, über die Gründe des Ausbleibens des für die innerpolitischen Zustände...

die inneren Zustände Rußlands

ernommen. Er schied seinem Gutachten einleitend voraus, daß er, bevor er ins Ausland ging, hohe amtliche Stellen bekleidet habe und daß er wiederholt von der russischen Staatsregierung mit der Durchführung wichtiger technischer Untersuchungen betraut worden sei...

Gegenüber dem großen Eisenbahnerstreik in Rußland habe Durnowo Strafexpeditionen gegen die Streikenden geschickt. Auch diese Truppen hätten ein schreckliches Blutbad unter den Eisenbahnarbeitern angerichtet...

geflohen sei. (Anhaltende Bewegung.) In Warschau seien 17 eingekerkerte Genossen auf Grund der Kriegsgesetze ohne gerichtliche Verhandlung, ohne daß ein Urteil gefällt worden wäre, standrechtlich erschossen worden!

Holterkammern bestanden, die mit den unmenslichsten mittelalterlichen Folterwerkzeugen versehen waren und in denen Männer und Frauen den grauenvollsten und abscheulichsten Folterungen unterzogen wurden...

Was macht das? Unter der Erde ist ja noch Platz genug! (Große Bewegung.) Rechtsanwalt Dr. König, Vertreter der Familie Müller, hält dem Sachverständigen Bladimiroff vor, daß er am 20. März im offiziellen Organ der französischen Sozialisten...

Das von den beiden Ärzten Direktor Glaser und Dr. Wood erstattete Gutachten lehnt einleitend ab, daß die Angeklagte Leontieff den politischen Verbrechen zugerechnet sei. Es dränge sich vielmehr die Frage auf, ob sie trotz der formalen Richtigkeit ihres Denkens bei Begehung der Tat doch nicht in einer krankhaften Geistesverfassung gehandelt habe...

Der Vertreter der Familie Müller, Rechtsanwalt Dr. König, macht nunmehr die Zivilanprüche seiner Klienten geltend. Er fordert die Geschworenen auf, daß sie im vorliegenden Falle, unbeflügelt von außen, sich lediglich an die nüchternen Tatsachen halten...

Soziales.

Zur Gehaltsfrage der Bureaubeamten bei der Landwirtschaftskammer. Die ostpreussische Landwirtschaftskammer suchte für ihren Arbeitsnachweis einen Bureaubeamten zur ausschließlichen Beschäftigung auf etwa drei Monate...

Zur Unfallquersche. Die Süddeutsche Legitimationsgenossenschaft ging daran, einen im Dienste des Kapitals zum Krüppel gewordenen Arbeiter die Unfallrente zu ermäßigen bezw. sie ganz einzuziehen...

Die Süddeutsche Legitimationsgenossenschaft ging daran, einen im Dienste des Kapitals zum Krüppel gewordenen Arbeiter die Unfallrente zu ermäßigen bezw. sie ganz einzuziehen. Die Verurteilung des Angeklagten wird als ein glückliches Ereignis angesehen...

die Rechte des armen im Dienste der Arbeit zum Krüppel gewordenen markiert in erster Linie das durch das Gesetz organisierte Unternehmertum, die Berufsgenossenschaft, also die Gesamtheit der zur Zahlung Verpflichteten...

3 Monate Gefängnis wegen — zu später Zahlung von 5 Pfennig an den Eisenbahnsiskus.

Wegen Rückfallsbetruges ist am 16. November v. J. vom Landgericht Gleiwitz der Grubenarbeiter Franz Czernik in Zaborze zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am 7. Juni 1906 bestieg er den Zug Nr. 7 der elektrischen Bahn, um nach Zaborze-Voremba zu fahren...

Häufig haben wir auf das ungeheuerlich hohe und ungerechte Mindeststrafmaß von 3 Monaten für Rückfall bei Diebstahl und Betrug hinzuweisen müssen. Im vorliegenden Fall tritt hinzu, daß die Konfiskation eines Betruges in solchen und ähnlichen Fällen vermeintlicher Schädigung des Eisenbahnsiskus auf außerordentlich schmerzender Grundlage beruht...

Aus Industrie und Handel.

Weltausstellung in Berlin.

Eine Weltausstellung in Berlin, das ist das Thema, das seit einiger Zeit in den Berliner Blättern behandelt wird. Die Herren Kommerzienrat Goldberger, Professor Paasche und Kommerzienrat Stavens haben eine Darlegung veröffentlicht, in welcher sie auf den Plan näher eingehen...

Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller und der Zentralausschuß Berliner Kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine haben in ihrer Sitzung vom 25. d. M., an der fast sämtliche der dem Zentralausschuß angeschlossenen 64 Vereine durch ihre Delegierten vertreten waren, zu dem Plane einer Berliner Weltausstellung einstimmig folgende Resolution gefaßt:

Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller und der Zentralausschuß Berliner Kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine begrüßen den Gedanken einer Berliner Weltausstellung auf das lebhafteste und sind entschlossen, diesen Plan mit allen Mitteln zu fördern.

Da jedoch die Stimmung der Regierung, der gesetzgebenden und wirtschaftlichen Körperschaften sowie der Vertreter von Handel und Industrie noch nicht in dem Maße gefaßt ist, um einer Weltausstellung praktisch näher zu treten, so hält es der Zentralausschuß vorerst für notwendig, die Stellungnahme dieser Faktoren durch eine Enquete feststellen zu lassen...

Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller glaubt um so mehr dazu berufen zu sein, der Idee einer Berliner Weltausstellung Ausdruck geben zu dürfen, als er bereits im Jahre 1892 die Initiative zu einer Weltausstellung ergriffen hat und an dem Zustandekommen der Berliner Gewerbeausstellung 1896 wesentlichen Anteil hatte.

Bergab!

Am Montag schien an der Berliner Börse neue Hoffnung aufleuchten zu wollen, aber kurz nur war die Freude. Wie eine Bombe wirkte die Nachricht, daß der Preis des Kupfers plötzlich um 4 Pf. pro Tonne gefallen sei. Die Kurse gingen an der New Yorker Börse rapid zurück und auch London erlebte enorme Kursstürze...

Auf dem Krankenlager. Die Kursstürze an der Börse sind einigen Beteiligten sehr unangenehm aufgetreten. Es stellen sich bedenkliche Störungen in ihrem Finanzorganismus ein. Einige Spekulationsmänner sind insolvent geworden, kleine Bankieren stellen die Zahlungen ein; weiter verlautet, daß auch eine größere Bankfirma der Stütze bedürfe...

Kreis im Kalifornien. Wie verlautet, haben einige Syndikatswerke mit der erforderlichen Stimmenzahl sich dahin verständigt, das Synkolat zu kündigen, wenn außer Selbstred irgend eines der anderen ausstehenden Werke eines Doppelzentner Kali außerordentlich abschleht.

Beruhigungspulver. Die Verwaltung der Aktiengesellschaft Westfälische Drahtwerke in Langendreer läßt erklären, daß die starken Rückgänge, die die Aktien der Gesellschaft erlitten haben, mit den inneren Verhältnissen des Werkes nichts zu tun hätten. Nach den bisherigen Monatsresultaten werden für das laufende Jahr 1906/07 eine ebenso hohe Dividende wie im Vorjahre — 28 Proz. — zur Verteilung kommen können...



Vorjahr. — Da das Geschäftsjahr mit dem 30. Juni schließt, kann solche Erklärung abgegeben werden auf Grund der bisherigen Resultate, große Zukunftshoffnungen sind dazu nicht nötig.

Bergwerksgesellschaft Dahlbusch. Bei einer Förderung von 1 000 840 Tonnen erbrachte das letzte Geschäftsjahr einen Betriebsergebnis von 4 061 261 M. gegen 3 108 890 M. im Vorjahr. Aus dem Reingewinn von 2 292 619 M. werden 16 Proz. Dividende ausgeschüttet.

Rückgang der Bautätigkeit. In Dortmund wurden in der Zeit vom 20. Dezember 1906 bis 20. März 1907 nur 64, d. h. gerade halb so viel Bauverträge wie in der gleichen Zeit des Vorjahres erteilt.

## Aus der Frauenbewegung.

Der spröde Liberalismus.

Ueber den Verlauf der Frauenversammlung, die am Montagabend in den Industriegebäuden in der Weststraße stattfand, wird berichtet: Mit großer Lebendigkeit schilderte die Referentin des Abends, Dr. jur. Anita Augspurg, die Ziele des Liberalismus, wie sie der Frauenwelt vorzuschweben. Der Kardinalpunkt sei natürlich das Frauenstimmrecht; diesem mühten sich alle anderen Wünsche der Frauen unterordnen. Der Liberalismus habe die Forderung des Frauenstimmrechts auf sein Programm zu setzen, tue er dies nicht, so könne man von einem Liberalismus bei der liberalen Partei überhaupt nicht mehr sprechen, und die Frauen würden die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen. — Die sich an das Referat anschließende Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft, die Ausführungen der Referentin stießen teilweise auf den entschiedenen Widerspruch bei den anwesenden Mitgliedern der liberalen Parteien. Die Frage, ob den Frauen das Stimmrecht gewährt werden könne, sei noch lange nicht spruchreif, wovon man ja im Prinzip (!) dieser Forderung zustimmen werde. Aber zunächst seien die Frauen in politischer Beziehung doch noch außerordentlich unreif, und dann dürfe die übergroße Mehrheit der Frauen überhaupt nicht daran, sich um diese Forderung sonderlich zu bemühen. Um dies zu verstehen, müsse man in die Psyche der Frau eindringen, das Empfindungs- und Gefühlleben der Frau wisse dieser ja ein ganz anderes Betätigungsfeld zu. Andere Redner wollten wiederum der Frau das Stimmrecht in weitestgehendem Maße zugestehen. Die einzelnen Ausführungen wurden bald von der anwesenden Frauenwelt, bald von den Männern mit frenetischem Beifall und mit lebhaften Zwischenrufen begleitet. Erst lange nach Mitternacht erreichte die Versammlung ihr Ende.

Gleichen Lohn für die gleiche Arbeit verlangt das weibliche Kontorpersonal der schwedischen Staatsbahnen. Bekanntlich steht in Schweden eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Staatsbahnpersonals bevor. Die Vorschläge, die von einem besonderen Lohnregelungskomitee ausgearbeitet wurden, sind dem männlichen Personal lange nicht weitgehend genug, erscheinen aber den weiblichen Angestellten noch besonders ungerecht dadurch, daß sie für die gleiche Arbeit ein um 120 bis 420 Kronen geringeres Jahresgehalt erhalten sollen als die männlichen in derselben Stellung. Am Freitag wurde nun eine Deputation, als Vertretung sämtlicher weiblicher Angestellten der Staatsbahnen, bei dem schwedischen Zivilminister vorstellig und überreichte ihm eine Petition, in der hervorgehoben wird, daß die Tätigkeit des weiblichen Kontorpersonals nicht nur von gleicher Art, sondern auch ebenso verantwortungsvoll ist, wie die des männlichen, und dementsprechend die Erhöhung der vorgeschlagenen Lohnsätze verlangt wird.

Der Minister versprach, persönlich die Frage genau zu untersuchen.

### Dienstbotenbewegung in Königsberg.

Am Sonntag, den 4. März, fand in Königsberg eine gutbesuchte Dienstbotenversammlung statt. Die Genossinnen hatten vorher eine vortreffliche Agitation betrieben; sie waren in die „herrschaftlichen“ Häuser gegangen, hatten sich mit den Dienstboten in Verbindung gesetzt und sie zu der Versammlung eingeladen. Ferner hatten sie am Sonntag vorher auf den Tanzböden Handzettel verteilt. Diese Agitation hatte guten Erfolg aufzuweisen. Das Referat hatte Genosse Marchionini übernommen, der über Pflichten und Rechte der Dienstboten referierte. Redner konstatierte, daß in Königsberg zum ersten Male eine öffentliche Dienstbotenversammlung stattfinde. Nach Schluß der Versammlung meldeten sich eine große Anzahl von Dienstmädchen zur Aufnahme in den Verein, der in der nächsten Versammlung gegründet werden soll.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelsstraße Bellealliance, Türanschlag nach Lindenstr. 101), wochentäglich von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends statt. Westfäl. 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Besuch und eine Zahl als Wiedersehen beizubringen. Westfäl. Antwort wird nicht erteilt. Gütige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

W. B. 79. Am 31. März. — Trebbin N. M. 100. Dem außerordentlich in die Ehe gebrachten Kind kann der Ehemann der Mutter des Kindes seinen Namen belegen. Dies geschieht durch Erklärung des Ehemannes, der Mutter und des Vormundes auf dem Standesamt oder vor dem Notar. — R. St. 12. 1. Wenn Sie nicht wissen, wer Sie beliebt hat, können Sie auch keine Beliebigkeitsklage gegen den Beliebten einreichen. 2. Sie müssen eine Beliebigkeitsklage gegen den Beliebten einbringen, daß nach den dortigen Gesetzen der Ehe kein Hindernis entgegensteht. 3. Der Antrag ist an das Polizeipräsidium zu richten. Ein Recht auf Naturalisation hat der Ausländer nicht. 4. Wenn Sie sich direkt an die Zollbehörde wenden, ist in erster Linie eine etwaige getroffene Vereinbarung maßgebend. 5. Ist eine Vereinbarung nicht getroffen, so ist nach § 42 der Gesindeordnung der 2. Januar, April, Juli oder Oktober Antritts- und Abziehtag, und nicht, wenn die Antrittszeit auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, das Geinde den Werktag vorher an. In Berlin ist an Stelle des durch § 42 der Gesindeordnung gefestigten 2. des Monats durch Gemohnheit der 1. des Monats getreten. Da diesmal der erste ein Feiertag ist, so ist der Anziehtag und Abziehtag der 30. März, sofern nicht eine andere Bestimmung getroffen ist. In Ihrem Fall ist als Abziehtag der 3. Feiertag vereinbart, den 30. März müssen Sie aber als Abziehtag gelten lassen. 2. Eine Aufrechnung oder eine Jurisdiktion der Geinde ist in Ihrem Fall nicht zulässig. — N. M. 100. — S. B. 100. Vorsicht! am Grundstück Alt-Roadt 84, braun ab am 7. Januar 1898. — O. B. 25. Den Schlüssel müssen Sie dem Wirt erlösen. — Vorsicht. Leider würde eine Klage auf Schadenersatz keine Aussicht auf Erfolg haben. — J. R., Josten. Reu. — O. L. Wegen die Veranlagung können Sie reklamieren. Sie entspricht aber dem Gesetz, weil Ihre Frau nicht aus der Kirche ausgeschieden ist.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 27. März 1907. Trocken und ziemlich heiter, nachts leichter Frost, am Tage mild bei mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 26. März. Elbe bei Kuffig. — Meter, bei Dresden + 1,72 sp. — Elbe bei Magdeburg 4,22 Meter, Neißa. — Elbe bei Straußfurt. — Meter. — Oder bei Ratibor. — Meter. Oder bei Breslau Oberpegel + 1,66 Meter. — Neißemündung. — Meter. Oder bei Brielg. — Meter.

Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

## Theater.

Mittwoch, den 27. März.

Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.

Opf. Oerthaus. Adelia.

Opf. Schauspielhaus. Balkensteins Tod.

Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.

Kammerspiele. Komödie der Liebe.

Neues Schauspielhaus. Faust.

Berliner. Der Hund von Baskerville.

Anfang 8 Uhr.

Schiller O. (Wallner-Theater.)

Tramulus.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Im bunten Rock.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Das letzte Mittel.

Lesung. Die verurteilte Glocke.

Komische Oper. Fausts Verbannung.

Vorburg. Martha.

Zentral. Die Fledermaus.

Wochen. Die lustige Witwe.

Kleines. Ein idealer Gatte.

Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?

Schauspielhaus. Husarenheher.

Deutsches. Amerikanisches. Die Heidenmaus.

Theater. Olympische Spiele.

Zulien. Der Trompeter von Säckingen.

Trianon. Jit. Jofette — meine Frau.

Bernhard Rose. Sherlock Holmes.

Metropol. Der Teufel lacht dazu.

Gedr. Herrnsfeld. Ein verrücktes Hotel.

Wintergarten. Charlotte Wiehe.

Spezialitäten.

Wolke. Der Triumph des Weibes.

Bernhard Mörbitz. Spezialitäten.

Raffino. Mit Carter. Spezialitäten.

Walhalla. Die goldene Eva. Spezialitäten.

Folies Caprice. Eine Nacht in der Apotheke. Im Inspektionszimmer.

Prater-Theater. Jägerliebechen.

Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.

Palast. Vom Blütenball. Spezialitäten.

Figaro. Seemannsleiter. Geisterauto. Paris.

Vahage. Mal was Anderes. Spezialitäten.

Karl Goussard. Spezialitäten.

Intimes Theater. Täglicher größter Erfolg!

Willi Hasses Burlesken-Ensemble.

Onkel Toni. Ein Nachtschl.

Alles Licht.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.

4 Uhr.

Am Golf von Neapel.

(Kleine Preise.)

8 Uhr.

Die Feuergezeiten der Erde.

Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.

Vorbestraft.

Donnerstag: Vorbestraft.

Freitag: Geschlossen.

Sonnabend, Sonntag: Vorbestraft.

Montag: Weisener Vorbestraft.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:

Ein idealer Gatte.

Donnerstag: Nachtschl.

Freitag: Geschlossen.

Sonnabend: Ein idealer Gatte.

Lorzing-Theater.

Bellealliancestr. 7/8.

Abends 7<sup>1/2</sup> Uhr:

Martha.

Abonnements gültig!

Der Troubadour.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:

Husarenheher.

Luisen-Theater.

Reichenbergerstr. 31.

Abends 8 Uhr:

Der Trompeter von Säckingen.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.

Mittwoch:

Haben Sie nichts zu verzollen?

Donnerstag und

Sonnabend: Denise.

Oster-Sonntag und folgende Tage:

Haben Sie nichts zu verzollen?

1. Osterfeiertag nachm.: Schlaftwachenkontrollen.

2. Osterfeiertag nachm.: Hochzeitnacht.

Bernhard Rose THEATER.

Or. Frankfurterstr. 132.

Abends 8 Uhr:

Sherlock Holmes.

Morgen: Sherlock Holmes.

Freitag u. Sonnabend: Geschlossen.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Oll. Struensee 16.

Heute: Geschlossen.

Am 1. Ostertag: Die Aharas.

Am 2. u. 3. Ostertag: Sängerin und Näherin. Volkstümlich u. Angelt.

Am allen drei Feiertagen Anf. 8 Uhr.

Am 2. und 3. Feiertag: Ball.

Kasino-Theater.

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.

Nick Carter.

Kriminalroman in 3 Akten v. Oswald.

Nick Carter, Detektiv: Hans Verg.

Borber das bunte März-Programm.

Sonntag 4 Uhr: Spiel Klugebusch.

Montag 4 Uhr: Redige Leute.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Zum erstenmal: Tramulus.

Schauspiel in 5 Akten von Arno Holz und Oskar Neufeld.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Jugend.

Freitag, abends 8 Uhr:

Detektivroman: Die Jahreszeiten.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Im bunten Rock.

Quintette in 3 Aufzügen von Franz v. Schöthan u. Freiherrn v. Schlicht.

Donnerstag abends 8 Uhr:

Narrenglanz.

Freitag: Geschlossen.

Schwarzper Adler.

Friedrichsberg. Frankfurter Chaussee 5.

Jeden Sonntag im Königsaal:

Großer Ball.

unter Leitung des Herrn O. Bürger.

Jeden Mittwoch:

Willy Walde-Sänger.

Gebr. Arnold.

Zirkus Schumann.

Heute Mittwoch, den 27. März:

Fortsetzung des Finales der großen internationalen

Ringkampf-Konkurrenz

um den Goldenen Kranz von Berlin u.

10 000 Mark in Bar.

Heute ringen:

Jakob Koch, Deutschland gegen

Albert Hein, Berlin.

Paul Pons, Paris, gegen

Chemjakin, Russland.

Borber:

Gala-Programm und um 9<sup>1/2</sup> Uhr:

St. Hubertus.

Größtes und schmerzhaftestes Tragik-

Manuskriptstück.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Gesamtspieltheater des Westens.

Heute abends 8 Uhr:

Die Fledermaus.

Donnerstag: Der Postillon von Lou-

jumau.

Freitag: Geschlossen.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr:

Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 7 Bildern

von Julius Freund. Musik von

Viktor Hollaender. Dirigent Max

Roth. In Szene gesetzt von

Direktor Richard Schultz.

Hansary. Wolf. Bender.

Giampietro. Josephi.

Rauchen überall gestattet.

Morgen Donnerstag, den 28. und

Sonnabend, den 30. März:

Der G'wissenswurm.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.

Fräulein Jofette — meine Frau.

Samstag 3 Uhr:

Die Liebeshaufel.

Zirkus Busch.

Mittwoch, 27. März, 7<sup>1/2</sup> Uhr:

Letzter Tag

der Schluß-Ringkämpfe

um die Kränze v. 10 000 M.

und den großen Goldpokal.

Ehrenprofessor: Professor

Reinhold Vegas.

Ferner zum

Schluss:

Große Orig.-Musik-Pantomime

in 7 Bildern.

Mit Rücksicht auf die ordnungs-

mäßige Durchführung und event.

Dauer der Ringkämpfe werden

in der Pantomime möglichenfalls

Kürzungen vorgenommen, damit

die Vorstellung nicht zu spät

ausgedehnt wird.

WINTERGARTEN.

Letzte Vorstellungen von

Charlotte Wiehe

und das

März-Programm.

Großer Erfolg!

Palast-Theater.

Burgstr. 24. 2. Min. v. Bahnhof Börse.

Heute 8 Uhr: Entree 50 Pf.

Der sensationelle März-Spielplan.

u. a.: Baroness Valloires

„Sonnenspiele“.

Willi Meybryck

Humorist.

Vom Witwen-Ball

Schwanz.

Familienfeste, wochentags zum

halben Kassenpreis gültig. In Dabier,

Griseur- u. Barrenmessen gratis.

## Zentral-Theater.

(Operette) 8 Uhr:

Die Fledermaus.

Donnerstag: Die Glocken v. Cornoville.

Apollo Theater.

9<sup>1/2</sup>. Täglich: 9<sup>1/2</sup>.

Der Triumph des Weibes.

Operetten-Burleske in 4 Bildern von

Benno Jacobson. Musik von Josef

Hellmesberger und Paul Lincke.

Borber: Um 9 Uhr:

Die bedeutenden Spezialitäten

mit Bernhard Mörbitz.

In beiden Theaterabenden nach-

mittags 9<sup>1/2</sup> Uhr. II. Preise: Doppelt-

Vorstellungen.

Folies Caprice.

Lilienstr. 132, an der Friedrichstr.

Heute abends 8 Uhr:

Eine Nacht in der Apotheke

ferner

Glanzender neuer Soloteil

und: Im Inspektionszimmer.

Borber



**Etablissement Neue Welt**  
Hasenheide 100/114.

**Bernhard Rose-Theater.**  
**Berliner Raubvögel.**  
Vollständ. mit Gesang in vier Akten.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Auf. 8 Uhr.  
Billetverkauf im Etablissement.

**Passage-Theater.**  
2. Monat.  
Täglich ausverkauft!  
Der größte Sacherfolg  
der Saison:  
„Mal was  
Anderes“.  
Die Theims-Troupe  
und die 10 glänzenden  
März-Spezialitäten.

**Walhalla-  
Varieté-Theater**  
Seibergweg 19/20, Nollent. Tor  
**Beste Woche!**  
Das vorzügliche  
März-Programm.  
Anfang 8 Uhr.

**Gebr. Herrnfeld-  
Theater**  
Anfang 8 Uhr. Vorort.  
11-2 Uhr  
57 Kommandantenstraße 57.  
Spielplan für die Karwoche.  
Heute Mittwoch:  
**Ein verrücktes Hotel**  
Komödie in 3 Akten  
von H. und D. Herrnfeld.  
Donnerstag und Sonnabend:  
**Hausierer Jockele**  
und  
**Die letzte Ehre.**  
Ostermontag u. Ostermontag:  
3 1/2 Uhr bei halb. Kasseneröffnung:  
**Hausierer Jockele.**  
**Die letzte Ehre.**  
8 Uhr:  
**Ein verrücktes Hotel.**

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Neu! „Balkenschule  
Klapperman“.  
Anfang  
Bischofsplatz  
8. Sonntag  
7 Uhr.

**Gustav Behrens  
Theater**  
Schönberg-  
Berlin, Gold-  
straße 9.  
Heute und fol-  
gende Tage:  
Die sensatio-  
nelle  
Ausstattungs-  
Operette:  
**Die lustige Witwe von Schöneberg**  
sowie die  
erstklassigen Spezialitäten  
aus dem Haus allabendlich bis zum  
letzten Akt.  
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.

**Verlobte!**  
Komplette Küchen-Einrichtungen:  
130 Teile . . . Mk. 35.—  
200 . . . . . 75.—  
300 . . . . . 150.—  
Alle Teile auch einzeln billigst!  
**L. Katz & Co.**  
Spandauerstr. 45 und  
Kaiser-, Ecke Schillingstr.

**Erstklassige Fahrräder** Marke „Berlin“ **88** Mark  
22/17\* mit Continental-Pneumatik  
Berlin W. 9, Berliner Fahrradindustrie.  
Köthenstraße 14.

**Möbel** Bürgerliche  
Wohnungs-  
Einrichtungen  
eventuell auch auf Teilzahlung  
**Paul Burow's Möbel-Fabrik**  
Berlin SW., Lindenstraße 105.

**Großer Oster-Serien-Verkauf!!**  
zu nie dagewesenen billigen Preisen, weit  
mehr als die Hälfte unter regulärem Wert  
in **neuester, modernster schickster** einfach b. eleg. **Damenkonfektion.**  
Sehr reichhaltige Auswahl, herrliche Piecen, wahre Prachtstücke  
für alle, auch allerstärkste Figuren.  
Orig. Modelle, Reismuster und Cop. in Fraucnmänteln, Kostümen,  
Jackets, Röcken, Blusen, Lilt Bojs, Einsegnungskleidern etc.  
in feinsten Ausführung, besten Stoffen und Zutaten.  
**Tailor made Abteilung.**  
Bitte die verehrlichen Damen, meine Auslagen über neueste  
Moden bei außergewöhnlich billigen Preisen zu besichtigen. Es  
lohnt sich diese kleine Mühe durch bedeutende Geldersparnis.  
Ich lege Wert auf  
**großen Umsatz — kleinen Nutzen.**

Serie:	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
früher bis	M. 80	M. 45	M. 60	M. 75	M. 100	M. 150	M. 200	M. 250
jetzt:	12.50	20	27.50	35	47.50	70	90	115

Großer Uebergangsmänteln jetzt 7-20 M. früher 20-50 M.  
**Große Trauer-Abteilung.**  
**Engroshaus Westmann,** Hauptgeschäft W., Mohrenstr. 87a, an den Kolonnaden.  
Fil. O., Große Frankfurterstr. 115, an der Androssstr.  
Oster-Rabatt 5 Proz. extra!

**Fröbels Allerlei-Theater**  
fr. Puhlmann, Schützenstr. 148.  
**Große Spezialitäten - Vorstellung.**  
Völlig neuer Spielplan.  
**Vanz Berlin staunt über**  
die stets wechselnden Künstler!!!  
Neu! „Die wilde Toni“. Neu!  
Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pf.  
Nach d. Bericht, um 10 Uhr: **Gr. Tanz.**

**Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Jeden Mittwoch u. Sonnabend:  
**Gustav Gottschalks**  
Gesellschafts-Konzert  
Humorist. Abend und Freitanz.

**Oscar Arnold** Dresdenstr. 116  
(Kein Laden) am Oranienplatz  
**Hut und Mützen Engros-Geschäft!**  
Filtzhüte, Cylinder-  
hüte, Strohhüte und  
Mützen.  
**Garnierte  
Damenhüte!!**  
Grösste Auswahl!  
Einzelverkauf zu auf-  
fallend billigen aber  
streng festen Preisen!

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**2. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 25. März verließ unser  
traures Mitglied, der Vater  
**Adolf Exner,**  
Kahlerstraße 15. Bezirk 97.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 29. März, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Luther-Kirchhofes (Kant-  
weg) aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Sanssouci,** Kottbuser  
Straße 44.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Heute bis Sonntag:  
**Geschlossen.**  
Am 1. und 2. Feiertag:  
**Gr. Extra-Solreen**  
v. Hoffmanns Norddeutsche  
Sänger.  
Durchweg neues Kolossal-  
Programm.  
3. Feiertag: Theaterabend.  
Am 2. und 3. Feiertag im großen  
Theateraal:  
**Oster-Kränzchen.**

**Otto Pritzkow, Münzstr. 16,**  
**Welt-Ausstellungs-  
Biograph (St. Louis)**  
Theater lebender  
Photographien.  
Der Untergang des  
Dampfers „Berlin“.  
168 Tote, 12 Gerettete.  
Den ganzen Tag Vorstellung.

**Landparzellen**  
Station Fiedersdorf, Route 10 Markt,  
eventuell bequeme Ratenzahlung.  
Off. Offerten A. W. 100, Post-  
amt 17.

**Verein der Dreschkenfahrer**  
Berlins und Umgegend.  
Mitgliedschaft IV des Zentral-  
verbandes der Handels-, Transport-  
und Verkehrsarbeiter.  
Hiermit die traurige Nachricht,  
dass der Kollege  
**Ferdinand Weiß**  
am Sonnabend, den 23. d. März,  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von  
der Leichenhalle des Bartholomäus-  
Kirchhofes, Falkenberg Chaussee,  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Zentral-Verband**  
der Zimmerer Deutschlands.  
Zahlstelle Berlin u. Umgegend.  
(Bezirk 5.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Mitglied  
**Rudolf Behm**  
infolge eines Unfalles verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 27. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Kirchhofes in Stralau,  
Kunzeistraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband**  
Nachruf.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass der Kollege, Tischler  
**Alfred Mehnert**  
am Sonnabend, den 23. März,  
verstorben ist und am Dienstag,  
den 26. März, zur letzten Ruhe  
gebettet wurde. 83/14  
Ehre seinem Andenken!  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass der Kollege, Tischler  
**Karl Geier**  
am Donnerstag, den 21. März,  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 23. März, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Kreuzkirchhofes, Marien-  
dorf (Friedstraße), aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
83/15  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass der Kollege, Tischler  
**Richard Welzer**  
am 24. d. März verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Freitag,  
den 29. d. März, nachmittags 4 Uhr,  
von der Leichenhalle des Heilgen-  
seer Kirchhofes, Köpenickerstr., aus  
statt. 2/13  
**Der Vorstand.**

**Dankfagung.**  
Für die innige Teilnahme bei dem  
Abscheiden meines lieben Frau  
**Berta Sähring** geb. Klammann  
sage ich allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten sowie dem Personal  
der Firma Hoffe u. Co. und C. Schulz  
meinen besten Dank. 43472  
**Der trauernde Gatte**  
nebst Sohn.

Als Verlobte empfehlen sich  
**EMMA FIEBIGER**  
**GEORG WERTH.**  
Berlin, den 24. März 1907.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Bezirk Nr. 296.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Genosse, der Schriftsetzer  
**Bernhard Jarosch**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 26. März, nachm.  
4 Uhr, von der Leichenhalle  
des St. Hedwigs-Kirchhofes in  
Reinickendorf aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
243/12  
**Der Vorstand.**

**Verband der freien Gast-  
u. Schankwirte Deutschlands**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass der Kollege  
**Bernhard Jarosch**  
am 24. März verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 27. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des St. Hedwigs-Kirchhofes  
in Reinickendorf, Berlinstraße 8,  
aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
69/18  
**Die Ortsverwaltung.**

**Arbeiter-Raucher-Bund**  
Berlins und Umgegend.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Mitglied  
**Fritz Fehrmann**  
aus Klub „Nuziga“ verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Mitt-  
woch, den 27. d. März, nachmittags  
5 Uhr, von der Leichenhalle des  
Vinnus-Kirchhofes in Altdorf,  
Kammanstraße, aus statt.

Am 25. d. März verstarb unser  
Mitglied  
**Theodor Hoch**  
aus Klub „Hoffnung“.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Freitag,  
den 29. d. März, nachmittags 4 Uhr,  
von der Leichenhalle des Heilgen-  
seer Kirchhofes, Köpenickerstr., aus  
statt. 2/13  
**Der Vorstand.**

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, dass  
unser Mitglied, der Klempner  
**Richard Welzer**  
am 24. d. März gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, den 27. März, nachmittags  
5 Uhr, von der Leichenhalle des  
Bartholomäus-Kirchhofes in Hol-  
tenberg aus statt. 115/18  
Rege Beteiligung erwartet  
**Die Ortsverwaltung.**

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Vaters, unseres guten Vaters  
**Adolf Grünberg**  
sagen wir allen Freunden und Be-  
kanten, insbesondere dem Gau-  
vorstand des Vereins der Berliner  
Buchdrucker und Schriftsetzer, der  
Bibliothekskommission, dem Gesang-  
verein „Anthropia“ für seinen er-  
heblichen Beitrag, sowie den Kollegen  
der Buchdruckerei der „Vossischen  
Zeitung“ und Gehr. Ernst meinen  
vergißlichen Dank. 43462  
Frau Berta Grünberg  
und Familie.

**Phänomen-  
Zigaretten**

Phänomen-Zigaretten sind aus echten türkischen Tabaken hergestellt  
Phänomen-Zigaretten sind garantiert Handarbeit  
Phänomen-Zigaretten sind nach ägyptischer Art hergestellt  
Phänomen-Zigaretten übertreffen Importen  
Phänomen-Zigaretten sind überall zu haben  
Stück 2, 3, 4 und 5 Pfg. 8056L\*

Türk. Tabak- und Zigaretten-Fabrik „**Namkori**“

**Der Arzt sagt** **CACAOL** als Frühstücksgetränk verdient Beachtung!

General-Vortreter:  
**Max Henneking**  
BERLIN W. 50  
**31. Pragerstr. 31.**  
Amt Wilmersdorf No. 2763.

Paket 1/4 Pfund 50 Pfg., 1/2 Pfund 1.— Mark.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Bornhorts Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.



Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Die Beratungen der Stadtverordneten-Versammlung am Montag dehnten sich bis in die späte Abendstunde aus, erst um 11 Uhr schloß die Sitzung. Wir haben zwar kurz über die Verhandlungen berichtet, müssen aber bei der Wichtigkeit derselben noch folgendes nachtragen: Zum Etat des Armenwesens nahm noch das Wort

Stadtv. Hinge: Der Kammerer hat sich grundsätzlich gegen die Einstellung solcher Beträge erklärt, nicht bloß für dieses Jahr. Die Folge wird ja sein, daß im Magistrat mit seinen Grundbesitz bleibt. Stadtrat Münsterberg nimmt hier eine Stellung ein, welche mit seinen Ausführungen und Anordnungen in der Armenverwaltung in kräftigem Widerspruch steht. In der Beschriftung an die Armenkommissionsmitglieder wird ausdrücklich auf diese neue Art der Armenpflege hingewiesen, für welche man Mittel haben müsse. Es wäre ja sonst auch unerklärlich, warum die Armenverwaltung schon voriges Jahr und jetzt wieder die 150 000 M. verlangt hat. Wir verlangen ja nichts weiter, als was bisher geleistet wurde; denn die Zahl der Entsendungen ist, wie es in der Natur der Sache liegt, im Fortschreiten begriffen. 1903 wurden aus Staatsmitteln 71 000 M., 11 000 M. aus Wohltätigkeitsfonds; 1904 72 000 M. und 49 000 M.; 1905 135 000 M. und 60 000 M. hergegeben. Statt solcher Ueberschreitung einzelner Etatposten verlangen wir die Einstellung eines besonderen Betrages. Da kann man doch nicht sagen, daß die Sache ins Uferlose läme, und soll uns nicht mit den Millionenkosten graulich machen. Ein Monopol nehmen wir nicht für uns in Anspruch; Sie aber nehmen im allgemeinen den Mund recht voll, wollen es sich aber nichts kosten lassen.

Stadtv. Dr. Gelpke (Fr. Fr.): Es sind auch noch außer der Armenpflege Fonds vorhanden, aus welchen die Entsendung von Kindern in die Heilstätten erfolgt.

Stadtv. Dr. Wehl: Die programmatischen Erklärungen des Stadtrats Münsterberg sind ja geradezu erschreckend. Ich habe mir bisher sagen lassen, daß er auf sozialem Gebiete ein verständiger Mann sei; aber seitdem ich das böse Wort von dem „Saumel“ gehört habe, scheint es mir doch, daß in dem Magistratsjahrgang eine Luft herrschen muß, in welcher Herr Münsterberg von den bürokratischen Anschauungen des Kammerers infiziert worden ist. Begrüßt der Stadtrat nicht, daß nach solchem Wort von morgen ab die Armenärzte überhaupt nicht mehr die Einweisung in eine Heil- oder Heimstätte für dringend notwendig bezeichnen werden, da sie doch jetzt wissen, daß es oben nicht gerne gesehen wird? Welcher Widerspruch in seinen Ausführungen überhaupt! Der Stadtrat rühmt die Wohnungsfrage. Ja, sorgen Sie doch dafür, daß die Wohnungsfrage besser wird! Aber glauben Sie denn, die dazu notwendigen Millionen loszusehen zu können, solange das Hausbesitzerprivileg besteht? Geht das wirklich in die Millionen, wenn alle Kranken, bei denen es notwendig ist, in Heilstätten gebracht werden? Heil- und Heimstättenbehandlung stellen doch vorübergehende Maßnahmen dar. In der ärztlichen Welt ist die Frage längst spruchreif; die Lungenkrankheitsbehandlung ist längst zugunsten der Heilstätten entschieden. (Lebhafter Beifall.)

Stadtrat Münsterberg: Ich habe hier als Vertreter des Magistrats dessen Standpunkt zu vertreten. Persönlich habe ich nach meinen langjährigen Erfahrungen zu betonen, daß die vorübergehende Fürsorge, die tiefer unten anfängt, die Wohnungsfürsorge, bedeutend wichtiger ist als Heil- und Heimstätten. Gerade sehr namhafte Verräte warnen vor Ueberschätzung der Heil- und Heimstätten. Meine zwanzigjährige öffentliche Tätigkeit scheint mir doch den Anspruch auf einen sozialverständigen Menschen zu geben.

Nach einer kurzen Bemerkung des Stadtv. Dove wird der Antrag Hinge abgelehnt, die Resolution des Ausschusses angenommen.

Zum Etat des Sichenhauses führt

Stadtv. Gottfried Schulz (Soz.) aus, daß hier die ärztliche Fürsorge nicht ausreicht, daß man einen Oberarzt dort anfangig machen müsse. Die Ärzte wechselten jetzt wie in einem Laubenschlage; die Assistenzarztsstelle sei wiederum vakant. Das liege an der schlechten Besoldung. Wenn schon dem dirigierenden Arzt verboten werde, eine Karbonade zu kosten, wie der „Vorwärts“ berichtet habe, wie wolle man da die Ärzte an die Anstalt fesseln? Dieselbe Klage müsse wegen des Personals erhoben werden; da gehörten keine ostenbischen billigen Arbeiterkräfte, sondern tüchtige, geschulte Leute hin. Der Magistrat bewillige aber keine höheren Löhne. Diese Zustände bedürfen dringend der Remedur; ein Chirurgen mit zwei Assistenzärzten und Verbesserung der Besoldungsverhältnisse des Personals seien notwendig.

Der Etat wird bewilligt.

Stadtv. Gottfried Schulz: Im Friedrichs-Wilhelms-Hospital für Frauen in der Kalfadenstraße sind von den 680 alten Frauen die Hälfte bettlägerig; ein Arzt ist aber dort nicht rationiert. Auf eine Wärtarin kämen 18—20 Hospitalistinnen.

Auch dieser Etat wird genehmigt.

Zum Etat für das städtische Obdach bemerkt

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Auch diesmal kann ich ja im allgemeinen sagen, daß die Zustände nicht nur bedeutend anders geworden, sondern auch geblieben sind mit dem Einzug des neuen Inspektors, der einen anderen Zug hineingebracht hat. Selbst der neue Inspektor hat aber noch mit gewissen Uebelthäten von dem alten zu rechnen, die ihm nicht so leicht wird, aus der Welt zu schaffen. Ueber die sogenannte Abschredungstheorie ist er allerdings nicht Herr, die wird ihm von außen aufgetrieben. Seit Jahr und Tag wird darauf gesehen, daß möglichst wenig Leute ins Obdach zugehen; ich erinnere nur an die Sonnabends-Polizei-Kontrolle. Eine neue derartige Theorie ist neuerdings mit dem Pastor v. Bodelschwing aufgetreten. Die Stadt zahlt für seine Kolonie „Hoffnungstal“ die hübsche Summe von 45 000 M. Stomische Ansichten scheinen über dieses „Hoffnungstal“ zu herrschen. Pastor Bodelschwing erklärt Warnungen, nicht nach Berlin zu kommen und auf „Hoffnungstal“ keine Hoffnungen zu gründen; es würden dort nur solche Leute aufgenommen, welche klar beweisen können, daß sie arbeitswillig sind und eine Reihe von Papieren, darunter den Wanderchein des Deutschen Arbeitervereins, besitzen; wer die nicht besitzt, wird auch, wenn er von der Stadt Berlin überwiesen ist, in der Steinlopphude des Vereins beschickigt, bis er den Beweis der Arbeitswilligkeit geführt hat. Der Wanderchein kann für 30 Pf. erworben oder durch zweifelhafte Arbeit im Steinlopphuden verdient werden. (Heiterkeit.) Nach einem Erlaß des Landrats v. Stubenrauch lautet der Schein 50 Pf. bzw. vierstündige Arbeitszeit. Der Kreisgang vom Obdach nach „Hoffnungstal“ und wieder nach dem Obdach zurück wiederholt sich jetzt oft. Die Arbeiterjude im Obdach, wie sie Herr Bodelschwing betreibt, muß von uns ganz entschieden angefochten werden. Wenn sie nicht bei ihm Arbeit nehmen, werden sie wegen Arbeitsverweigerung dem Richter vorgeführt. (Hört! Hört!) Wer nach „Hoffnungstal“ will, muß auch sein Zeug ausbrennen lassen; Ueberzieher und Mantel können dadurch ruiniert werden. Die Weigerung einzelner, das geschehen zu lassen, wurde damit beantwortet, daß sie ein halbes Jahr Arbeitshaus bekommen würden durch den Strafrichter wegen Arbeitsverweigerung. Und das ist tatsächlich geschehen, sogar einem Manne, der krank war und ein Zeugnis der Klinik aufzuweisen hatte.

Der Mann hatte sich selber gemeldet bei Bodelschwing; er wurde trotzdem dem Richter überwiesen und vom Amtrichter freigesprochen. Hatte aber das Vergnügen, von früh 6 Uhr bis nachmittags ¼ 11 Uhr mit leerem Magen zuzubringen. Ein 18jähriger Wildhauer ist im Obdachschlafsaal gefragt worden, ob er arbeiten wolle. Er bejahte die Frage: „Bist Du bei mir arbeiten?“ Der das fragte, war Herr Pastor Bodelschwing, der Zugbruder des Herrn Fischel. (Große Heiterkeit.) Als der Mann erfuhr, wer ihn gefragt hatte, weigerte er sich, dort zu arbeiten; er wurde ebenfalls wegen Arbeitsverweigerung vorgeführt und — freigesprochen! Auch Streikbrecher sollen aus dem Obdach herkommen; darüber möchte ich ebenfalls Auskunft haben.

Stadtrat Fischel: Witzgriffe der nachgeordneten Beamten können vorkommen. Der Richter hat freigesprochen; wir haben aber auch sofort die Erklärung abgegeben, daß unter keinen Umständen den Leuten zugemutet werden darf, daß sie in einer so entzogenen Kolonie Arbeit nehmen müssen. Unsere Intention ist dementgegen: und angewiesen. Ueber Streikbrecherfälle bin ich nicht orientiert. Wir sehen es selbstverständlich gern, wenn Arbeiter Arbeiter im Obdach suchen; unsererseits zu kontrollieren, ob in der betreffenden Branche ein Streik herrscht, kann und nicht zugemutet werden. (Zustimmung.) Herr von Bodelschwing hält jetzt solche, die es mit der Arbeit nicht ernst nehmen, die bloß ein paar Tage dableiben wollen, zum Beweise an, daß sie auch arbeiten wollen. Die Gebühr für den Wanderchein mit 50 Pf. ist eingeführt; ich kann darin etwas Bedenkliches nicht sehen. — Die betreffenden verdächtigen eben, alkoholischen Elemente kennt man ziemlich genau. Aus dem Obdach sind nach Hoffnungstal bisher gekommen 600 Personen. Es hat sich herausgestellt, daß von diesen in Arbeit gebracht sind durch den Arbeitsnachweis der Kolonie 156, daneben durch eigenes Bemühen in Arbeit gekommen 107; den Angehörigen wurden 50 Personen zugeführt, im ganzen 313. Das ist doch kein unerfreuliches Resultat; wir haben keine Veranlassung, von dem Versuch wieder abzugehen. Zum ersten Male seit 1898/99 ist die Curve der Belegung im Obdach rückläufig; wir zählen 90 000 Personen weniger. Im letzten Februar hatten wir bei den abnormen Witterungs- und sonstigen Verhältnissen eine sehr hohe Belegungsziffer; wir haben auch die Leute, die sich bei der Straßenreinigung beteiligten, ruhig im Obdach nachhängen lassen, weil die Verwaltung davon Vorteile hatte. Ein besonders einladendes Obdach für alle Leute zu halten, die sich in der Umgebung von Berlin herumtreiben, liegt aber keine Veranlassung vor.

Stadtv. Hoffmann: Es freut mich, daß Ueberweisungen an den Richter wegen Arbeitsverweigerung für „Hoffnungstal“ nicht mehr stattfinden wird. Was die Streikbrecher betrifft, so liegt die Sache doch so, daß, wenn die Leute im Obdach die Arbeit verweigern, sie auf ½ Jahr ins Arbeitshaus kommen; unter dieser Drohung sind sie für Streikbrecherarbeit „genommen“ worden. Herr Fischel bleibt andererseits dabei, daß die Abschredungstheorie in Hoffnungstal für Berlin Vorteile hat. Wenn wir 90 000 Mann abgedreht haben von dem Obdach, wenn diese sich in der Nacht herumtreiben, auf den Böden nächtigen usw., so ist damit der Sicherheit Berlins nicht gedient, wenn man schon von jedem sozialen Empfinden absehen will. Die Zahlen der in Arbeit Untergebrachten beweisen gar nichts.

Stadtv. Fischel: Herr Hoffmann vergißt, daß die Leute, welche nach Hoffnungstal kommen, dem freien Markte überlassen, nicht zur Arbeit zurückkehren würden. Ein leichter Zwang muß auf sie ausgeübt werden. Leute, die die Arbeit haben, sich in Berlin Arbeit zu suchen, hätten sehr viel Gelegenheit dazu gehabt; die Leute waren aber nicht dazu zu bringen. Nach meiner Erfahrung ist durch die um 90 000 Personen geringere Belegung des Obdachs im vorigen Jahr die öffentliche Sicherheit nicht geringer geworden.

Ueber die Spezialtaxen: Parl- und Gartenverwaltung, Polizeistrafen und Feuerlöschwesen, Märktisches Provinzialmuseum, Statistisches Amt, Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Stadtbibliothek, Volksbibliotheken und Leichenhallen berichtet Stadtv. Stöckel (K. L.). Zum Etat des Statistischen Amtes ist ein Antrag zur Annahme empfohlen, den Magistrat zu ersuchen, eine Nachrechnung ausarbeiten zu lassen darüber, wieviele Berliner Hausbesitzer das passive Wahlrecht zur Stadtverordnetenversammlung besitzen. Dem Antrage, in den Etat für das Bibliothekwesen wie früher 20 000 M. (statt 8970 M.) einzustellen, hat die Mehrheit keine Folge gegeben.

Stadtv. Hinge beantragt eine Resolution, wonach der Minimal-Anfangslohn der bei der Parl- und Gartenverwaltung beschäftigten Arbeiter statt auf 3,50 M. auf 4 M., steigend bis zu 5 M., für Arbeiterinnen Anfangslohn 2 M., steigend bis zu 3 M., für die gelehrten Gärtner statt auf 4 M. auf 5 M., steigend bis zu 6 M. bemessen werden soll. Redner führt aus: Im Staatsauschuss hat man unseren dahingehenden Antrag abgelehnt. (Zuruf des Stadtv. Hinge) Sie scheinen nicht zu wissen, wie es einem Familienvater zumute ist, der 3,50 M. pro Tag erhält. Die Steuerzulage haben Sie auch mit dem Himmel auf die höheren Löhne abgelehnt, aber diese sind nicht gekommen. Spandau zahlt 4 M. Mindestlohn für diese Arbeiter und gewährt zwei jährliche Zulagen von 25 Pf., ebenso Charlottenburg, Rigdorf, Adlershof, Schöneberg und andere; ja Spandau und Charlottenburg zahlen die Löhne sogar vom 1. Oktober 1906 an nach. Da darf Berlin nicht zurückbleiben.

Bürgermeister Dr. Weide weist auf die in diesem Etat bereits vorgesehenen Lohnerhöhungen für die Parlarbeiter hin; diese Arbeiter seien zum Teil minderwertig und böte sich ihnen bei der Beschäftigung in der Parkverwaltung gleichzeitig eine geeignete Unterkunft.

Stadtv. Gottfried Schulz (Soz.) betont, daß im Gegensatz zur Gassenverwaltung, die Parkverwaltung schlecht für ihre Arbeiter sorge; bei schlechtem Wetter müßten sie auf Bänken ihre Stullen verzerren oder seien gezwungen, sich Erbschitten zu bauen. Der Obergärtner Rüdiger sei ebenso rückständig und tue offenbar seine Pflicht nicht. (Der Vorgesetzte-Stellvertreter R. Helet ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Ein großer Mangel herrsche auch an Spielplätzen; die große Treptower Wiese müßte auch an einem Wochentage zum Spielen freigegeben werden.

Bürgermeister Dr. Weide erwidert, daß die Stadt ja bereits all diesen Wünschen durch ihre Beschlässe Rechnung getragen habe.

Stadtv. Hinge: Tatsache bleibt, daß unsere Parlarbeiter 11 Stunden lang arbeiten mußten, nachdem kleinere Gemeinden längt 9 Stunden zugestanden hätten. — Die als minderwertig bezeichneten Arbeiter erhalten ja auch nur 3 M. Anfangslohn! Wenn für die Arbeiterinnen, die als Witwen doch zu meist Kinder haben, für 10 Stunden 3 M. gezahlt werden, so macht das 20 Pf. für die Stunde; erbärmlicher werden die Heimarbeiterrinnen auch nicht bezahlt! Kammerer Dr. Steiniger weist darauf hin, daß durch schnittlich die Parlarbeiter 9,8 Stunden täglich arbeiten.

Stadtv. Gottfried Schulz: Wir hatten auch den Antrag im Ausschuss gestellt, auf den Spielplätzen Uhren aufzustellen. Die Herren im Magistrat sind so rückständig, daß sie Sonnenuhren aufstellen wollten! Warum nicht gar Sanduhren? (Heiterkeit.) Die sozialdemokratische Resolution betreffs Erhöhung der Löhne der Parlarbeiter wird abgelehnt, der Etat bewilligt. Gegen die zum „Statistischen Amt“ beantragte Resolution spricht sich Stadtv. Ballach (K. L.) aus; es handle sich hier um eine bloße Spielerei, von der nur die Sozialdemokraten Vorteile hätten, für die er aber nicht auch noch Geld zu bewilligen gesonnen sei. Material über den Umfang des Hausbesitzerprivilegs liefere genügend das Adreßbuch.

Stadtv. Borgmann (Soz.) protestiert energisch gegen den Ausdruck „Spielerei“; Herr Ballach scheine nicht begreifen zu können, daß es sich hier um eine ernsthafte Sache handelte.

Stadtrat Bohm: Die gewünschte Aufstellung kann sehr leicht von unserem Wahlbureau erfolgen.

Stadtv. Dr. Nathan: Auch wir haben angeichts der Ungerechtigkeit des in Preußen herrschenden Wahlrechts ein großes Interesse an dieser statistischen Feststellung.

Die Resolution wird angenommen, der Etat genehmigt. Stadtv. Ballach beantragt jetzt (es ist ¼ 10 Uhr) die Verlesung. Es entspreche doch nicht der Würde der Versammlung, bei so geringer Frequenz (etwa 30 Mitglieder, Red.) Beschlässe zu fassen.

Abendlich äußert sich Stadtv. Hinge (K. L.), während Stadtv. Borgmann die Ablehnung empfiehlt.

Der Verlesungsantrag wird abgelehnt. Zum Etat des Kaufmannsgerichts erklärt auf Anfrage des Stadtv. Hinge Stadtrat Bohm, daß eine sechste Kammer demnächst errichtet werden soll; die Ausnahme von Klagen im Bureau selbst habe natürlich zu erfolgen; über eine Weigerung der Beamten hätte Beschwerde geführt werden sollen.

Zum Etat der Volksbibliotheken usw. liegen mehrere Anträge vor, die vorhin erwähnten 20 000 M. wieder einzusehen.

Stadtv. Heimann (Soz.) erneuert die Beschwerde darüber, daß der Magistrat einfach die 20 000 M. Kämmereimittel für Bibliothekszwecke seit 1904 um den Betrag der Zinsen der Leo-Stiftung gekürzt hat. Ebenso sei mit den Zinsen der Cohn-Stiftung verfahren worden. Das sei den Intentionen der Stifter direkt zuwidergehandelt. Der Buchhändler Cohn habe daneben noch eine sehr wertvolle Bibliothek hinterlassen, deren Katalogisierung allein 5000—6000 M. koste, um welchen Betrag sich die Mittel für eigentliche städtische Bibliothekszwecke wieder vermindere. Sehr bedauerlicherweise ziehe sich der Kammerer dahinter zurück, daß eine gefällige Verpflichtung der Stadt nicht bestche. Zu neuen Stiftungen könne ein solches Verhalten nicht ermutigen. — Weiter begründet Redner einen Antrag auf Erhöhung der Ausgaben für Katalogdruck.

Kammerer Dr. Steiniger stellt fest, daß von 1895 bis 1906 eine Steigerung der Ausgaben für Volksbibliotheken und Leichenhallen um nicht weniger als 550 Proz. stattgefunden hat. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das Testament des Professors Leo widerspreche dem Verfahren des Magistrats nicht. Die Stadt sei nicht verpflichtet ihrerseits für diesen Zweck bestimmte Summen auszuwerfen. In Berlin werde auch gar nicht „schlecht gestiftet“.

Stadtv. Dr. Nathan: So favolieremont läßt sich doch eine ernste Frage nicht behandeln. Es würde mich gar nicht wundern, wenn durch das Verhalten des Magistrats die Stifter abgewardet werden. Die Erblasser hätten zweifellos das Bildungsniveau der Berliner Bevölkerung schleuniger erhöhen wollen, als es lediglich durch den städtischen Etat möglich war.

Stadtv. Hinge beantragt von neuem (um ¼ 11 Uhr) Verlesung. Der Antrag wird von Borgmann delampft und von der Versammlung abgelehnt.

Stadtv. Friedemann (Soz.-fortsch.) hält den Sinn des Testaments für größtenteils verkehrt und hätte nicht für möglich gehalten, daß in Berlin etwas Derartiges passieren konnte.

Oberbürgermeister Kirchner beruft sich auf seinen persönlichen intimen Verkehr mit dem Professor Leo, um darzutun, daß Leo die hier in Rede stehende Aufgabe für eine solche hielt, deren Lösung den Privatnen zufalle, womit allerdings die Gemeinde entlastet werde. Es scheine allerdings, daß bei der Besetzung des Saales seine Auffassung nicht liegen werde, denn die Herren, die den Antrag Heimann unterstützten, hielten aus, während viele von den anderen nicht mehr anwesend seien. Auf ihn werde das einen besonderen moralischen Eindruck nicht machen. (Unruhe.)

Wiederum wird ein Schlusstrang abgelehnt. (¼ 11 Uhr.)

Stadtv. Borgmann: Als wir bei der Wertungsteuer für den Magistrat stimmten, waren wir sehr angenehm und nicht minderwertig. (Sehr gut!) Ich protestiere gegen die Ausführung. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Friedemann: Selbst der Oberbürgermeister hat anerkannt, daß solche Mittel „freigebiger und reichlicher“ die Bibliotheken unterstützen sollen. Verwehren muß auch ich mich dagegen, bei der Abstimung als minderwertiger angesehen zu werden als Herren, die nicht einmal soviel Interesse besitzen, um der Verbannung bis zu Ende beizuwohnen.

Kammerer Steiniger verliest den Text des Testaments von Cohn und folgert aus dem Worte, daß „möglichst“ die Mittel für Bibliotheken verwendet werden sollen, den Magistrat zu seinem Zwecke berechtigt gewesen sei.

In der namentlichen Abstimmung über den Antrag Heimann wird dieser mit 22 gegen 23 Stimmen abgelehnt; auch der zweite Antrag Heimann fällt.

Gegen 11 Uhr verläßt sich die Versammlung. Nächste Sitzung Mittwoch.

Frühjahrswanderung.

Vom Bahnhof in Spandau bringt uns die Straßenbahn rasch zum Stadtpark an den Rand des Baldes. Neben der schönen Balduhausee wandern wir in den Stadtfors hinein. Niedrige Schonungen wechseln mit Hochwald, trodene, hochgelegene Waldpartien mit feuchten Erlenbeständen. Das Gebiet gehört zur Havelniederung; die Nähe des Flusses macht sich bemerkbar durch die Moore im Walde und die vielen, jetzt bis zum Rande gefüllten Wassergräben. Nach einer Stunde ist der Stein erreicht, der die Grenze zwischen den Kreisen Ost- und Westhavelnand anzeigt; bald darauf stehen wir in weiter Weidenlichtung auf einer Steinbrücke über dem sogenannten Großen Graben. Weiterhin schließt der Wald sich wieder. Eine Viertelstunde später wint am Wege der Schwannentrag, von Feldern und Wiesen umgeben. Nicht lange darauf teilt sich im Walde die Chaussee; rechts führt die Landstraße nach Schönwalde. Wir bleiben links und verlassen schließlich die Chaussee, um mit Hilfe von Karte und Kompaß Waldstelle einzuschlagen, die uns nach Forsthaus Damsbrück bringen sollen. Es wandert sich frisch in dem weiten Revier und kaum kreuzt ein Bauersmann unseren Weg. Das Konzert des Waldes ist noch rau und voller Dissonanzen. Ueber uns der schrille Schrei der Weiden, die ihre Opfer aufzufressen suchen. Kreischend steigt der Eichelhäher vor uns von Baum zu Baum. In Pausen erschallt der auffallend sehr laute Ruf des Spießes, dessen Spuren wir bald an gründlich zerhackten, morschen Baumstämmen erkennen. Zu alledem gibt der Frühlingswind den Grundton in den Baumwipfeln.

Wir erreichen die Straße nach Damsbrück, die uns aus dem Walde heraus wieder auf weite, vom Großen Graben durchstossene Wiesen führt. Zum zweiten Male überschreiten wir auf hoher Brücke diesen Graben. Am Forsthaus vorüber gewinnen wir von neuem den Rand des Forstes. Ein Wegweiser gibt uns die Richtung nach Rohebeck an. Hofsblüthe säumen hier und da den Weg; ihre Rädchen blähen und die ersten Blättchen der Erlen haben ihre Nissen gesprengt. In der Umgebung des Alten Finkenkruges haben die Leberblümchen endlich ihre blauen Sterne aus den braunen Blattmassen unter den Buchen herausgestreckt. Mit einem kleinen Frühlingsstrauch treten wir vom Bahnhof Finkenkrug die Heimfahrt an.



# Hebung der Gemeindeschulen.

Eine Vorlage von weittragender Bedeutung unterliegt der Beschlußfassung der heutigen Stadtverordneten-Versammlung in Charlottenburg. Es handelt sich um Maßnahmen zur Hebung der Volksschulen, die geeignet sind, weit über die Grenzen Charlottenburgs hinaus Aufsehen zu erregen. Seit dem Jahre 1897 ist in den Charlottenburger Gemeindeschulen ein siebenklassiges Schulsystem eingeführt. Denselben liegt der Gedanke zugrunde, daß normale Schüler während ihrer achtjährigen Schulpflicht jede der Klassen VII bis II je 1 Jahr, die oberste Klasse I dagegen 2 Jahre besuchen sollen. Die Statistik aber zeigt, daß nicht viel über die Hälfte der Schüler in die erste Klasse gelangten und das volle Lehrziel der Schule erreichten und daß trotz der Hilfsklasse eine größere Anzahl derselben nicht einmal über die dritte Klasse hinauskommen. Wie in den meisten anderen preussischen Städten war also die Zahl der Kinder, welchen von dem für die letzten beiden Schuljahre als passend befundenen, für das Leben besonders wichtigen Lehrstoff nicht geboten wurde, recht bedeutend, und eine nicht unerhebliche Zahl ging mit einer nicht für 14jährige, sondern für 11jährige Kinder berechneten Bildung ins Leben hinaus.

Diesem Uebelstande nach Möglichkeit abzuhelfen, war eine der Hauptaufgaben der im Jahre 1908 eingesetzten gemischten Deputation zur Hebung der Volksschulen. Auch war zu erwägen, welche organisatorischen Maßnahmen dagegen getroffen werden können, daß Schüler, welche aus irgend einem vorübergehend wirkenden Grunde (Krankheit, Mangel an unvollkommenen Schulsystemen) mit der Klasse nicht mit fortkommen, wochenlang beiseite gelassen werden in der Erwartung, daß sie ja doch das Klassenpensum noch einmal werden durchmachen müssen, denn jedes Schullind hat ein Recht darauf, daß ihm jederzeit eine dem Stande seines Wissens und seiner Leistungsfähigkeit angemessene Förderung zu teil wird. Im Zusammenhang damit war zu prüfen, ob das sogenannte „Eigenslassen“ verfehlungsreicher Schüler in den bisherigen Klassen aus pädagogischen, wirtschaftlichen und allgemein menschlichen Gründen sich rechtfertigen lasse. Ferner war zu untersuchen, ob sich nicht eine der Natur des Kindes mehr angepaßte, das Individualisieren im Unterricht möglichst fördernde Gruppierung der Schüler erzielen läßt, ob die bisherige Einteilung der Schulkinder in solche mit offenbarem geistigen Defekt, die in die Hilfsklasse gehören, und solche ohne nachweisbarem Defekt, die alle ohne Unterschied in denselben Gemeindeschulklassen untergebracht werden, dem Bedürfnisse genügt, oder ob nach dem Muster des Mannheimer Systems noch eine Zwischenstufe eingefügt werden soll. Schließlich galt es zu prüfen, wie die Erfahrungen in der Hilfsklasse, in der Waldschule und in den französischen Kursen für die Gesamtheit der Volksschüler verwertet werden können, ob die bisher von der Schule in Anspruch genommene Zeit in den einzelnen Stadien der Entwicklung des Kindes richtig bemessen ist, ob nicht durch soziale Fürsorge für Schulurteile oder sonst in der Erfüllung ihrer Pflichten gegen die Schule behinderte Kinder schwerem Nachteil vorgebeugt werden kann.

Die Deputation hat sich schließlich auf folgende Thesen geeinigt: I. **Unterricht:** Zur Vorbereitung einschulungsreifer Kinder ist im Osten, im Zentrum und im Westen der Stadt je ein Kindergarten unter Leitung einer geeigneten Lehrerin zu eröffnen. — Die Frequenz der Grundklasse darf 45, die Unterrichtszeit darf 18 Wochenstunden nicht übersteigen. Nach jeder halben Stunde ist eine Pause von 3—5 Minuten notwendig. Die schulpflichtige Überwachung der Schüler ist zu verhärteln. Zur Förderung solcher Kinder, welche in der Klasse nicht mit fortkommen, erteilt der Klassenlehrer spätestens im zweiten Halbjahr wöchentlich 3 Stunden Nachhilfeunterricht. Der Rektor ist befugt, die daran teilnehmenden Kinder von einigen lectionsplannmäßigen Stunden zu dispensieren. II. **Unterricht:** Nach Verlauf der ersten vier Wochen des Schuljahres bis zum Beginn der letzten Schulwoche erteilt der Klassenlehrer den schwächsten Kindern der Klasse und solchen, welche infolge von Krankheit usw. einige, aber nicht sehr erhebliche Lücken aufweisen, wöchentlich drei Stunden Nachhilfeunterricht. III. **Unterricht:** Zwischen der Normalschule und der Hilfsklasse wird ein System von Klassen eingeführt, das in bezug auf Lehrmethode und Bemessung des Lehrstoffes den Bedürfnissen solcher Kinder Rechnung trägt, die in den Klassen der Normalschule gar nicht mit fortkommen, deren geistige Kräfte aber eine Ueberweisung in die Hilfsklasse nicht notwendig erscheinen lassen. Die Frequenz der B-Klassen darf 30 nicht übersteigen, die Zahl der Wochenstunden ist etwas niedriger zu bemessen als für die Normalklassen. Für die schwächeren Schüler der B-Klassen erteilt der Klassenlehrer wöchentlich 3—4 Nachhilfestunden. IV. **Unterricht:** Die tüchtigsten Schüler der Normalklasse IV, welche bei ihrer Verlesung nicht nach der Sexta einer höheren Lehranstalt übergehen, werden in besonderen Klassen zusammengefaßt und nach einem besonderen Lehrplan mit einer Fremdsprache unterrichtet. Die Aufnahme in dieses System erfolgt durch die Schuldeputation auf Vorschlag der Verlesungskonferenz mit Zustimmung des Rektors und des Schularztes. Schüler, welche für die Fremdsprache keine Begabung zeigen oder sich vernachlässigen, können am Schluß eines Schuljahres wieder nach der Normalschule zurückverlegt werden.

Die gemischte Deputation hat vorgeschlagen, mit den Reformen der Grundklasse bereits Ostern 1908 zu beginnen. Mit den Maßnahmen zur Hebung der Normalklassen und zur Errichtung von B-Klassen soll begonnen werden, wenn in den Grundklassen ein Jahr lang nach den neuen Vorschlägen unterrichtet worden ist, also Ostern 1907, und zwar sollen mit diesen Vorschlägen zunächst nur in einigen westlichen Gemeindeschulen Versuche angestellt werden. Wenn mit dem A-System der erste Versuch gemacht werden soll, ob erst nach 4 Jahren, wenn die 4 untersten Normalklassen der Vortelle der neuen Maßnahmen schon teilweise geworden sind, oder bereits früher, darüber hat die Deputation, die auch während der praktischen Versuche bestehen bleibt, noch keine Vorschläge gemacht.

Der Magistrat hält es für zweckmäßig, die Beschlußfassung über die Vorschläge bezüglich der nur die letzten 4 Schuljahre umfassenden A-Klassen noch auszusetzen, um erst die Wirkungen der neuen Vorschläge während der ersten 4 Schuljahre abzuwarten. Den übrigen Vorschlägen ist er mit der Maßgabe beigetreten, daß die Einrichtung der Kindergärten — zunächst unter Beschränkung auf einen — und die Herabsetzung der Frequenz in den Grundklassen einschließlich der sonstigen Reformen dieser Klasse grundsätzlich angenommen und allgemein durchgeführt werden sollen, daß ferner die Einrichtung der B-Klassen zunächst auf die westlich der Wilmerdorferstraße gelegenen Schulen beschränkt wird. Die Genehmigung der Regierung ist bereits erfolgt. Die jährlichen Mehrausgaben nach Einführung der gesamten Reform an allen Gemeindeschulen berechnet der Magistrat unter Zugrundelegung der Zahl der Klassen vom Sommerhalbjahr 1908 auf rund 120 000 M., die einmaligen Ausgaben auf rund 100 000 M. Diese Kosten verteilen sich auf acht Jahre.

# Partei-Angelegenheiten.

## Dritter Wahlkreis!

Am Karfreitag findet eine Herrenpartie statt. Treffpunkt ist Zegel, Restaurant Mitte, Berlinstraße. Der Admarsch erfolgt pünktlich 10 Uhr. Es geht durch die Außenberge nach Heiligensee, dann über Reubring bis Gernsdorf, von dort Rückfahrt. Direkte Verbindungen nach Zegel sind die Straßenbahnlinien Nr. 25 Charlottenstraße—Zegel und Nr. 23 Oranienburger Tor—Zegel.

Am Sonntag, den 31. März (1. Osterfesttag), mittags 12 Uhr, veranstaltet der Wahlverein im großen Saal von Duggenhagen (Moritzplatz) eine Matinee. Dieselbe wird ausgeführt von den Willy Balde-Sängern. Billets a 30 Pf. sind außer bei den Bezirksführern noch an der Kasse zu haben.

Um recht zahlreiche Beteiligung beider Veranstaltungen ersucht Der Vorstand.

**Sechster Wahlkreis. Am Karfreitag findet eine Herrenpartie statt.** Treffpunkt früh 8 1/2 Uhr bei Willi Böhm, Gesellschaftshaus Zegel, Schloßstr. 7/8, neben dem Straßenbahnhof in Zegel. Admarsch 9 1/2 Uhr nach Jörsfelde, Lokal Döring. Von dort per Dampfer nach Ropenberge. Dann Fuhrtour nach Hafensfelde. Zu zahlreicher Beteiligung, hauptsächlich auch der Sangesbrüder, ladet ein Der Vorstand

# Berliner Nachrichten.

**„Polizeilicher Krankentransport.“** Unter dieser Ueberschrift erzählten wir in Nr. 80, in der Nähe des Alexanderplatzes habe an einem Sonntag ein Schuhmann versucht, auf einem Straßenbahnwagen einen Mann zu verladen, der auf der Straße umgefallen war, eine Verletzung erlitten hatte, auf der Unfallstation verbunden worden war und nun nach seiner auf dem Bedding gelegenen Wohnung gebracht werden sollte. Der Schaffner habe die Mitnahme verweigert, drei Steinmetzen hätten dann sich des Mannes angenommen, um ihn per Droschke heimzuführen, der Schuhmann aber sei mit der Straßenbahn davongefahren. Hierzu veröffentlicht jetzt die „Freisinnige Zeitung“ folgendes:

Ein tendenziöser sozialdemokratischer Schwindel über polizeilichen Krankentransport in Berlin wird von der „Post“ aufgedeckt. Neulich stand im „Vorwärts“ folgendes zu lesen: „Ein Schuhmann, der einen verwundeten und kranken alten Mann nach Hause bringen sollte, habe sich natürlich seiner Aufgabe nicht gemacht, gezeigt und vergebens versucht, den Kranken auf einen Straßenbahnwagen zu verladen. Die Mitfahrt ist dem alten Mann vom Schaffner untersagt worden; im Publikum herrscht Verwunderung, daß man nicht eine Droschke nimmt, drei Steinmetzen, die natürlich aus einer Versammlung kommen, sehen die Scene vom Straßenbahnwagen, sie springen ab, da sie in dem verwundeten alten Mann einen Bekannten erkannt haben, einen Augenblick später haben sie auch schon eine Droschke herangeholt. Der Schuhmann ist natürlich verärgert in dem Augenblick, als die Steinmetzen gekommen, die froh ob ihres Samariterwerkes mit erhobenen Gefühlen davonfahren.“ Dem gegenüber stellt die „Post“ aus untrüglichen Quellen folgendes fest: Der 63 Jahre alte Kassierer S. wird mittags 12 Uhr von Krämpfen befallen. In demselben Augenblick fährt ein Omnibus vorüber. S. fällt gegen denselben und verletzt sich leicht am Auge. Ein Schuhmann ist sofort zur Stelle und bringt S. mittels Droschke nach der Unfallstation in der Reibelstraße 23. S. erhält einen Verband und der Arzt gibt ihm den Rat, mit der Straßenbahn nach seiner Wohnung zu fahren. Der Schuhmann begleitet ihn nach der Straßenbahn. Da die Kleidung des S. beschmutzt ist, wird ihm die Mitfahrt verweigert. Der Schuhmann erklärt sofort, daß er ihn mit einer Droschke nach Hause fahren wolle. Der Verletzte lehnt ab mit dem Bemerkten, daß er nicht fahren, sondern gehen wolle, da er sich kräftig genug fühle. S. geht auch ohne fremde Hilfe weiter, der Schuhmann verabschiedete sich von ihm. Der Beamte hat also vollkommen seine Pflicht getan.

Wer jene Notiz in Nr. 80 des „Vorwärts“ gelesen hat, der wird sofort erkennen, daß die „Freis. Ztg.“ nicht etwa den „Vorwärts“ zitiert, sondern nur eine Inhaltsangabe bringt, die von ihr durch Zutat aus Eigenem erst auf den richtigen Ton gestimmt und dann mit Gänsefüßchen umrahmt worden ist, wie wenn es sich tatsächlich um ein Zitat aus dem „Vorwärts“ handelte. Doch das bemerken wir nur nebenbei; an sich ist es unerheblich, da ja die Sachdarstellung inhaltlich so wiedergegeben ist, wie sie im „Vorwärts“ stand. Daß hinterher jener Schuhmann sich von der „Post“ verteidigen lassen mußte, das war uns entgangen. Wir lesen dieses Blatt nicht so gründlich, daß uns alles darin auffallen müßte. Man kann unmöglich von uns fordern, daß wir solche Klauen immer bis auf den letzten Winkel durchstöbern. Uebrigens bitten wir, uns auch gegenüber der „Freis. Ztg.“ diese Pflicht nicht auferlegen zu lassen. Beide, „Post“ und „Freisinnige Zeitung“ stehen längst in dem Ruf, die schäblichsten Blätter im deutschen Blätterwalde zu sein.

Zur Sache haben wir zu bemerken, daß unsere Schilderung allerdings durch die Angaben, die das freisinnige Blatt uns aus der „Post“ vorhält, ergänzt wird. Aber gerade dann erscheint das Vorkommnis in noch schlimmerem Lichte. Wir sagen ausdrücklich: „erscheint“, denn wir können ja nicht wissen, ob die Hintermänner der „Post“ Glauben verdienen. Befähigt wird von dort aus, daß der Schuhmann den Verunglückten auf einem Straßenbahnwagen verladen sollte. Es wird nur hinzugefügt, daß er auf Anordnung des Arztes der Unfallstation diese Art der Heimbeförderung wählen wollte. Sodann wird behauptet, hinterher habe der Schuhmann den Verunglückten doch in einer Droschke nach Hause bringen wollen. Erst als Herr S. erklärte, er fühle sich kräftig genug, zu gehen, habe der Beamte ihn gehen lassen. Wir wiederholen: die Scene spielte nahe dem Alexanderplatz. Dem Schuhmann war doch wohl bekannt, daß sein Schlingel hinter dem Ringbahnhof „Wedding“ wohnte. Vom Alexanderplatz bis dorthin sind es mehr als 4 Kilometer!

Aus unserer Darstellung mußte der Schluß gezogen werden, daß der Schuhmann seinen Schlingel erst in dem Augenblick verließ, als die drei Steinmetzen sich anschickten, für die Heimbeförderung zu sorgen. Die „Post“ aber stellt den Vorgang so dar, daß angenommen werden muß, der Beamte habe den Mann sich selber überlassen, noch ehe die Steinmetzen ihre Hülfe anboten. Wir wollen heute erklären, daß auch unsere Gewährsmänner uns den Vorgang in diesem Punkte ungefähr so geschildert haben. Wir hielten das aber für einen Irrtum; denn das erschien denn doch nicht recht möglich, daß ein Schuhmann so weit in der Sorglosigkeit gegangen sein könnte. Deshalb gaben wir dann die mildere Darstellung, die wir für die richtige hielten. Möge der Schuhmann es jetzt mit der „Post“ und der „Freis. Ztg.“ abmachen, daß er nun in noch ungünstigerem Lichte erscheint als vorher.

Wir wollen sodann noch etwas anderes „eingestehen“. Als wir Herrn S. einige Tage nach seinem Unfall aufsuchten, um auch ihn zu befragen, antwortete er uns, er erinnere sich zwar, daß ein Schuhmann ihn von der Straße nach der Unfallstation geschafft habe, aber daß ein Schuhmann ihn auch von der Unfallstation nach der Straßenbahn gebracht haben sollte, davon wisse er nichts. Jeder Versuch, sein Erinnerungsvermögen in diesem Punkte zu stärken, mißlang. Er blieb bei seiner Erklärung und hielt sie aufrecht, obwohl er nach einander zweien der drei Steinmetzen gegenübergestellt wurde. Nach dieser Aussage des Verunglückten selber hätten wir die ganze Schuhmannsaffäre für Schwindel halten müssen, wenn wir zu unseren Gewährspersonen wenig Vertrauen gehabt hätten. Wir wußten aber, daß wir ihnen glauben durften, und wir trugen daher kein Bedenken, ihre Rittelungen hierüber zu veröffentlichen. Uns blieb nur die Annahme, der Verunglückte habe noch an dem Straßenbahnwagen sich in einem Zustande so großer Verwirrung befunden, daß er noch gar nicht aufnahm, was mit ihm vorging. Auch diesen Nebenstand, der die Sache wieder noch schlimmer erscheinen läßt, erwähnten wir nicht. Mancher Leser würde da das Verhalten des Schuhmanns noch wunderlicher gefunden haben. Aber wir waren der Ansicht, man könne am Ende von einem Schuhmann nicht auch das noch verlangen, daß er mehr als ein Unfallstationsarzt versteht.

Das Resultat der Ehrenrettung, die von der „Post“ nebst der „Freis. Ztg.“ hier versucht wird, ist derartig, daß der Schuhmann und seine vorgesehene Behörde ausrufen können: „Gott, schütze uns vor unseren Freunden!“ Für uns selber ergibt sich aus dem Gange die Bestätigung der alten Erfahrung, daß man Risiken und Risiken nicht so scharf genug rügen kann. Je milder die Darstellung ist, die man gibt, und je glatter der Ton, in dem man kritisiert, desto dreister und unverschämter wird von anderer Seite versucht, den Mäheren womöglich völlig wegzuwaschen. Rein, im Kampf mit dieser Menschenart sollte man wirklich nicht zimperlich sein. Was werden „Post“ und „Freis. Ztg.“ uns jetzt antworten? Wir haben oben gezeigt, daß nur zwei den Schuhmann beschuldigende Mittel-

lungen, die uns gemacht worden waren, noch gar nicht mal wiedergegeben hatten. Vielleicht wird nun die „Post“ schwindeln: Da haben wir, der „Vorwärts“ gibt selber zu, daß ihm die Sache andererseits mitgeteilt worden war! Wird die „Freis. Ztg.“ ihr das nachschwindeln wollen?

**Die böse Unterleitung!** Eine Betriebsstörung fand am Montagabend gegen 1/8 Uhr an der Dorotheenstraße, Ecke der Sommerstraße, statt. Vom Stromabnehmer des Straßenbahnwagens 2332 der Linie 1 (Richtung B) war die Gleitstange gebrochen. Der Stromabnehmer hatte sich unter der Aufzugsweile festgeklemmt und ließ sich nicht hochziehen. Infolgedessen mußten die Wagen der Linien N, O und T über den Königsplatz, Koonstraße, Karl- und Luisenstraße abgelenkt werden.

**Als „Hauptmann von Köpenick“** hatte der Arbeiter Karl Dietrichkeit am 8. Februar einen Rasenball in der Kolonie Grunewald besucht. Die charakteristische Maske erregte bei den Gästen soviel Heiterkeit und Beifall, daß dem Träger derselben Spirituosen in ungeheureren Quantitäten geipendiert wurden. So fand D. am nächsten Morgen nicht den Weg nach Hause, sondern trieb sich ungebeten auf dem Kurfürstendam umher. Dem Charakter seiner Maske gemäß belästigte er Passanten und bedrohte einen Arbeiter, der ihm gut zureden wollte, mit dem Säbel. Der Pseudohauptmann von Köpenick wurde schließlich verhaftet und hatte sich gestern vor dem Schöffengericht zu Charlottenburg zu verantworten. Er wurde wegen groben Unfugs und unberechtigten Tragens der Offiziersuniform zu 20 M. Geldstrafe ebent. vier Tagen Haft verurteilt.

## Ein Familiendrama.

Wir berichteten gestern über eine Leuchtgasvergiftung in der Eckertstr. 4, durch die zwei Menschen zu Tode gekommen sind, während die Frau schwer krank daniederliegt. Zu diesem Vorgange wird noch folgendes gemeldet: Es handelt sich um den Kassenbeamten Blaurod, dessen Frau und Kind. Während die Mutter des Blaurod, die beschuldigt hier weilt, ausgegangen war, faßten die Eheleute den Plan, freiwillig mit dem Kinde aus dem Leben zu scheiden. Als die Mutter des Mannes um 8 1/2 Uhr abends von dem Ausgange zurückkehrte, fand sie ihren Sohn, dessen 23 Jahre alte Frau und deren sieben Monate altes Kind in der Küche bewußlos auf dem Erdboden liegend vor. Der Gaschlauch war von dem Kochherd entfernt und der Gasofen geöffnet. Ein herbeigerufener Arzt, ein Schuhmann und zwei Feuerwehrlente stellten Wiederbelebungsversuche an, die bei Frau Blaurod von Erfolg begleitet waren, während der Mann und das Kind bereits tot waren. Die junge Frau wurde dem Krankenhaus Am Friedrichshain zugeführt.

Es handelt sich um einen vorbereiteten Selbstmord. Es scheint sogar, als ob neben der Gasvergiftung auch noch eine andere Vergiftung vorliegt, was allerdings erst durch die Obduktion der Leichen aufgeklärt werden kann.

Die Ursache zu dieser schrecklichen Tat soll darauf zurückzuführen sein, daß der Ehemann Blaurod seit längerer Zeit sehr leidend gewesen ist. Eine Anzahl Blätter wissen zu melden, daß auch Nahrungsvorgänge mangelhaft hätten, da Blaurod bei einer Nichtenberger Krankenkasse mit einem Monatsgehalt von 85 M. angestellt gewesen sei. Wie wir erfahren, trifft das letztere nicht zu. Blaurod hat in geordneten Verhältnissen gelebt und war bei der Nichtenberger Ortskrankenkasse angestellt. Dort trat er im Juni 1901 mit einem Monatsgehalt von 150 M., also 1800 M. jährlich, ein und bezog zuletzt ein Jahresgehalt von 1970 M. Die Nachricht von den 85 M. pro Monat ist Schwindel.

**Der allzu „freundliche“ Sammler,** über den wir kürzlich berichteten, daß er in einem Hause der Müllerstraße nacheinander zwei Frauen in ihren Wohnungen zu attackieren versucht habe, scheint inzwischen ermittelt worden zu sein. Daß er kein Sammler des Vereins „Hoffnungstal“ war, das haben wir bereits richtiggestellt. In der irrigen Annahme, er suchte für die Kolonien des Pastors v. Bodenschwings, war die eine der attackierten Frauen gelangt auf Grund der nicht ganz klaren Angaben, die er ihr über Arbeiterkolonien usw. gemacht hatte. Nun hatte er aber dabei auch das „Vredenhaus“, Eckertstr. 22, erwähnt und ihr empfohlen. Die Mutter dieser Frau ging nach dem genannten „Vredenhaus“, das dem Verein Dienst an Arbeitslosen“ gehört, und teilte dort das Vorkommnis mit. Wie wir jetzt erfahren, wurde ihr bestätigt, daß der Verein Dienst an Arbeitslosen“ in der Tat in dem betreffenden Hause hatte sammeln lassen. Der Besatzverführerin wurde auch der Name des Sammlers gesagt, der dieses Haus abzusuchen gedacht hatte. Im Bureau wurde von einem Herrn, der anscheinend der „Direktor“ war, die Erklärung abgegeben, dem Sammler werde sofort sein Sammelbrevet abgenommen werden, und er dürfe nicht mehr sammeln gehen. Ein Angestellter des Bureau soll hinzugefügt haben, der betreffende Sammler sei allerdings „etwas verliebt“. Das klingt ja fast so, wie wenn über diesen Menschen nicht zu dem ersten Male Besatzverführerin geführt worden wäre. Um so merkwürdiger wäre es dann, daß man ihn noch weiter bei der Sammelbesuchung hätte. Aber auch wenn diese Besatzverführerin, wie wir annehmen wollen, doch die erste gewesen ist, bleibt die Sache immer noch schlimm genug für den Verein Dienst an Arbeitslosen“. Hat er nicht die Pflicht, sich seine Beteiligungen sehr genau anzusehen, ehe er sie den Leuten in die Wohnung schickt? Auch die Polizei, die solche Beteiligungen konfiszieren sollte, gegenüber den Vereinen, die um Konzeption bitten, etwas vorzichtiger sein. Uns fällt hier ein, wie scharf die Polizei aufpaßt, wenn Arbeiter für ausgepörrte Kollegen in der Arbeiterbevölkerung sammeln. Wir sind übrigens neugierig, was mit diesem wahrscheinlich doch frommaläubigen Sammler des strengreligiösen „Vereins Dienst an Arbeitslosen“ geschehen wird. Der Verein will den Bestreber, dessen übergroße „Freundlichkeit“ den beiden Frauen lästig geworden ist, nicht mehr festhalten lassen. Wird er ihn auch dem Verein ausgeben? Im Bureau wurde die Besatzverführerin gefragt, ob sie das wünsche. Sie verneinte es. Wenn hiernach der Leiter des Vereins Dienst an Arbeitslosen“ bereit sein sollten, über ihren sündigen Schlingel den Mantel christlicher Liebe zu deuten, so fürchten wir nur, daß andere diesen Versuch zunichte machen werden. Der Verein Hoffnungstal“, der unschuldigeweise in den Verdacht gekommen war, unter seinen Sammlern einen „etwas verliebten“ zu haben, hat uns durch seinen Vorstand ersucht, ihm den Namen des Sammlers zu nennen, damit Anzeige erstattet werden könne. Wir werden dem Vorstand mitteilen müssen, daß er näheres beim „Verein Dienst an Arbeitslosen“ erfahren kann.

**Auf der Straße erschossen.** Gestern morgen um 9 Uhr gab der 35 Jahre alte Handelsmann Georg Jacobus aus der Greifshagenstraße 16 vor einem Schanklokal in der Stargarderstraße 8 auf den 85 Jahre alten Hausverwalter Franz Klose einen Revolverbeschuß ab, der Klose in das Gehirn drang und ihn lebensgefährlich verletzte. Klose wurde nach Anlegung eines Rotverbandes der Charité zugeführt. Der Täter wurde verhaftet und der Kriminalpolizei übergeben. Der Verweggrund soll darin zu suchen sein, daß dem Handelsmann leitens des Hausverwalters Klose infolge rüchändiger Miete die Wohnung gekündigt worden war.

**Zur Kindesmörderin** geworden ist wieder ein alleinstehendes Mädchen. Die 29 Jahre alte, aus Wilmersdorf gebürtige Landwirtstochter Christine Ehlke, die sich in Berlin als Plätterin ernährte und in der Tempelinerstr. 16 für sich eine Stube bewohnte, unterhielt mit einem Kuffen ein Verhältnis, dessen Folgen sie bisher zu verheimlichen suchte. Gestern morgen um 7 1/2 Uhr fiel der Plätterin eine starke Esholgeruch auf. Sie machte die Plätterin darauf aufmerksam und betrat dann mit dieser die Stube der Plätterin. Die Tür war nur eingeklinkt, nicht verschlossen. Das Mädchen lag schlafend röhrend im Bett. Es hatte sich mit Esholgeruch, von dem ein Rest in einer Flasche auf dem Tische stand, war aber noch bei Besinnung. Neben der Lebensmüde im Bett lag, in



ein blaues Tuch fest eingewickelt, die Leiche ihres neugeborenen Kindes. Der Hauswirt Krause holte einen Arzt von der Rettungswache III und die Polizei des 50. Reviers.

Die Plätterin gab an, sie habe das Kind vor zwei Tagen zur Welt gebracht. Es sei eine Frühgeburt und tot gewesen. Vor Scham habe sie sich nicht sehen lassen und die Leiche zunächst in den Kleiderkasten gelegt. Dann habe sie beschaffen, aus dem Leben zu scheiden, zu diesem Zwecke habe sie Lujol genommen, und sich mit der Kindesleiche in das Bett gelegt, um den Tod zu erlangen.

Entgegen dieser Darstellung ergaben die Ermittlungen den dringenden Verdacht, daß die Plätterin ihr Kind durch Ertränken getötet habe. Sie wurde deshalb festgenommen und zunächst als Polizeigefangene der Charité zugeführt. Die Leiche des Kindes wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Der Polizeibericht meldet: Vor dem Grundstück Engel-Ufer 6a sprang Montagabend ein etwa 12 Jahre alter Knabe in den Luisenstädtischen Schiffahrtskanal und ertrank. Die Leiche wurde nach einer halben Stunde gelandet und zunächst nach der Unfallstation am Mariannen-Ufer gebracht, von wo gestern früh die Ueberführung nach dem Schauhause erfolgte. Die Eltern des Knaben konnten bisher nicht ermittelt werden.

Bermittelt wird seit dem 23. Februar der Arbeiter Otto Schuster. Er ist von seiner Arbeitsstelle nicht zurückgekehrt. Sch. ist 23 Jahre alt, Mittelstatur, dunkelblond, dunklen Bart, am Halse eine große Narbe; bekleidet war er mit dunkelblauem Sommerüberzieher, grümelierter Hose, grauarmertem Jackett und Weste, blauen Wadensteifeisen, Kriestohend, braunen Strümpfen, schwarzen Schnürstiefeln und Gummihüte. Diejenigen Personen, welche über Sch. Auskunft geben können, werden gebeten, sich zu melden bei Witwe Schuster, Weichenhauserstr. 6, oder beim nächsten Polizeibureau.

Der Verband der Stukkateure bittet und mitzuteilen: Der Verlust eines goldenen Panzerarmbandes ist nachträglich vom Kostümfest des Zentralverbandes der Stukkateure gemeldet worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, es im Verbandsbureau Straßburgerstr. 17 III (Telephon: Amt III, 1447) niederzuliegen.

Der Sportpark Steglitz eröffnet am den beiden Osterfeiertagen die diesjährige Saison.

Urania. Um auch den Schulkindern Gelegenheit zu geben, die Vorträge in der Urania zu besuchen, finden in den Ferien Nachmittagsvorstellungen zu kleinen Preisen statt und zwar wird am Mittwoch und Sonnabend der Vortrag „Am Golf von Neapel, eine Frühlingsfahrt zum Gestade der Etrusken und Zyklopen“ und am Donnerstag der Vortrag „Frühlingsstange an der Riviera“ gehalten werden. Abends wird der dekorativ und szenisch ausgestattete Vortrag „Die Feuergefahren der Erde“ zur Darstellung gelangen. Am Freitag bleibt das Institut geschlossen.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 8 Uhr stand in der Gollnowstraße 21 der Dachstuhl des Hauses in großer Ausdehnung in Flammen. Die von mehreren Seiten alarmierte Feuerwehr fand bei ihrem Eintreffen schon einen ausgedehnten Brandherd vor. Brandinspektor Leopoldt ließ sofort mit mehreren Schlauchleitungen Wasser geben und es gelang, das Feuer auf den Dachstuhl des Hauses zu beschränken. Ein zweiter Dachstuhlbrand beschäftigte die Feuerwehr in der Turnstr. 67. Dort war der Brand in einer Wohnung ausgebrochen und hatte dann das Dach ergriffen. Der 16. Zug mußte kräftig Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen. Derselbe Zug hatte dann noch in der Kollodierstr. 62 zu tun, wo Hausrat, Matrasen usw. in Bodenverschlüssen brannten. Durch Ueberkochen von Fett kam in der Petersburgerstr. 78 Feuer aus, das Gardinen und Möbel erfaßte. In der Löwenstr. 21 gingen Vorhänge u. a. in Flammen auf. In der Vorstr. 21 gingen Vorhänge u. a. in Flammen auf. In der Vorstr. 21 gingen Vorhänge u. a. in Flammen auf. In der Vorstr. 21 gingen Vorhänge u. a. in Flammen auf.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Montagnachmittag gegen 1/2 2 Uhr auf dem Güterbahnhof in der Sophie Charlottenstraße. Dort war zur genannten Zeit der bei einer Expeditionen an- gestellte Richter Otto Tiele mit dem Abladen eines Transportes Möbel beschäftigt, wobei er sich schwerer Hebedäume bedienen mußte. Plötzlich glitt eines dieser mehrere Zentner wiegenden Hebedäume ab und traf den Richter so unglücklich, daß ihm beide Unterschenkel gebrochen wurden. Der Verunglückte mußte mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus Westend übergeführt werden.

### Schöneberg.

In der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung gab es am letzten Montag wieder einmal sehr erregte Debatten. Die Veranlassung hierzu bot ein Antrag der liberalen Fraktion: die Befolgsordnung der Klasse II der städtischen Beamten — Sekretäre usw. — anderweitig zu regeln. Der Stadtm. Schneider (Hausbesitzerfraktion) sprach sich energisch gegen diese fortwährende Stellung von Anträgen aus, die seiner Meinung nur agitatorischen Zwecken dienen sollten. Redner ging auf die Verhältnisse der Staatsbeamten — Amtsrichter usw. — ein, die schlechter gestellt seien als die städtischen Beamten Schönebergs. Den Finanzen der Stadt müsse endlich Ruhe gegönnt werden. Auch der Stadtm. Hefner schloß sich diesen Ausführungen an. Ihm scheint ein System darin zu liegen, fortgesetzt derartige Anträge gegen die Hausbesitzer zu schleudern. Im weiteren suchte der Redner die große Opferwilligkeit der Hausbesitzer vor Augen zu führen. Stadtm. Käter (Soz.), der diesen Ausführungen entgegenzusetzen versuchte und dabei auf die bedeutend schlechteren Verhältnisse der städtischen Arbeiter überging, wurde vom Vorsitzenden zur Sache gerufen, da die städtischen Arbeiter, mit dem vorliegenden Antrage nichts zu tun haben. Auch den liberalen Stadtm. Jöbel und Dr. Hoffberg ging es ebenso. Es war ihnen vom Vorsitzenden unmöglich gemacht, auf die Ausführungen der Stadtm. Schneider und Hefner einzugehen. Fortgesetzt wurden sie zur Sache gerufen unter stürmlichem Widerspruch der linken Seite der Versammlung. Selbstverständlich ließen sich der Redner der Linken eine derartige Handhabung der Geschäfte nicht so ohne weiteres gefallen, sie gingen mit dem Vorsitzenden ganz gehörig ins Gericht und erklärten ihm, daß er hier nicht als Vorsitzender des Haus- und Grundbesitzervereins seines Amtes zu walten habe. Unser Genosse Wollermann machte den Vorsitzenden dann noch weiter darauf aufmerksam, daß er bei Erledigung des Antrages gar nicht einmal geschäftsordnungsmäßig verfahren sei. Der Vorsitzende entschuldigte seine Unfähigkeit in der Geschäftsführung damit, daß ihm ein derartiger Fall noch nicht vorgekommen sei. Die weitere Debatte drehte sich hauptsächlich um die allen Grundbesitzer der Objektivität beim sprechende Geschäftsführung des Vorsitzenden. Ein Antrag Schneider, über den liberalen Antrag zur Befolgsordnung überzugehen, wurde abgelehnt, dagegen beschloß die Mehrheit, denselben dem Staatsauschuß zu überweisen.

Die Versammlung erledigte sodann noch die neue Hundesteuerordnung, wobei der Wunsch ausgedrückt wurde, statt der schon beschlossenen 30 M. noch höher hinauszugehen.

Eine Petition, in der verlangt wird, die obligatorische Fortbildungsschule auch auf die weiblichen Handlungsberechtigten auszu- dehnen, wurde dem Magistrat zur wohlwollenden Berücksichtigung übergeben.

Ohne Debatte genehmigt wurde die Änderung des Ortsstatuts für das Gewerbegericht, wonach den Beisitzern für jede Sitzung eine Entschädigung in der Höhe von 6 M. gewährt wird.

Dem Antrage des Magistrats betreffend Einführung des obligatorischen Haushaltungsunterrichtes in den Gemeindefschulen stimmte die Versammlung ebenfalls zu.

Das Opfer eines schweren Automobilunfalls wurde Montagabend der Gärtner Franz Weber. An der Ecke der Eisenacher- und Hofstraße wollte er den Bahndamm überqueren, als in eiligem Tempo ein Privat-Automobil herangefahren kam, er wurde umgerissen und überfahren. Passanten trugen den Verunglückten nach der nahen Rettungswache in der Eisenacherstraße, wo er die ersten Notverbände erhielt.

### Weihensee.

Die zweite Sitzung der Etatberatung hatte verhältnismäßig schnell die vorliegenden Etats erledigt. Die Einnahmen und Ausgaben des Kamalisationsbezirks belaufen sich auf 123 050 M. Die Wasserlieferung schlägt ab in Einnahme mit 142 310 M., Ausgabe 128 243 M., Ueberchuß 14 067 M. Ein bürgerlicher Hausbesitzer erklärte, daß er in diesem Jahre nochmals dieser Position seine Zustimmung geben will, im nächsten Jahre muß aber unbedingt die Wasserabgabe herabgesetzt werden, sonst müßten die Hausbesitzer unbedingt davonlaufen, sie gingen bei der hohen Wasserabgabe zu Grunde. Der Etat des Fleischschauamtes schlägt in Einnahme und Ausgabe mit 48 445 M., dem Reservefonds müssen 15 006 M. entnommen werden, um die Ausgaben zu decken. Die persönlichen Ausgaben weisen die städtische Höhe von 85 573,40 M. auf und kommen in Beiträgen 7 Tierärzte, 1 Fleischschauauer, 1 Aufseher und 5 Zeichnerbeschauber. Ganz neu in Erscheinung tritt der Etat des Rieselgutes Wirschholz mit einer Einnahme von 115 500 M. und einer Ausgabe von 105 500 M. Aus den Gemeindegrundstücken wird eine Einnahme von 43 955 M. erzielt, denen eine Ausgabe von 8581,42 M. gegenübersteht. Die außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben belaufen sich auf 4 Millionen Mark. Die Einnahmen sind aus Anleihen gedeckt und die Ausgaben werden verwandt zur Deckung schwäbender Anleihen, zur Deckung von Hypothekenschulden, zum Ankauf der Rieselgrundstücke in Wirschholz, zur Deckung verschiedener Grundhüterverbunden, zu Straßenverbesserungen, Aufwendungen für die Kreisbahn Tegel-Friedrichsfelde, zum Umbau der Kamalisation, zur Erbauung einer Gemeinderathalle, einer Realschule usw.

## Gerichts-Zeitung.

Haftung des Eisenbahnfiskus wegen Unfalls beim Einschlagen einer Coupee-türe.

Der Reserveleutnant D. diente seinerzeit als altlifer Offizier bei dem Feldartillerie-Regiment in Burg bei Magdeburg. Als er am 10. Januar 1904 von einer Theatervorstellung in Magdeburg nach seiner Garnison fuhr, war er im Zuge eingeschlagen und mußte, als ihn der Schaffner in Burg weckte, rasch das Coupee verlassen. Hierbei ließ er seine Handschuhe im Reg. liegen. Als er dies merkte, ging er noch einmal ins Coupee zurück, um sich dieselben zu holen und wurde ihm dann beim Aussteigen der vordere Teil des rechten Daumfingers durch das Einschlagen der Coupee-türe abgequetscht. Er klagt wegen des ihm hierdurch entstandenen Schadens. Er behauptet, daß der diensttunende Schaffner die Türe plötzlich zugeschlagen habe, während der betreffende Beamte dies bestrittet. Der Klageanspruch fordert die Feststellung der Haftpflicht des Eisenbahnfiskus für den Schaden, der dem Kläger in seinem späteren Erwerbsgewerbe durch die Veranachlässigung seiner Erwerbsfähigkeit infolge Verwundung des Daumens entfiel. Der beklagte Eisenbahnfiskus berief sich dabei auf das Vorliegen höherer Gewalt und bestrittet, daß nach den Aussagen des Schaffners ein Betriebsunfall vorliege.

Das Landgericht Magdeburg erkannte auf einen Eid des Klägers dahin, daß ihm der obere Teil des rechten Daumfingers als er die Tür schließen wollte, diese von einer anderen Person unbemerkt zugeworfen wurde. Bei Leistung dieses Eides erkannte das Landgericht Magdeburg seinen Schadenersatzanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt an. Wegen das landgerichtliche Urteil hatte der beklagte Fiskus Verurteilung eingelegt. Das Oberlandesgericht Raumburg sah durch die Feststellungen des Landgerichts das Vorliegen eines Betriebsunfalls als zweifellos an, und kam bei der Untersuchung nach dem Vorliegen höherer Gewalt zu dem Ergebnis, daß diese hier ausgeschlossen sei. Auch ein Mitwirken von eigenem Verschulden verneinte das Oberlandesgericht und gab somit dem Feststellungsanspruch des Klägers in Uebereinstimmung mit dem Landgericht statt für den Fall, daß der Kläger den Eid leistet, den ihm das Landgericht aufgetragen hat.

Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision wurde vom VI. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen.

Folgen von Darlehnsinsraten in bürgerlichen Zeitungen.

In die Geschäftspraktiken eines Geldverleihers gestattete eine Verhandlung, die am Montag vor der 133. Abteilung des Amtsgerichts Berlin Mitte stattfand, sehr interessante und lehrreiche Einblicke. Wegen wiederholten Betruges mußte sich der Kaufmann Simon Jaffé vor dem Strafrichter verantworten. Der erst 23jährige Angeklagte hat sich seit einiger Zeit in Berlin als Agent niedergelassen und machte außer keinen Vermittlungen in der Hauptsache nur Geldverleihergeschäfte. Wie die Anklage behauptet, soll er jedoch gar nicht den ernstlichen Willen gehabt haben Darlehen zu vergeben, sondern es wird behauptet, er habe es lediglich auf die nicht unbeträchtlichen Gebühren für Auskünfte usw., die vorher zu zahlen sind, abgesehen. Die Auskünfte selbst lauteten dann in gleicher Weise ziemlich ungünstig. Dies wird durch die Geschädigten damit erklärt, daß Jaffé mit einem leizernen Auskunftsbureau in Nordorf, von dem er die Auskünfte bezogen hatte, unter einer Decke steckte und absichtlich ungünstige Auskünfte einholen ließ. Der Angeklagte inserierte in mehreren bürgerlichen Zeitungen und gab sich als Selbstgeber aus, obgleich er selbst ein nemenswertes Kapital nicht besaß. Bei den Verhandlungen versicherte er stets, „er sei nicht wie andere Schwindler, die den Leuten nur das Geld abnehmen“. Für die angeblichen Auskünfte und sonstige Spesen ließ sich Jaffé 6 bis 10 M. zahlen, wodurch er sich ein ganz behagliches Leben verschaffte. Schließlich erstatteten mehrere Herangekommene Anzeige bei der Kriminalpolizei und nun meldeten sich ganze Scharen von Geldsuchenden, die ebenfalls durch den Angeklagten geschädigt worden waren. Zu der Verhandlung am Montag waren etwa 35 Zeugen geladen. Die Verhandlung währte bis in die zehnte Abendstunde. Das Urteil lautete dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf ein Jahr Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust.

Durch ein Auto zu Tode gefahren.

Am Nachmittag des 30. Oktober v. J. begab sich die 64jährige verwitwete Amtsdienstamtin von Gropius nach der auf der Südseite des Kurfürstendammes belegenen Paltzstraße, um von dort aus die Straßenbahn zu benutzen. Als ein Wagen der Linie 54 herannah, gab Frau v. G. dem Fahrer ein Haltezeichen. In dem Augenblick aber, als sie den Bürgersteig verlassen wollte, kam ein mit Brethern beladener Lastwagen in gleicher Richtung gefahren, so daß sie auf dem Bürgersteig verbleiben mußte. Inzwischen hatte sich der Straßenbahnwagen wieder in Bewegung gesetzt und an seiner Stelle hielt ein Wagen der G-Linie. Die Greifen hatte dies nicht bemerkt, da ihr die Aussicht durch das Lastfahrzeug veripert worden war. Frau v. Gropius ging nun auf den G-Wagen zu in der Meinung, den Wagen der Linie 54 noch vor sich zu haben. Erst als sie von dem

Schaffner aufmerksam gemacht worden war, bemerkte sie ihren Irrtum und trat einen Schritt zurück, um sich wieder nach dem Bürgersteig zu begeben. In diesem Augenblick kam in schneller Gangart ein von dem Kraftwagenführer Rudolf Stenzel geführtes Probeautomobil der Berliner Motorwagenfabrik heran. Der Lenker des Kraftwagens hatte nicht mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Frau Gropius, die schon auf dem Straßenbahnwagen aufgestiegen war, wieder heruntersteigen würde und war deshalb, ohne sein Tempo zu verlangsamen, weitergefahren. Die Folge war, daß die Greifen von dem Auto gefaßt und zu Boden geworfen wurde. Die Schmerberleste wurde nach Anlegung eines Notverbandes in der Unfallstation am Zoologischen Garten nach ihrer Wohnung geschafft, wo sie am nächsten Tage an den Folgen der erlittenen inneren Verletzungen verstarb. Gegen den Fahrer des Autos Stenzel wurde Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben, die gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts III zur Verhandlung kam. Vor Gericht beantragte Rechtsanwalt Dr. Schmidt die Freisprechung des Angeklagten. Seine Ausführungen hatten keinen Erfolg. Das Gericht war der Ansicht, daß schon darin die Fahrlässigkeit eines Kraftwagenführers liege, wenn er in derartig gefährlichen Situationen nicht so langsam fahre, daß er sofort sein Fahrzeug zum Stehen bringen kann, wenn sich ihm ein Hindernis in seiner Fahrtrichtung biete. Mit Rücksicht auf die schweren Folgen beurteilte die Strafkammer den bisher unbekanntenen Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte neun Monate Gefängnis beantragt.

Wegen Verjährung vom Reichsgericht freigesprochen.

Das Landgericht Hamburg hat am 9. April v. J. den Redakteur Karl Görlitz wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegen einander, ferner wegen Verleumdung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Straftaten wurden in zwei verschiedenen Artikeln derselben Nummer des betreffenden Blattes gefunden. — Auf die eingelegte Revision hat das Reichsgericht am Montag das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei. Die durch die Presse begangenen Straftaten sind verjährt, da die erste richterliche Handlung erst nach Ablauf von sechs Monaten nach der Tat erfolgt ist. Die Verjährungsfrist für Straftaten, die durch die Presse begangenen sein sollen, aber sechs Monate beträgt.

Vermischtes.

Schiffsbrand auf der Havel. Auf der Havel bei Oranienburg brannte gestern Nacht ein großer Frachtkahn, der mit 6000 Zentner Graupen, Kaffee und Salpeter nach Breslau unterwegs war. Die Ladung ist vernichtet. Der Kahn liegt quer über der Havel und sperrt die Schifffahrt.

Hochwasser im Werthegebiet. Die Warte steigt, wie aus Posen gemeldet wird, weiter und ist gestern auf 2,00 Meter angewachsen. Beide Vorflutgräben sind überflutet. Aus Reuders wird weiteres starkes Steigen der Warte gemeldet. Der dortige Wasserstand beträgt bereits 2,02 Meter.

Ein zerstückter Leichnam, der auf der Bahnstrecke Rittershausen-Ronsdorf gefunden wurde, ist als der der 22jährige Leichter des Banditenführers Thiemann aus Rätzinghausen ermittelt worden. Wie festgestellt wurde, liegt Selbstmord vor. Verweggrund zur Tat war Redeschulmer.

Die Genidstarr. Nach Hamburger Meldung sind im Spennsdorfer Strahlenhause mehrere Fälle von Genidstarr vorgekommen.

Aufgelaufen. Der Dampfer „Saino“ ist nach einer Meldung aus Riva bei Tremorine am vergangenen Sonntag auf einen Felsen aufgelaufen und wurde led. Im Gedränge sind viele Personen ins Wasser gefallen. Davon sind 7 Personen ertrunken, die übrigen von Fischern gerettet worden.

Zur „Jena“-Katastrophe. Der Seepräfektur ist die Meldung zugegangen, daß im Schiffsrumpf der „Jena“ noch zwei Leichen gefunden wurden, die scharflich verstimmt sind. Die Bergungsarbeiten werden am Bord fortgesetzt, da man noch mehr Leichen im Schiffsrumpf vermutet.

Anschlag auf einen Eisenbahnzug. Zwischen den Stationen Arghive und Potutory ist infolge eines verbrecherischen Anschlages durch Wegung eines Weilensteines auf die Schienen ein Personenzug eingeleit. Zwei Passagiere, acht Post- und Bahnbeamte wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Eine Entgleisung. Zwischen den Stationen Ghafa und Bedreschawa entgleiste ein aus drei Wagen bestehender Potorzug. Ein Bahnbeamter ist tot, zwei sind verletzt, von den Passagieren erlitt niemand Verletzungen.

Pferd- und Distriktklub „Motteler“. Heute abend Sitzung bei Unbekannt, Stolpischestr. 61.

Verband der Preilergehäusen Deutschlands. Zweigverein Riedorf. Heute abend 10 Uhr bei Schmidt, Becklerstr. 14: Mitgliederversammlung.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Grobhandel.) Rindfleisch Ia 66-71 pr. 100 Pfd., IIa 60-65, IIIa 54-59, IVa 45-52, dan. Kälber 60-65, Hülz 0,00, Kalbfleisch, Doppelländer 110-125, Ia 82-90, IIa 79-80, IIIa 52-60, holländ. 55-62, dan. 55-65, Cammerfleisch Ia 62-72, IIa 46-60, Schweinefleisch 47-55, Rothfleisch IIa per Pfund 0,00, Rotwild plombiert 0,55-0,57, Damirsch 0,00, Wildschmalz 0,50-0,53, Preßfleisch 0,00, Rindfleisch per Stück 0,70-1,00, Hühner, alte, per Stück 1,55-2,00, do. IIa 1,15-1,50, do. Junge 1,15, Hühnerhühner 1,00-2,00, Tanden 0,40-0,80, Hähnchen 0,90-0,95, Enten per Pfund 0,00, dito Hüh. per Stück 1,50-2,75, Hamburger per Stück 3,00 bis 5,25, Wänse, Hamburger per Pfund 0,90-1,30, dito Hüh. 0,53-0,60, Gänse per 100 Pfund 92-100, groß 70, matt 0,00, Gänse mittel 0,00, unsortiert 170, do. matt 0,00, Schlei 0,00, do. groß 0,00, do. klein 0,00, Kälse, groß 0,00, mittel 115-124, klein und mittel 0,00, Wölgen, klein 39, do. groß 0,00, do. 0,00, Karpen 5-10er 0,00, do. 50-70er 0,00, do. 25er 0,00, Bleie 0,00, Wand 0,00, Bunte Hühne 67-81, Barze, matt 0,00, Kranzchen 0,00, Bleifische 0,00, Weis 0,00, Quappen 64, Amerikanischer Haß Ia neuer per 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 25-30, Sprotten, kleiner, Wall 1,00-1,50, Danziger, Hühne 1,00, Hühner, kleiner, Steige Ia 3-4, do. mittel der Steige 2-3, Gänse, Steige 4-6, halbe Hühne 2,00, Wädlinge, per Ball kleiner 3,00-3,50, Stralunder 4,00-5,00, Kälse, groß per Pfd. 1,10-1,40, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,60-0,80, Heringe p. Schoß 5-9, Schellfische Hühne 3-5, do. 1/2, Hühne 2-3, Kallian, geräuch. p. 100 Pfd. 25-30, Hühnchen 0,00, Sardellen 190er per Kiste 95, 190er 93, 190er 90, 190er 75-80, Schottische Wollheringe 1905 0,00, largo 44-48, fall 38-40, matt, 36-42, deutsche 37-44, Heringe, neue Ratjes, per 1/2, Ia, 60-120, Sardinen, russ., 44 1/2-1,00, Bratheringe, Hühne (4 Liter) 1,50-1,75, Neumaugen, Schoßhühner 11, kleine 5-6, Hühnen 14, Vier. Lande, per Schoß 3,40-4,20, Butter per 100 Pfd. Ia 114-116, IIa 119-124, IIIa 107, abfallende 95-100, Centre Gurken Schoß 4,10-4,50, Pfefferkörner 4,00-4,50, Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,50-2,75, Dabersch 2,25-2,50, Rosen 0,00, weis 2,00-2,25, Salzfartoffeln 6,00-8,00, Spinat per 100 Pfund 25-30, Karotten per 100 Pfund 18-20, Sellerie, fleische, per Schoß 6,00-10,00, do. pommerische 6,00-12,00, Spiebeckgras, per 100 Pfd. 3,50-4,00, do. kleine 2,80-3,00, do. fleische (Berl.) 0,00, Charlotten 0,00, Petersfische, grün, Schoßhühner 2,50-4,00, Rotkraut per Schoß 0,00, Rettig, hart, per Schoß 2,40-4,20, Rotkrüben per 100 Pfund 3,00-4,00, Teltower Rüben per 100 Pfd. 8-10, Weis Rüben, große 0,00, kleine 0,00, Rote Rüben 4,00-5,00, Blumenkohl hal. per Korb 2,00-2,60, Rotkrüben per Schoß 2,00-2,50, Wirsinghül per 100 Pfd. 3,00-4,50, Kohlfloss per 100 Pfd. 3,00-4,00, Weißkohl 100 Pfd. 1,75-2,75, Rosenkohl per 100 Pfd. 20-27, Brantöl per 100 Pfd. 10,00-12,00, Rabarber 100 Pfd. 6,00-8,00, Birnen, per 100 Pfd. fleische 0,00, holländ. 15-22, ital. 25-35, Äpfel, per 100 Pfd., fleische 5-25, Äpfel, Rite 30-60, Galvise, Rite 50-110, Amerikanische 18,00-35,00, Äpfel, Rite Ia 12,00-20,00, extra 18,00 bis 34,00, Birnen, Reimsa, 300 Stück 9,00-10,00, 360 Stück 9,00-10,00, 200 Stück 7,00-10,00, Äpfeln, Rite, per Rite 0,00, Rurea 300er Rite 8-10, do. 300er 8-11, Valencia 420er Rite 14-22,00, do. 714er 15-23,50, Reimsa, 100er 4,50-6, 150er 4,75-6, 160er 8-13,00, 200er 8-12, 300er 8-13, Äpfel 100er 6-8, do. 150er 6,00-9,00, 80er 6,50-10,00, Äpfel in Körben per 100 Pfd. 0,00, Mandarinen, Rite 0,75 bis 2,00, do. 100er, Rite 4,00-5,00.



# Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin.

Donnerstag, den 28. März, abends 8 Uhr, bei Wendt, Benthstr. 20 (großer Saal):

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

### Unsere Lohnbewegung.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

NB. Die Mitglieder besuchen die Versammlung erst nach Schluss ihrer Spezial-Versammlung bei Augustin.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, 28. März, abends 8 1/2 Uhr:

## Bezirks-Versammlung für Rixdorf und Umgegend im Saale von Thiel, Rixdorf, Bergstr. 152.

Tagesordnung:

1. Das deutsche Proletariat in der gegenwärtigen politischen Situation. Referent: Schriftsteller Fritz Kunert. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 115/17

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Der Osterfeiertag wegen bleibt das Bureau an folgenden Tagen geschlossen:

Freitag, den 29. März, den ganzen Tag,

Sonnabend, den 30. März, von 1 Uhr ab,

Montag, den 1. April, den ganzen Tag,

Dienstag, den 2. April, von 1 Uhr ab.

Der Arbeitsnachweis ist an all diesen Tagen vollständig geschlossen, ebenso bleibt die Krankenabteilung am Dienstag, den 2. April, den ganzen Tag geschlossen. Die Ortsverwaltung.

## Zentralverein der Bildhauer.

Donnerstag, den 28. März, abends 8 1/2 Uhr, im Luisenstädtischen Klubhaus, Annenstraße 16:

## Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Beschluss über den Mitgliedsbeitrag für die ausgesperrten Holzbildhauer.

Der Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Mittwoch, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Prohl, Rosenstr. 21:

Vertrauensmänner-Versammlung der Möbeltischler.

Donnerstag, den 4. April, bei Prohl:

Vertrauensmänner-Versammlung der Sautischler.

Donnerstag, den 4. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilke, Hermannstraße 213:

Branchenversammlung der Möbelpolierer.

Die Ortsverwaltung.

Billigste Bezugsquelle für sämtliche

### Gastwirtsartikel

in Glas, Porzellan, Nickel etc.

## L. Katz & Co.

Berlin C., Spandauer-Straße 45 am Markonmarkt.

Filiale: Eeko Kaiser- und Schillingstraße.

## Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein

Branche Landwirtschaftsgärtnerei.

Donnerstag, d. 28. März 1907, abends 9 Uhr,

in Mietbes Festsaal, Schöneberg, Hauptstr. 5/6:

## Öffentliche Versammlung

aller in dieser Branche beschäft. Gärtnergehülfen u. Gartenarbeiter.

Tages-Ordnung:

1. Unsere letzte Antwort an die Arbeitgeber. 288/16

2. Freie Aussprache hierzu. Die Kollegen haben pünktlich zu erscheinen.

## Die Lohnkommission.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.

Mitglied des Arbeiter-Kad.-Bundes „Solidarität“.

Heute Mittwoch, abends Punkt 9 Uhr:

## Fahrt-Tagung.

Das Erscheinen sämtlicher Fahrer ist erwünscht bei Hesse, Klosterstr. 101. 11/37

## Zeugen gesucht.

Am 8. 12. 06, abends 10 1/2 Uhr, wurde in der Badstr., nahe Bahnhof Gesundbrunnen bei einem Vorfall jemand der Hut demoliert. Zeugen dieses Vorfalls oder Eigentümer dieses Hutes, werden gebeten, Adresse abzugeben an W. Götz, Senefelderstr. 2. 28675

Um vorgekommenes Verbrechen aufzuklären und neue Verwechslungen zu verhindern, mache ich hierdurch besonders aufmerksam, daß meine seit 34 Jahren bestehende Firma H. Haake, Landsbergerstraße 91, in keinerlei Beziehung zu der wegen Lohn-differenzen gesperrten Firma Haake, Landsbergerstr. 93 steht.

## H. Haake,

Inhaber Hermann Haake, Landsbergerstr. 91.

24145

## Reederei Nobiling.

Beginn der Extrafahrten

nach der Berliner Schweiz Zwickbusch, Gosener Bergen

Abfahrt 9 Uhr früh Restaurant Schultheiß Jannowitzbrücke.

Korfreitag nur 10 Uhr früh. Preis hin u. zurück 75 St., Kinder 50 St.

Kein Laden. Kein Laden.

## Wichtig für Händler und Restaurateure!

Marke Florida 5 Pfennig-Quantität 100 Stück Mk. 4.-, Mille Mk. 34.-

Regina . . . . . Mk. 3.50 Exquisite, sehr bevorz. Mk. 4.65 Trifloro, fl. Aroma Mk. 8.-

Wild-West . . . . . Mk. 4.20 Flor de Garcia, pikant Mk. 5.- Bismarck, edl. Aroma Mk. 10.-

Sumatra-Perle . . . . . Mk. 4.50 Sumatra-Havana, uns. Mk. 6.- Tremonia, Imp.-Ersatz Mk. 12.50

Sehr preiswerte Gelegenheitsposten vorrätig!

Versand nicht unter 100 St. einer Sorte, von 300 St. an franko. Nichtkonvenierendes nehmen wir zurück.

Rauscher & Fabisch, Zigarren-Engros-Haus, Berlin NW. 25 Karlstraße 24, 1. Etage, an der Friedrichstraße.

Ausführliche Preisliste franko.

# Achtung! Arbeiter, Parteigenossen Berlins u. Umg.! Achtung!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeneinhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausflüchten, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, gegen diese Geschäfte das Mittel des Boykotts in Anwendung zu bringen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschlusse beigetreten.

Wir appellieren deshalb mit Gegenwärtigem an die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgegend, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft nachstehende Geschäfte meiden zu wollen:

- Osten:**  
 Haacke, Landsbergerstr. 93.  
 Sachs, Große Frankfurterstr. 182.  
 Blüh, Große Frankfurterstr. 187.
- Norden:**  
 Philipp Fabisch, Rosenthalerstr. 1.  
 Fabisch u. Co., Rosenthalerstr. 3.  
 Bernhard Baer, Rosenthalerstr. 5.  
 Blüh, Chausseestr. 80.  
 Blüh, Rosenthalerstr. 9.
- Süden:**  
 Edders u. Dyckhoff, Drantenstr. 48.  
 Schulmeister, Dresdenerstr. 4.  
 Karl Stier, Drantenstr. 186.  
 Blüh, Kommandantenstr. 43.

## Alle übrigen Geschäfte sind als frei zu betrachten. Verband der Schneider, Schneiderinnen u. verw. Berufsgenossen Deutschlands Filiale Berlin, Engel-Ufer 21, parterre. 162/30

## Vorige Nacht

hat man's nicht gedacht. Ich empfehle Serie IV:

Getragene Herren-Paletots . . . . 5, 6 bis 10 Mark  
 Getragene Herren-Anzüge . . . . 6, 7 bis 9 Mark  
 Getragene Hosen . . . . . 1.50 bis 2.50 Mark

Von feinsten Herrschaften, Reisenden nur kurze Zeit gebraucht, für jede Figur.

J. Wand, Hauptgeschäft: Chausseestr. 50a.  
 Little genau auf die Nr. 80a zu achten!  
 2. Geschäft: Prinzen-Straße 17.  
 3. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116.

Lichtenrade 20 Pf.-Tour!  
 20 Stk. verkauft Eigentümer Paris, Berlin, Braunschweig, 27. Ode-Platz.  
 Auch bei monatl. Raten von 40-50 Stk.

Verleih-Institut:  
 Frack-Lor. Eleg. Frau, Gehrock 1.50, Hute 1.00, Stiefel 50 Stk.

Zahnärztliche Klinik  
 Bellevuestr. 106

Zahnziehen unentgeltl.  
 Bei künstl. Zähnen, spez. Kronen u. Brücken-Konstruktionen werden nur die Kustlagen berechnet. 39252  
 Besöffnet 9-6, Sonntags 9-12 Uhr.

Haben Sie Stoff?  
 Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerhaft, Zulauf, von 20 Mark an. Moritz Laband, Oranienburger Straße 4, 1.

## Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

(Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.)

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.

Seefisch-Kochbücher gratis.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstr. 30 am Moritzplatz. | Malaistr. 22 im Schloßischen Bahnhof. | Landsbergerstr. 52-53 der Kurzen Straße gegenüber.

Potsdamerstr. 112a bei der Lützowstraße. | Wilmsdorferstr. 111, am Stuttgarter Platz. | Tel.-Amt VI 7190. | Tel. Charlottenbg. 6716.

## Karwoche ein Seefisch-Gericht auf jedem Tisch!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!

## Riesenfänge

unserer Dampfer ermöglichen

## billigste Preise!

Wir empfehlen besonders:

Kabliau ohne Kopf . . . **20** Pfg. per Pfund

im Anschnitt 25 Pf.

Ferner:

Schellfische } in allen Größen  
 Schollen }  
 Seelachs ohne Kopf }  
 Fischkarbonaden, } antgrätet, bratfertig  
 Rotzungen, Ersatz für Seezungen  
 Heilbutt, Ersatz für Steinbutt

sowie die übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.



Verfammlungen.

Zentralverband der Maurer.

Der Zweigverein Berlin des Maurerverbandes hielt am Freitag in Kellers Festsaal eine Generalversammlung für sämtliche Bezirke und Jahrestellen sowie für die Sektionen der Puffer, der Gips- und Zementbranche und der Fliesenleger ab.

Der Jahresbericht des Zweigvereins konnte über diese Angelegenheit auch noch keine weitere Auskunft geben, als über die Sitzung am 23. November, die bekanntlich zu keinem positiven Ergebnis führte.

Die Bauindustrie setzte im verflochtenen Jahre später als sonst ein.

abblaute. Später mußte die Tätigkeit dann oft wegen des Frostes unterbrochen werden.

Wenn auch die Berliner Maurer im verflochtenen Jahre, wie überhaupt seit dem Bestehen des Vertragsverhältnisses, keine allgemeinen Kämpfe zu führen hatten, so herrschte doch keineswegs ein allgemeiner Friede im Gewerbe.

Um festzustellen, wie die Vertragsbedingungen innegehalten werden, fanden im Laufe des Geschäftsjahres zwei Wautenkontrollen statt, eine am 24. April, die andere am 30. Oktober.

Krankenunterstützung wurde im verflochtenen Jahre an 1323 Mitglieder für 38 356 Tage ausgezahlt.

Table with 12 columns: Zahl der Abgeordneten, Abonnent einer Zeitung, in Ja, in o/o, Rein, in o/o, Vorm. Defet, in o/o, Sonstige Blätter, in o/o, Zahlvereinsmitglieder, in Ja, in o/o, Rein, in o/o, Keine im guten Zustande, keine im schlechten Zustande.

23 Kollegen lesen den „Vorwärts“ zusammen (gemeinschaftlich). 29 Kollegen lesen außer dem „Vorwärts“ noch eine andere Zeitung und 11 Kollegen lesen außer dem „Vorwärts“ noch zwei andere Zeitungen.

Der Jahresbericht enthält besondere Berichte über die Tätigkeit der Sektionen der Puffer, der Gips- und Zementbranche, wie der Fliesenleger.

Die Sektion der Gips- und Zementbranche hatte am Jahresabschluss 2708 Mitglieder. Ihre Schlichtungskommission hat 8 Sitzungen abgehalten, die sich hauptsächlich mit Verträgen gegen den für diese Branche abgeschlossenen Tarifvertrag befaßten.

Die Sektion der Fliesenleger hat in der ersten Hälfte des Februar einen Streit geführt, an dem 103 Mitglieder beteiligt waren. Am 1. Februar wurden den Unternehmern die Forderungen vorgelegt, und es gelang, sie bei 11 Firmen zur Anerkennung zu bringen.

Die Zafosmurer haben im verflochtenen Jahre eine Lohnbewegung durchgemacht, die, nachdem sie vom 2. bis zum 23. Juli

gestreikt hatten, zum Abschluß eines Tarifvertrages führte. An dem Streik waren 60 Verbandsmitglieder beteiligt. Die Erfolge waren gut.

Der Tarifvertrag der Kunststein-Verseher mit der Firma Gebr. Friesede läuft am 31. März ab. Verhandlungen haben noch nicht stattgefunden.

Der Reichsschuh des Zweigvereins wurde in 41 Fällen für 94 Mitglieder in Anspruch genommen. Die Bibliothek des Zweigvereins wurde von 883 Mitgliedern benutzt.

Der Kassierer Wartenberg gab zu der gedruckten Abrechnung noch einige mündliche Erläuterungen. Die Diskussion, die sich daran schloß, endete damit, daß dem Kassierer auf Antrag der Revisoren einstimmig Decharge erteilt wurde.

Der zweite Punkt der Tagesordnung war das Ergebnis der im Februar 1907 ausgenommenen Statistik über die „Vorwärts“-Abonnenten und Zahlvereinsmitglieder des Zweigvereins.

Table with 12 columns: Zahl der Abgeordneten, Abonnent einer Zeitung, in Ja, in o/o, Rein, in o/o, Vorm. Defet, in o/o, Sonstige Blätter, in o/o, Zahlvereinsmitglieder, in Ja, in o/o, Rein, in o/o, Keine im guten Zustande, keine im schlechten Zustande.

Befragt bzw. angetroffen wurden 12747 Mitglieder. Wie man aus der Tabelle ersieht, ist das Verhältnis ziemlich günstig, wenngleich noch ein gut Teil Arbeit zu leisten ist, um alle Mitglieder des Zweigvereins zu überzeugten Massenämpfern auch auf politischem Gebiete heranzubilden.

Schließlich gab der Vorsitzende noch das Ergebnis der Wahlen der Verbandsfunktionäre bekannt. Gewählt sind als: 1. Vorsitzender Thöns; 2. Vorsitzender Otto Hante; 1. Kassierer Wartenberg; 2. Kassierer Lehmann; Schriftführer Hafe; Revisor Eichberg. In die Schlichtungskommission sind Silberschmidt, Bulf und Stegemann gewählt; als Revisoren Graul, Dreise und Lehmann.

Eingegangene Druckschriften.

Beiträge zur Kinderforschung und Heilerziehung. Ueber Arbeits-erziehung. Preis 40 Pf. Verlag: J. Neer u. Söhne, Langensalza. Vierteljahresschrift für körperliche Erziehung. 1. Heft. Jahrgang 4. Verlag: Wien XIV, Demplerstraße 5. Die Feierschule. Hefebuch für Pädagogen und Pädagoginnen. Von H. Winkler. Preis geb. 1,50 M. Verlag: „Deutscher Pädagogischer Verlag“, Berlin, Köpenickerstr. 45.

Partei-Expeditionen:

- Zentrum I: Rich Hinte, Mauertstr. 99. Zentrum II: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße. 2. Wahlkreis, Süden und Südwesten: Hermann Berner, Mittelwalderstr. 20. 2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Salowstr. 52, Hof, Süden und Südwesten, Hermann Berner, GutsMuthsstr. 72, Laden. 3. Wahlkreis: El. Rich, Brunnstr. 31, Hof rechts part. 4. Wahlkreis, Osten: Robert Hengels, Rüdigerstr. 3, am Rühlenerplatz. — Wilhelm Rann, Peterburgerplatz 4 (Laden). 4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Langenplatz 14/15 (Laden). 5. Wahlkreis: Leo Sucht, Reibellstr. 42 (Laden). 6. Wahlkreis (Moabit und Hansviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 3, im Laden. Wedding: Karl Belke, Kazanstr. 49. Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Kahlke, Adestr. 36, Eingang Klinkerstraße. Geu ndbrunn: J. Trapp, Stettinerstr. 10. Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Dyckerstr. 123. Alt-Glienke: Wilhelm Dörre, Rudowstr. 83 II. Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seifenweberstraße 1, Ecke Gerthestraße, vom I. Wilmersdorf-Halensee: Georg Feile, Berlinstr. 46, Laden. Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seidel, Kronprinzenstraße 50, I. Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkrantz, Al-Boxhagen 56. Grünau: Otto Schröder, Adenidestr. 1. Hixdorf: R. Heinrich, Reddenstraße 2, im Laden. Schmaragdort: Gustav Kaminow, Gurostr. 2. Schöneberg: Wilhelm Kämmer, Rastin Lutherstr. 51, im Laden. Tempelhof: R. Müller, Berlinstr. 41/42. Ober-Schönevelde: Julius Grunow, Edisonstr. 10, I. Nieder-Schönevelde: Benatsowsky, Gassewerderstr. 8. Johannisthal: Franz Hünold, Wismarstr. 7. Adlershof: Erich Steuer, Roonstr. 8, I. Königs-Wusterhausen: Friedrich Seumann, Lindenmalerstr. 4b. Köpenick: Friedrich Weid, Grünstr. 4. Friedmann-Stogitz-Südende: H. Berner, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Besichtigungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Mohr, Doppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Wilmstr. 15a. Mariendorf: Paul Müller, Berlinstr. 35, Hof I. Baumshulowweg: Stoc, Grünstr. 2, II. Treptow: Rob. Gramenz, Rühlstr. 412, Laden. Neu-Westensee: Kurt Rudmann, Sedanstr. 105, part. Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: R. Gurich, Brodowitzerstraße 108, II. Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannspfad, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Riewast, Borsigwalde, Rühlstr. 10. Fankow-Niederschönhausen: G. Fritwaldt, Wühlstr. 73. Bernau: Heinrich Brose, Hohelsteinstr. 74, part. Eichwalde, Zenthen, Hiersdorf und Hankels Ablage: Wilms Gräß, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I. Teltow: Wilhelm Rehler, Obersteinweg 7. Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstraße 1. Spandau: Rapp, Bogowstr. 9. Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen. Bitte ausschneiden.



Knaben-Anzüge Jünglings-Anzüge Tausende Exemplare. Nur eigene Erzeugnisse. Reizende modische Fassons, praktischer und luxuriöser Genoss. Moderne, gemusterte Stoffe allerneuester Geschmacksrichtungen. 18.- 16.- 14.- 12.- 10.- 9.- 2 Mk. 50. 33.- 30.- 27.- 24.- 9 Mark. 8.- 7.- 6.- 5.- 4.- 3.- 2 Mk. 50.

Baer Sohn Spezialhaus größter Massenfabrik Chausseestrasse • 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20. Der Haupt-Katalog Nr. 31 (neueste Moden 1907) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik. — Kein Laden! — Nach beendeter Engros-Saison auch Einzelverkauf enorm billig Uebergangs-Paletots Capes Jacketts Staubmäntel Kostüm-Röcke Mädchen-Paletots Robert Baumgarten Hausvogtel-Platz 11, 1. Etage (an der Jerusalemstraße). Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5% Rabatt vorgutet. Auch Sonntags geöffnet!

Stoppdecken Billig direkt in der Fabrik 72. Wallstr. 72. wo auch alle Stoppdecken aufgearbeitet werden. Bernhard Strohmandel, Berlin Ka. Rüststr. Katalog gratis.

Sarg-Magazin Albert Farchmin NW., Stephanstr. 56, NW. Fernsprecher II, 390. Großes Lager sämtlicher Sorten Särge zu den billigsten Preisen.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Lehr- und Versuchsanstalt für Brauer in München. Privat-Institut: Direktor Dr. Doemens. 20018. Beginn des nächsten viermonatlichen Hauptkurses: 25. April 1907. Prospekte gratis. Bezugnahme auf diese Zeitung erbeten.



